D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 42 · 9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

16. Oktober 1981 · Preis 1 DM

,,Vorzeigebürger, Chaoten Kriminelle und Asoziale''

So ließ sich FDP-Minister Gries über die Startbahn-Gegner aus, nachdem seine Polizeitruppen bloß einen Pyrrhussieg erringen konnten .... S. 6



Rechtsanwalt Härdle zum Strafantritt bestellt

Trotz massiven Protesten will der baden-württembergische Justizminister das offensichtliche Willkürurteil politischer Justiz vollstrecken .... S. 5

Perus Linke sucht Einheit gegen den US-Imperialismus

Die Vereinigte Linke hat Wahlerfolge verbucht, aber die Kommunisten der PCR warnen vor Euphorie. Sie wollen an der Tradition anknüpfen ..... S. 9

Der neue Arbeitsschutz Ehrenbergs liegt vor

Der Kapitalistenbeschuß hat bereits eingesetzt. Obwohl den Betriebsräten Kontrollrechte wie schon im alten Gesetz verweigert werden .... S. 13

Das Streben nach Unabhängigkeit

Stärken und Schwächen der Bonner Demonstration

Von Hans-Gerhart Schmierer

Eine Stärke der Demonstration war neben der Zahl der Demonstranten, daß sie den politischen Rahmen aller bisherigen zentralen Friedensdemonstrationen sprengte und nicht nur in Transparenten, sondern auch in einigen Kundgebungsreden die Lage widerspiegelte, von der der Kampf gegen den drohenden Krieg ausgehen muß. Nicht allein Reminiszenzen an den II. Weltkrieg bestimmten die Stoßrichtung, sondern die wachsende Rivalität der beiden Supermächte, von denen heute vor allem die Kriegsgefahr ausgeht. Aus jenem Blickwinkel, in dem die Sowjetunion als wahre Friedensmacht erscheint und die Sowjetwaffen wie Palmwedel aussehen, konnten Demonstration wie Kundgebung eigentlich nur Unbehagen auslösen, auch wenn ihnen in UZ und östlicher Presse scheinheilig Lob gespendet wurde.

Gerade die Konzentration vieler Kräfte der Bewegung auf die Waffenfrage, auf die Anhäufung der Mittel für Krieg und Völkervernichtung, macht sie zunächst relativ immun gegen Sprüche, wonach die Atomwaffen der einen Supermacht im Gegensatz zu denen der anderen nicht der Kriegsvorbereitung, sondern dem Frieden dienen sollen. Aber die Ablehnung der beiden Supermächte und jeder Politik, die Europa immer tiefer in ihre Rivalität verstrickt, hat tiefere Ursachen: das zunehmende Bewußtsein, daß die beiden Supermächte ihre *Vorherrschaft* in Europa nutzen, um es als ihr atomares

nen sprengte und nicht nur in Transparenten, sondern auch in einigen Kundgebungsreden die Lage widerspiegelte, von der der Kampf gegen den drohenden Krieg ausgehen muß. Nicht allein Reminiszenzen an den II. Weltkrieg bestimmten die Stoßrichtung, sondern die wachsende Rivalität der beiden Supermächte, von denen heute vor allem die Kriegsgefahr ausgeht. Aus jenem Blickwinkel, in dem die Sowjetunion als wahre Friedensmacht erscheint und die Sowjetwaffen wie Palmwedel aussehen, konnten Demonstration wie Kundgebung eigentlich nur Unbehagen auslösen, auch wenn ihnen in UZ und östlicher Presse scheinheilig Lob gespendet wurde.

Gerade die Konzentration vieler Kräfte der Bewegung auf die Waffenfrage, auf die Anhäufung der Mittel für Krieg und Völkervernichtung, macht sie zunächst relativ immun gegen Sprüche, wonach die Atomwaffen der einen Supermacht im Gegensatz zu denen der anderen nicht der Kriegsvorbereitung, sondern dem Frieden dienen sollen. Aber die Ablehnung der beiden Supermächte und jeder Politik, die Europa immer tiefer in ihre Rivalität verstrickt, hat tiefere Ursachen: das zunehmende Bewußtsein, daß die beiden Supermächte ihre *Vorherrschaft* in Europa nutzen, um es als ihr atomares
Gefechtsfeld vorzubereiten, und daß man sich dagegen nur wehren kann, indem man sich von den Supermächten *unabhängig* macht. Georg Benz (IGM) z.B. gab in seiner Rede dem Vorwurf der Einseitigkeit die passende Antwort: ,,Wir wollen weder, daß Europa ein Anhängsel des sowjetischen Imperiums wird, noch daß Europa den Charakter einer amerikanischen Kolonie erhält.''

Umstritten bleibt allerdings die Frage, wie weit letzteres in Westdeutschland und Westberlin nicht schon der Fall ist. Heinrich Albertz, der es als ehemaliger Westberliner Bürgermeister eigentlich wissen muß, fragte auf der Kundgebung, ,,ob nach allem, was seit den letzten Jahren geschehen ist – der NATO-Doppelbeschluß, die Entscheidung für die Neutronenbombe und die entsprechenden Entscheidungen der Sowjetunion – sich die Interessen der Vereinigten Staaten und die der Europäer eigentlich noch decken. Jedermann weiß, daß nach dem Stand der Rüstung und der gegenseitigen strategischen Pläne Deutschland in seinen beiden Teilen der Schießplatz der beiden Supermächte sein wird. Und dies im Zustand völliger Abhängigkeit, ohne volle Souveränität, ohne Friedensvertrag, in einem geteilten Land. Als ich dies in Hamburg den Bundeskanzler öffentlich fragte, löste ich Empörung aus. Nun ist es etwas stiller geworden in dieser Sache. Ein Ausschuß des Bundestages, höre ich, prüft den Deutschlandvertrag und den Truppenvertrag auf diese Frage.''

Die USA haben in jüngster Zeit immer weniger Zweifel aufkommen lassen, wie sie die Sache sehen: Die Entscheidung über Stationierung der Neutronenwaffe in der BRD liege allein in ihrer Hand. Vor einer Stationierung wollen sie allerdings ,,konsultieren''.

Neu war also an der Demonstration und Kundgebung, daß dem Unabhängigkeitstreben gegenüber beiden Supermächten und dem Widerstand gegen die imperialistische Allianzpolitik der BRD angesichts der Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und ihrer Militärblöcke deutlich Ausdruck verschafft wurde. Eppler ging auch in diese Richtung, freilich ohne die NATO-Mitgliedschaft in Frage zu stellen. Mechtersheimer meinte gar, daß er sehr ernst nimmt, ,,was in unserer Verfassung steht: ‚Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus!' ''

Der britische ,,Guardian'' schreibt angesichts der Richtung der Friedensbewegung: ,,Etwas geschieht in diesem Herbst in Deutschland, das viel bedeutsamer ist als die Terroristenbombe von Ramstein oder der theatralische Raketenangriff auf das Auto von General Kroesen. Was sich da abspielt, könnte sich als bedeutendste Bewußtseinsveränderung der Nachkriegszeit herausstellen, als eine Veränderung der deutschen Auffassung über die Welt.'' Im Klartext vielleicht: eine endgültige Absage an jeden Imperialismus oder, wie Albertz meinte, ,,wann hat es jemals in Deutschland so etwas gegeben? Die wollen keine fremden Länder mehr besetzen – höchstens mal ein rechtswidrig leerstehendes Haus – die wollen freilich auch nicht auf ewig in einem besetzten Land leben.''

Sorgen um aufkommendes Unabhängigkeitsstreben, das bekanntlich nur gegen die Politik aller bürgerlichen Richtungen verwirklicht werden kann,

reitungen der beiden Supermächte und ihrer Militärblöcke deutlich Ausdruck verschafft wurde. Eppler ging auch in diese Richtung, freilich ohne die NATO-Mitgliedschaft in Frage zu stellen. Mechtersheimer meinte gar, daß er sehr ernst nimmt, ,,was in unserer Verfassung steht: ‚Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus!' ''

Der britische ,,Guardian'' schreibt angesichts der Richtung der Friedensbewegung: ,,Etwas geschieht in diesem Herbst in Deutschland, das viel bedeutsamer ist als die Terroristenbombe von Ramstein oder der theatralische Raketenangriff auf das Auto von General Kroesen. Was sich da abspielt, könnte sich als bedeutendste Bewußtseinsveränderung der Nachkriegszeit herausstellen, als eine Veränderung der deutschen Auffassung über die Welt.'' Im Klartext vielleicht: eine endgültige Absage an jeden Imperialismus oder, wie Albertz meinte, ,,wann hat es jemals in Deutschland so etwas gegeben? Die wollen keine fremden Länder mehr besetzen – höchstens mal ein rechtswidrig leerstehendes Haus – die wollen freilich auch nicht auf ewig in einem besetzten Land leben.''

Sorgen um aufkommendes Unabhängigkeitsstreben, das bekanntlich nur gegen die Politik aller bürgerlichen Richtungen verwirklicht werden kann,
macht sich die Neue Zürcher Zeitung, deren Blick noch nie allein auf die Zürcher Börse gerichtet war: ,,Ist in Gestalt des Pazifismus nun auch in der jungen Generation der Bundesrepublik ein neuer deutscher Nationalismus wiedererwacht oder am Erwachen, der sich europäisch-westlicher Bindungen, wie sie die Politik der Bundesregierungen von Adenauer bis Schmidt zu knüpfen, zu verdichten oder auszuweiten suchte, wieder entledigen möchte?'' Was aber hat es mit ,,Nationalismus'' zu tun, wenn Völker ihre eigenen Angelegenheiten in die eigene Hand nehmen wollen und zu diesem Zweck jenseits von Blocklogik und Abendländlertum das Bündnis mit anderen Völkern suchen?

Die Beziehung zum Kampf des polnischen Volkes haben sowohl Benz als auch Eppler angesprochen. Von den Kämpfen der Völker der Dritten Welt mit Ausnahme El Salvadors war auf der Kundgebung allerdings nicht die Rede. Als hätte der Krieg der beiden Supermächte gegen die Dritte Welt als Zwischenzone nicht schon begonnen. Fast keine Rede war auch von den sozialen Interessen der Arbeiterbewegung im Kampf gegen Kapital und Regierung, der doch in enger Verbindung mit der Ablehnung der imperialistischen Allianzpolitik und der Kriegsvorbereitungen steht. Georg Benz erntete bei seinen Ausführungen über die Bonner ,,Sparbeschlüsse'' sogar Pfiffe. *Dieser* ,,Einseitigkeit'' weiter Teile der Friedensbewegung hat der DGB-Vorstand mit seinem traurigen Beschluß, die Unterstützung der Bonner Demonstration offiziell zu unterbinden, wahrlich in die Hände gearbeitet.



Wird Sadats Tod die arabische Einheit wiederherstellen?

Haig kündigt amerikanische Militärmanöver an Sowjetunion meldet Interessen an

lup. Bei seinem Besuch in Tokio hat der Vorsitzende der PLO Yassir Arafat die Unterstützung der PLO für den saudiarabischen Friedensplan bekräftigt und erklärt, unter bestimmten Bedingungen sei die PLO bereit, mit den USA in einen Dialog einzutreten. Voraussetzung sei die Zustimmung Washingtons zu den UNO-Beschlüssen, die die Rechte des palästinensischen

reiche amerikanisch-ägyptische Manöver stattfinden, an denen auch Einheiten aus dem Sudan beteiligt sein werden. ,,Wir werden von Zeit zu Zeit unsere Präsenz zeigen müssen'', erklärte US-Außenminister Haig. Von seiten der ägyptischen Regierung liegt dem Interesse an gemeinsamen Militärmanövern mit den USA sicherlich nicht zuletzt die Furcht zugrunde, daß Liby-



Wird Sadats Tod die arabische Einheit wiederherstellen?

Haig kündigt amerikanische Militärmanöver an Sowjetunion meldet Interessen an

lup. Bei seinem Besuch in Tokio hat der Vorsitzende der PLO Yassir Arafat die Unterstützung der PLO für den saudiarabischen Friedensplan bekräftigt und erklärt, unter bestimmten Bedingungen sei die PLO bereit, mit den USA in einen Dialog einzutreten. Voraussetzung sei die Zustimmung Washingtons zu den UNO-Beschlüssen, die die Rechte des palästinensischen
Volkes bekräftigen. Gegenüber japanischen Parlamentariern erklärte, Zeitungsberichten zufolge, Arafat zudem, die PLO sei zur ,,Koexistenz mit Israel'' bereit, sofern Israel das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkenne. Kurz zuvor hatten die früheren amerikanischen Präsidenten Ford und Carter sowie Brzezinski bei ihrer Rückkehr von der Beerdigung Sadats geäußert, die USA würden auf die Dauer nicht darum herumkommen, mit der PLO zu verhandeln. Obwohl diese Äußerungen mit schlecht verhüllten Spaltungsabsichten gegenüber der PLO verbunden waren, und obwohl die amtierende amerikanische Regierung umgehend erklärte, eine Änderung ihres Kurses gegenüber der PLO sei nicht beabsichtigt, offenbaren diese Erklärungen einmal mehr, daß die Politik von Camp David gescheitert ist. In diesem Sinne hat auch der französische Außenminister Cheysson am Wochenende erklärt, mit der Ermordung von Sadat sei ein Hindernis aus dem Wege zur arabischen Einheit geräumt worden, die wiederum Voraussetzung für den Frieden im Nahen Osten sei. Daß die ohnehin geschwächte neue ägyptische Regierung den Kurs Sadats unverändert wird fortsetzen können, ist kaum wahrscheinlich. Eine schrittweise Wiederannäherung Ägyptens und der anderen Staaten der arabischen Liga aber würde mit der Stärkung der arabischen Einheit vor allem den Kampf des palästinensischen Volkes fördern.

Einstweilen aber scheinen die Tendenzen zu überwiegen, die einer solchen Entwicklung entgegenstehen. Im November werden in Ägypten umfang-

reiche amerikanisch-ägyptische Manöver stattfinden, an denen auch Einheiten aus dem Sudan beteiligt sein werden. ,,Wir werden von Zeit zu Zeit unsere Präsenz zeigen müssen'', erklärte US-Außenminister Haig. Von seiten der ägyptischen Regierung liegt dem Interesse an gemeinsamen Militärmanövern mit den USA sicherlich nicht zuletzt die Furcht zugrunde, daß Liby-
en und die Sowjetunion die Schwächung ihres Regimes zu verstärkten Einmischungen nutzen werden. Auch die Erklärungen der sudanesischen Regierung, die auf anhaltende Auseinandersetzungen zum Teil militärischen Charakters an der Grenze mit Libyen hinweist und offene libysche Intervention in der nächsten Zeit befürchtet, sind nicht einfach von der Hand zu weisen. Die Erinnerung an die libysche Intervention in den an Libyen wie den Sudan grenzenden Tschad sind noch frisch, und man kann sich ausrechnen, was der Sinn der in Libyen ansässigen ,,Front für die Befreiung des Sudan'' ist. Daß Numeiri wiederum mit einem Präventivschlag gegen Libyen droht und eine Front zur Rettung Libyens beherbergt, trägt seinerseits zur Komplizierung der Lage bei.

Gemeinsame amerikanisch-ägyptisch-sudanesische Manöver, Ausweitung der Militärhilfe Washingtons an Ägypten und den Sudan, Errichtung einer gemeinsamen amerikanisch-ägyptischen Militärkommission, all das wird die Position der USA in Ägypten wie im Sudan nicht unbeträchtlich stärken. Und es verschafft der amerikanischen Regierung zahlreiche Ansatzpunkte und Druckmittel, Ägypten von einer Änderung des Kurses von Camp David abzuhalten.

Die Sowjetunion hat ihrerseits Interessen angemeldet und erklärt, sie werde die Lage in Ägypten ,,sorgfältig beobachten''. Dies ist, nicht weniger als amerikanische Äußerungen, als Drohung zu verstehen. Die Gefahr, daß es in dieser Region zu einem Zusammenprall zwischen den beiden Supermächten kommt, hat weiter zugenommen.

Der Fall Brückner

hee.Hannover. Der inzwischen für volle vier Jahre durch das niedersächsische Wissenschaftsministerium vom Dienst suspendierte Psychologie-Professor Peter Brückner aus Hannover soll Beamter des Landes Niedersachsen bleiben können bei Kürzung seiner Bezüge um 10% für vier Jahre. So die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Hannover von Freitag vergangener Woche. Sowohl Brückner als auch das Ministerium werden in die Berufung gehen.

In dem politisch ,,heißen Herbst'' des Jahres 1977 hatte Brückner (zusammen mit 48 weiteren Professoren) eine Dokumentation über den sogenannten ,,Buback-Nachruf'' herausgebracht, um ,,der Kriminalisierung, der Illegalisierung und dem politischen Äußerungsverbot entgegenzutreten, indem wir das Recht auf freie politische Meinungsäußerung praktisch wahrnehmen''. Des weiteren hatte Brückner eine sozialpsychologische Analyse zu diesem Thema erstellt, um der hysterischen Schwarz-Weiß-Malerei in der bürgerlichen Terrorismus-Debatte wissenschaftlich zu begegnen. ,,In einer Zeit, in der die Allgemeinheit auf allen Gebieten verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung grundgesetzwidriger, gewaltsamer Bestrebungen unternimmt, ist es unabweisbar erforderlich, daß Sie ... Ihren Dienstgeschäften an der Hochschule fernbleiben'', hatte das Ministerium Brückner seinerzeit mitgeteilt. Die CDU-Landesregierung insgesamt ging davon aus, ,,daß das Disziplinargericht ... auf Entfernung aus dem Dienst erkennen wird''.

Jeder weiß, daß es beim Fall Brückner nicht um ,,Terrorismus – ja oder nein?'' geht. Das jüngste Verfahren war Schauprozeß und Inquisition zugleich. Da bemerkte das Gericht bei

Buchvertrieb Hager

sammen mit 48 weiteren Professoren) eine Dokumentation über den sogenannten ,,Buback-Nachruf'' herausgebracht, um ,,der Kriminalisierung, der Illegalisierung und dem politischen Äußerungsverbot entgegenzutreten, indem wir das Recht auf freie politische Meinungsäußerung praktisch wahrnehmen''. Des weiteren hatte Brückner eine sozialpsychologische Analyse zu diesem Thema erstellt, um der hysterischen Schwarz-Weiß-Malerei in der bürgerlichen Terrorismus-Debatte wissenschaftlich zu begegnen. ,,In einer Zeit, in der die Allgemeinheit auf allen Gebieten verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung grundgesetzwidriger, gewaltsamer Bestrebungen unternimmt, ist es unabweisbar erforderlich, daß Sie ... Ihren Dienstgeschäften an der Hochschule fernbleiben'', hatte das Ministerium Brückner seinerzeit mitgeteilt. Die CDU-Landesregierung insgesamt ging davon aus, ,,daß das Disziplinargericht ... auf Entfernung aus dem Dienst erkennen wird''.

Jeder weiß, daß es beim Fall Brückner nicht um ,,Terrorismus – ja oder nein?'' geht. Das jüngste Verfahren war Schauprozeß und Inquisition zugleich. Da bemerkte das Gericht bei

Brückner ,,eine gewisse Distanz zu unserer Staats- und Gesellschaftsordnung'' und stellte Fragen wie diese: ,,Wie sieht denn die Gesellschaftsordnung aus, die Sie vorbehaltlos bejahen könnten? Wie möchten Sie's denn gern?'' Ob er für die ,,Diktatur des Proletariats'' sei? In der Urteilsbegründung befand das Gericht, daß der bundesdeutsche Staat so schlimm gar nicht sei. ,,Alle Wünsche können nicht erfüllt werden, das weiß auch die Bevölkerung.'' Brückner sei zwar kein Verfassungsfeind, aber als Staatsbeamter zu ,,Mäßigung und Zurückhaltung'' verpflichtet. Dies habe er nicht genügend getan und sei folglich zu verurteilen. Punktum.

Man weiß nach solch einem Verfahren, welche Folgen es für politische und wissenschaftliche Betätigung (nicht nur an der Hochschule) hätte, wenn sich ein Kurs offener politischer Reaktion in diesem Lande durchsetzen würde. Die fortschrittliche Öffentlichkeit kann dieses Urteil nicht hinnehmen; dem Ministerium ist es zu lasch und entspricht auch nicht seinem Ziel, Brückner endgültig als Lehrperson und Wissenschaftler kaltzustellen. Wie der Fall Brückner ausgeht, entscheiden die Institutionen bundesdeutscher Gerichtsbarkeit nicht alleine.

„Die sanfte Macht der Familie . . ."

Von Gerd Koenen

Ein erstaunlicher Vorgang: trotz erbittertem Widerstand so unterschiedlicher Kräfte wie des Deutschen Hausfrauenverbandes, der Katholischen Frauengemeinschaft und der Frauen im DGB wird auf der 19. Bundestagung der „Christlich-Demokratischen Arbeitnehmer" (CDA) ein Antrag des Vorsitzenden Blüm „Die sanfte Macht der Familie" bei nur 7 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen angenommen. Von 421 Stimmberechtigten waren 57 Frauen gewesen.

Die oppositionellen weiblichen Delegierten hatten sich am Rande der Konferenz zeitweise zu einem Frauenforum konstituiert. Und die stellvertretende CDA-Vorsitzende Renate Hellwig hatte, auch das unerhört, Blüm auf den Kopf zu einen „Reaktionär" genannt: Die von ihm proklamierte „Mutterfamilie" sei nichts als der Versuch, die Frau wieder ans Haus zu binden zugunsten der Freiheit des Mannes, sich um so ungestörter Beruf, Politik, Gesellschaft und Stammtisch widmen zu können. Die Frauen sollten als erste vom Arbeitsmarkt gedrängt werden. Diese ganze „Mutterfamilie" sei den Vorstellungen einer gehobenen bürgerlichen Haushaltsführung entlehnt – so Irmgard Blättel, Mitglied des DGB-Vorstands.

Daß dennoch die Opposition zusammenbrach, lag nicht an der wiehernden Heiterkeit solcher Attacken wie: „Renate, ich bedaure, daß Du das Erfolgserlebnis der Mutter noch nicht hattest." Es lag daran, daß die erregtesten Befürworter des Antrags von Blüm – die *anderen* weiblichen Delegierten waren.

Der schließlich so einmütig beschlossene Antrag entwirft in 31 Leitsätzen das Bild einer Familie, die „ein Hort gegen jede Form der Bevormundung und Manipulation" sein soll. Die „Mutterarbeit" müsse nicht nur der Erwerbstätigkeit materiell gleichgestellt werden; sie müsse moralisch *darüber* gestellt werden. Die ganze Idee, daß die Emanzipation der Frau sich erst durch berufliche und gesellschaftliche Betätigung vollziehen könne, in gleichberechtigter Partnerschaft mit dem (Ehe-) Mann, sei „abgelutscht und kalt", so Blüm. Denn die Arbeit der Mutter „enthält mehr vom ursprünglichen Schöpfungscharakter der Arbeit, als alle Humanisierungsbemühungen der Erwerbsarbeit zurückgeben können". Die „Unersetzlichkeit der Mutter" sei eine Tatsache, und die Emanzipation der Frau jenseits von Heim und Herd sei eine „Befreiungsidee, die nur auf Kosten anderer durchgesetzt" werden könne; sie „entwurzelt die Familie und nimmt dem Kind die Lebenschancen".

Propagiert wird die „Mutterfamilie", worin auch der Vater mütterlicher werden müsse; ein Schutzraum des Individuums gegen die von kalter Ratio und Effizienz geprägte Außenwelt. Von da aus könne auch die ganze Gesellschaft umgestaltet werden, entsprechend den Werten der Liebe, Natürlichkeit, Treue, Vorsorge, Behütung und Verzicht.

Uff! Das geht ein wie süßer Brei, bei dem das Würgen ankommt, wem er nicht schmeckt. Nur, er schmeckt! Und gerade vielen Frauen, die ja überhaupt den größeren Teil der CDU-Wähler stellen. Ist das so ganz unverständlich? Fällt der Zwang zur Lohnarbeit nicht oft genug zusammen mit erzwungenem Verzicht auf Kinder? Kehrt nicht gerade die Lohnarbeit für die Frauen ihre gehässigsten Seiten heraus, die sich mit der doppelten Gehässigkeit der Hausarbeit kombinieren? Und wird ein Kind da dann nicht zur Plage, die es doch nicht sein soll? Bleibt das nicht doch an den Frauen hängen, die für diese dreifache Belastung allerdings geringen Dank ernten? Und sind die freieren, partnerschaftlichen Beziehungen in (oder außer) der Ehe nicht eben oft auch die brüchigeren?

In klassisch reaktionärer und auch illusionärer Weise propagieren die „Christlichen Arbeitnehmer" – aber auch gerade sie, nicht etwa die christlichen Bourgeois! – den Weg zurück zur „Mutterfamilie", so wie die dauernd ruinierten Kleinproduzentren sich stets spontan nach dem alten, goldenen Handwerks- und Bauernglück zurücksehnen. Die schillernden Übergänge zu den Rändern der heutigen Alternativ- oder auch Frauenbewegung sind dabei ja auch nicht von der Hand zu weisen. Gegenüber derartigen Ressentiments gegen die Moderne hat es den Sozialisten und der Arbeiterbewegung noch nie was gebracht, sie bloß in der Kritik zu zerreißen und abzutun. Sie werden sie *begreifen* und ihnen in der Entwicklung einer *besseren* gesellschaftlichen Alternative Rechnung tragen müssen.

15 000 Schüler demonstrierten gegen Sparbeschlüsse

Land Bremen schlägt im Bildungsbereich zu

klm.Bremen. 15 000 Schüler demonstrierten gegen die Sparbeschlüsse des Bremer Senats. Mit dem Argument sparen zu wollen, hat sich Bremens Bildungssenator von Hassel darangemacht, im Bildungsbereich zu wüten. Allein 10,7 Mio. DM will er in diesem Jahr einsparen. Bis 1983 sollen 223 Lehrerplanstellen gestrichen werden, obwohl schon jetzt offiziellen Angaben zufolge 6400 Lehrerwochenstunden – umgerechnet 267 Lehrerstellen – fehlen.

Darüber hinaus soll Material eingespart werden. Der Senator stellt sich das etwa so vor:

„2.1 Die Selbstbewirtschaftung der den Schulen zur Deckung des Lehr- und Lernmitelbedarfs zugewiesenen Haushaltsmittel wird vorläufig bis zum Ende des Haushaltsjahres 1981 außer Kraft gesetzt.

2.2 Es ist den Schulen ab sofort nicht mehr gestattet

– Aufträge an Firmen/Lieferanten zu erteilen (auch für Reparaturen), ausgenommen davon ist lediglich die Beschaffung von Lebensmitteln

– Bestellungen an Beschaffungsstellen (Landesbildstelle, Fernmeldetechn. Amt u.a.) zu richten.

2.3 Verfahrensweise

Lehrmittel. Die Schulen stellen Einzelanträge an den Senator für Bildung (Formblatt 23/18 EX) und begründen, weshalb auf die Beschaffung des einzelnen Lehrmittels noch im Haushaltsjahr 1981 nicht verzichtet werden kann.

Sämtliche Beschaffungsstellen werden Bestellungen der Schulen, soweit sie noch nicht in Aufträge an Firmen umgesetzt sind, umgehend an die Schulen zurückgegeben, damit die Lehrmittel in den oben beschriebenen Entscheidungsprozeß einbezogen werden können."

In einem Brief (Rundverfügung Nr. L111/81) „An die Schulen der Stadtgemeinde Bremen" bezüglich der Haushalts- und Finanzplanung äußert sich der Bildungssenator wie folgt: „In der Bundesrepublik Deutschland wird seit Monaten in der Presse, Funk und Fernsehen, in den Parlamenten, am Arbeitsplatz und in den Familien das Thema ‚Sparen'diskutiert . . .".

Aber es wird nicht nur diskutiert, sondern – von Seiten des Senats – auch gehandelt. Warum so gehandelt wird – nämlich auf Kosten der Schüler und Lehrer zu sparen, erklärt er, der Senator auch. „Wirtschaftliche Veränderungen schlagen auch auf das Land Bremen durch. Hinzu kommen die strukturellen Schwierigkeiten des Unterweserraumes, die für unseren Zwei-Städte-Staat zusätzliche Belastungen bringen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die kritische Situation der Werften, der Stahlindustrie und der Fischwirtschaft.".

Hier wird nahegelegt, das ganze Problem als Verteilungsproblem anzusehen. Unter dem Motto: Im sozialen Bereich sparen, um die Industrie zu sanieren. Mit dieser Politik hat man mit Daimler Benz Erfahrungen sammeln können. 6 000 Arbeitsplätze sollten mithilfe staatlicher Subventionen geschaffen werden. Noch nicht einmal ein Bruchteil ist bis heute eingestellt. Desgleichen bei Hansa Waggonbau. Bis kurz vor der endgültigen Schließung wurde das Werk mit Beträgen in Millionenhöhe subventioniert. Sowieso ist es nicht einfach ein Verteilungsproblem, sondern wird deutlich, – und das nicht zuletzt auch beim Bremer Bildungssenator von Hassel –, daß die kapitalistische Krise in alle Lebensbereiche greift. Umfassend wird unter dem Schlagwort „Sparen" zum Angriff auf die Reproduktion, die Lebensbedingungen, der Massen geblasen. „Erste Maßnahmen zur Einsparung öffentlicher Mittel sind getroffen oder erkennbar. Sie berühren und verändern unser aller Lebensführung." Immerhin droht der Senator: „Für die Jahre bis 1984 ergeben sich in Bremen zwischen den Anforderungen des Senatsressorts und dem Ergebnis der Finanz- und Steuerschätzungen Einsparungsnotwendigkeiten in Höhe von rund einer Mrd. DM." Auch dagegen richtete sich die Demonstration.

Verhältnis der Schulstunden Bedarf : Bestand

Schulstufen/ Schulart	Bedarf	Bestand	Plus/ eff.	Minus in %
Primarschulen	26157	26375	+222	0,8
Sonderschulen	12311	11985	–326	2,7
S-I-Schulen (ohne GS)	54218	51803,5	–2414,5	4,5
Gesamtschulen	7589	7315,5	–273,5	3,6
S I/IIa Schulen	19003	18466	–537	2,8
S IIa Schulen	7816	7605,5	–210,5	2,7
Zwischensumme:	127094	123554,5	–3539,5	2,8
SIIb Schulen	25237	22381	–2856	10,8
Gesamtsummen:	152331	145935,5	–6395,5	4,2

Rundverfügung des Bildungssenators

Sparen mit dem Krankenversicherungskostendämpfungsergänzungsgesetz



„Und wenn der Patient eingeschlafen ist, setzen wir das vorher ausgekochte Skalpell eine Handbreit rechts vom Nabel an und führen einen beherzten Schnitt schräg nach unten . . ."
METALL-Karikatur: Hans Traxler

Diese ganze „Mutterfamilie" sei den Vorstellungen einer gehobenen bürgerlichen Haushaltsführung entlehnt – so Irmgard Blättel, Mitglied des DGB-Vorstands.

Daß dennoch die Opposition zusammenbrach, lag nicht an der wiehernden Heiterkeit solcher Attacken wie: „Renate, ich bedaure, daß Du das Erfolgserlebnis der Mutter noch nicht hattest." Es lag daran, daß die erregtesten Befürworter des Antrags von Blüm – die *anderen* weiblichen Delegierten waren.

Der schließlich so einmütig beschlossene Antrag entwirft in 31 Leitsätzen das Bild einer Familie, die „ein Hort gegen jede Form der Bevormundung und Manipulation" sein soll. Die „Mutterarbeit" müsse nicht nur der Erwerbstätigkeit materiell gleichgestellt werden; sie müsse moralisch *darüber* gestellt werden. Die ganze Idee, daß die Emanzipation der Frau sich erst durch berufliche und gesellschaftliche Betätigung vollziehen könne, in gleichberechtigter Partnerschaft mit dem (Ehe-) Mann, sei „abgelutscht und kalt", so Blüm. Denn die Arbeit der Mutter „enthält mehr vom ursprünglichen Schöpfungscharakter der Arbeit, als alle Humanisierungsbemühungen

der doppelten Gehässigkeit der Hausarbeit kombinieren? Und wird ein Kind da dann nicht zur Plage, die es doch nicht sein soll? Bleibt das nicht doch an den Frauen hängen, die für diese dreifache Belastung allerdings geringen Dank ernten? Und sind die freieren, partnerschaftlichen Beziehungen in (oder außer) der Ehe nicht eben oft auch die brüchigeren?

In klassisch reaktionärer und auch illusionärer Weise propagieren die „Christlichen Arbeitnehmer" – aber auch gerade sie, nicht etwa die christlichen Bourgeois! – den Weg zurück zur „Mutterfamilie", so wie die dauernd ruinierten Kleinproduzentren sich stets spontan nach dem alten, goldenen Handwerks- und Bauernglück zurücksehnen. Die schillernden Übergänge zu den Rändern der heutigen Alternativ- oder auch Frauenbewegung sind dabei ja auch nicht von der Hand zu weisen. Gegenüber derartigen Ressentiments gegen die Moderne hat es den Sozialisten und der Arbeiterbewegung noch nie was gebracht, sie bloß in der Kritik zu zerreißen und abzutun. Sie werden sie *begreifen* und ihnen in der Entwicklung einer *besseren* gesellschaftlichen Alternative Rechnung tragen müssen.

Amt u.a.) zu richten.

2.3 Verfahrensweise

Lehrmittel. Die Schulen stellen Einzelanträge an den Senator für Bildung (Formblatt 23/18 EX) und begründen, weshalb auf die Beschaffung des einzelnen Lehrmittels noch im Haushaltsjahr 1981 nicht verzichtet werden kann.

Sämtliche Beschaffungsstellen werden Bestellungen der Schulen, soweit sie noch nicht in Aufträge an Firmen umgesetzt sind, umgehend an die Schulen zurückgegeben, damit die Lehrmittel in den oben beschriebenen Entscheidungsprozeß einbezogen werden können."

In einem Brief (Rundverfügung Nr. L111/81) „An die Schulen der Stadtgemeinde Bremen" bezüglich der Haushalts- und Finanzplanung äußert sich der Bildungssenator wie folgt: „In der Bundesrepublik Deutschland wird seit Monaten in der Presse, Funk und Fernsehen, in den Parlamenten, am Arbeitsplatz und in den Familien das Thema ‚Sparen'diskutiert . . .".

Aber es wird nicht nur diskutiert, sondern – von Seiten des Senats – auch gehandelt. Warum so gehandelt wird – nämlich auf Kosten der Schüler und Lehrer zu sparen, erklärt er, der Senator auch. „Wirtschaftliche Veränderungen schlagen auch auf das Land Bremen durch. Hinzu kommen

(ohne GS)
Gesamtschulen 7589 7315,5 –273,5 3,6
S I/IIa Schulen 19003 18466 –537 2,8
S IIa Schulen 7816 7605,5 –210,5 2,7
Zwischensumme: 127094 123554,5 –3539,5 2,8
SIIb Schulen 25237 22381 –2856 10,8
Gesamtsummen: 152331 145935,5 –6395,5 4,2
Rundverfügung des Bildungssenators

Sparen mit dem Krankenversicherungskostendämpfungsergänzungsgesetz



„Und wenn der Patient eingeschlafen ist, setzen wir das vorher ausgekochte Skalpell eine Handbreit rechts vom Nabel an und führen einen beherzten Schnitt schräg nach unten . . ."
METALL-Karikatur: Hans Traxler

Vorbereitung auf Breschnew

kvz. Zu einem Koordinationstreffen zur Vorbereitung einer *Demonstration anläßlich des Besuchs von L. Breschnew in der BRD* laden die Grünen für Sonntag, den 17.10.81 um 11.00 Uhr in die Landesgeschäftsstelle NRW, Düsseldorf, Oberbilkerallee 17 ein. (Tel.: 0211/343021) Einen entsprechenden Beschluß hatte der Bundeskongreß der Grünen vor kurzem gefaßt. Die von den Grünen vorgeschlagene Demonstration soll sich u.a. gegen KKW's in Ost und West, gegen Atomraketen und gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan richten und für die Souveränität aller Völker und ein atomwaffenfreies Europa von Polen bis Portugal eintreten. Angestrebt wird insbesondere ein Zusammengehen mit Jusos und Jungdemokraten.

RICHTIGSTELLUNG:
Durch mißverständliche Übermittlung ist in der letzten KVZ der Demonstrationsaufruf zum Breschnew-Besuch fälschlich als Aufruf der Aachener Friedensinitiative bezeichnet worden. Tatsächlich handelte es sich erst um einen Vorschlag, den KBW und Sozialistisches Forum dort eingebracht haben.

Kongreß „Alternativen Europäischer Friedenspolitik

Veranstalter: Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa, unterstützt von verschiedenen politischen Organisationen aus dem Umfeld der SPD und der Alternativen Liste. *Freitag, 23.10., 19 Uhr:* Podiumsdiskussion „Atomwaffenfreies Europa – eine mögliche Aktionsperspektive?" u.a. mit R. Bahro, G. Bastian, C. Bourdet, O. Lafontaine und H.J. Vogel. Audimax der Technischen Universität, Straße des 17. Juni – *Samstag, 24.10., 13 – 17 Uhr* Arbeitsgruppen: 1) Die aktuelle Debatte um den NATO-Nachrüstungsbeschluß, 2) Internationale Krisenherde, Neuorientierung der US-Sicherheitspolitik – Auswirkungen auf Europa, 3) Rüstungspolitik der Sowjetunion, 4) Alternativen europäischer Sicherheitspolitik am Beispiel Skandinaviens, Österreichs und Jugoslawiens, 5) Alternativen zur NATO-Sicherheitspolitik: defensive Strategie, soziale Verteidigung usw. 6) Einseitige Abrüstung und Disengagement, 7) Die Deutsche Frage im Brennpunkt der europäischen Friedensbewegung, 8) Rüstungskonversion: Probleme der Umstellung von Rüstungs- auf sozial nützliche Produktion, 9) Ansätze kirchlicher Friedensarbeit, 10) Ursache des Scheiterns der „Kampf-dem-Atomtod-Bewegung" in den 50er Jahren, 11) Frauen für den Frieden, 12) Feindbilder, Aggressionspotentiale – Entwicklung einer Friedenspädagogik, 13) Formen, Probleme und Perspektiven der Bewegung für ein atomwaffenfreies Europa. *Abends:* Friedensfest, Freie Universität – *Sonntag, 25.10., 11 bis 14 Uhr* Arbeitsplenum: „Friedensbewegung wohin", Gemeindesaal Kirche Dahlem, Thielallee 1 – 3.

Anmeldungen: Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa, Friedrichshallerstr. 17, 1000 Berlin 33, Teilnahmegebühr mit Reader 20 DM.

Bundesrat: Verbot von Vermummung bei Demonstrationen

kvz. Am vergangenen Freitag beschloß der Bundesrat mit seiner Unionsmehrheit, einen Gesetzentwurf zur Verschärfung des Demonstrationsrechts im Bundestag einzubringen. Danach soll künftig die sog. passive Bewaffnung von Teilnehmern mit Helmen, Gasmasken und ähnlichen Gegenständen sowie Maskierung und Vermummung verboten sein. Außerdem sollen diejenigen bestraft werden, die zur Teilnahme an einer verbotenen Demonstration aufrufen oder die sich „nach hoheitlicher Aufforderung" nicht aus einer unfriedlichen Demonstration entfernen. Die SPD/FDP-regierten Länder und Bundesjustizminister Schmude lehnten erneut schärfere Gesetze als „unnötig" ab.

Konkrete Bürgerwehr-Pläne in Bremen

kvz. Die Bremer Geschäftswelt, nicht zufällig vertreten durch einen Grundstücksmakler, den Ex-Polizisten Rönnebeck, hat konkrete Vorbereitungen für die Aufstellung einer bewaffneten Sonderformation von 20 Profischlägern und 150 Reservisten getroffen, die bei Demonstrationen das bürgerliche Eigentum bewachen sollen. Die Truppe soll „auf Anforderung der Wirtschaft" und gegen entsprechende Bezahlung tätig werden. Außer Karate sollen „moderne Demonstrationswaffen, die Steinewerfer kampfunfähig machen", eingesetzt werden. Mit Sicherheit aber, so der mitbeteiligte Inhaber der Detektei Investigate KG und Kriminalkommissar a.D. Riecke, „wird es dazu kommen, daß wir irgendwelche Gewalttäter festnehmen müssen". „Dann brauchen wir die Unterstützung der Politiker, der Polizei, der Gerichte." Solche Vorformen der Lynchjustiz sollen juristisch vorab geklärt werden. – Die Bremer Polizeiführung hat zwar abgewinkt, jedoch ihrerseits in einem internen Memorandum an den Innensenator festgestelllt, es seien „sogar einfachste exekutiv-polizeiliche Problemstellungen kaum noch durchsetzbar". – Die Bremer Grünen, schon durch eigene Vorschläge zu einer rabiaten Politik des Sozialabbaus mit eigenem rechten Profil versehen, fischen mit im trüben Bürgerzorn. Die Abgeordnete Delphine Brox ließ in einem Gastkommentar in der CDU-Zeitung „Weser Report" vernehmen: „Der normale Bürger bezahlt mit seinen Steuern diejenigen, die ihm anschließend den Laden einschlagen."

Wehrdienstverweigerer zum zweiten Mal verurteilt

gkr. Zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen hat das Amtsgericht Oldenburg den 21jährigen Wehrdienstverweigerer Thomas Hansen wegen Gehorsamsverweigerung bestraft. Diesmal erhielt Thomas Hansen sechs Monate Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Zur Urteilsbegründung erklärte das Gericht, es sei davon auszugehen, daß Thomas Hansen eine persönliche und prinzipielle Gewissensentscheidung gegen den Dienst in der Bundeswehr getroffen habe. Da er jedoch (bereits vor Beginn seiner Wehrpflicht) in drei Instanzen nicht als Wehrdienstverweigerer anerkannt worden sei, sei er auch nicht durch Artikel 4 Abs. 3 des Grundgesetzes geschützt und müsse deshalb bestraft werden. Der Staatsanwalt, der 10 Monate gefordert hatte, wertete als strafverschärfend, daß Hansen „einschlägig" vorbestraft sei (nämlich die Verurteilung durch dasselbe Gericht zu 2 Monaten mit Bewährung am 24.8.1981) und dennoch hartnäckig an seiner Verweigerung festhalte.

Ohne Sicherheitsgurte keine Lohnfortzahlung

gkr. Am 7. Oktober hat das Bundesarbeitsgericht eine Grundsatzentscheidung über die Lohnfortzahlung bei Unfällen, bei denen keine Sicherheitsgurte angelegt waren, getroffen. Danach entfällt der Anspruch auf Lohnfortzahlung, wenn die Verletzungen bei Anschnallen verhindert worden wären. Denn, so das Gericht, dem Arbeiter oder Angestellten, der sich nicht angschnalle, treffe eigenes Verschulden. Dann aber, so das Gesetz, gebe es keine Lohnfortzahlung. Nach wie vor gibt es zwar kein Gesetz, das das Nichtanlegen der Sicherheitsgurte direkt bestraft. Solche Urteile wie das des BAG aber haben keine andere Wirkung.



300 000 in Bonn gegen den drohenden Krieg

Von Günther Kruse

Schon an der Straßenbahnhaltestelle in Frankfurt war unübersehbar, der größte Teil von den Fahrgästen war auf dem Wege nach Bonn. „Fahrt ihr auch nach Bonn, gibt es noch Plätze?" waren die ersten Kontakte in der Straßenbahn, der Appell von Bonns Oberbürgermeister Daniels, am Abend vorher über die Nachrichtensendungen verbreitet, wer sich noch nicht entschlossen habe, nach Bonn zu kommen, solle es lassen, er käme doch nicht an, hatte offensichtlich nicht viel bewirkt. Daß die Ankunft ungewiß war, das war bewußt. Aber dabei sein, bei der Demonstration gegen die Kriegsvorbereitungen, das wollten trotzdem alle. Dabei sein, um die Front gegen den drohenden Krieg zu stärken, auch wenn bei vielen sicherlich über eine weitere Perspektive noch wenig Klarheit bestand.

300000 Menschen waren schließlich dem Aufruf der Aktion Sühnezeichen und der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden gefolgt. Sie sollten sich an 5 Sammelplätzen zu einem Demonstrationszug in die Innenstadt zum Kundgebungsplatz Hofgarten formieren. Aber selbst diese Sammelplätze waren schon frühzeitig überfüllt. Jeweils ab 8 Uhr bis ca. 10.30 Uhr sollten an den 5 Sammelstellen Auftaktkundgebungen stattfinden, aber als unser weit überfüllter Zug aus Frankfurt kurz nach 10.00 Uhr in Bad Godesberg eintraf, da war der Anfang des Demonstrationszuges schon längst vom Sammelplatz in Richtung Hofgarten aufgebrochen. Schon vor 12.00 Uhr war der Hofgarten mehr als voll besetzt, und vor allem aus der Richtung Poppelsdorfer Allee, wohin die Kundgebung ebenfalls übertragen werden sollte, drängten immer weitere Menschenmassen auf den Platz. In der Innenstadt gab es bald keine Straße, keinen Platz, wo nicht Demonstranten zogen oder standen, oftmals Musikgruppen zuhörend oder Schauspielgruppen

die Ankunft ungewiß war, das war bewußt. Aber dabei sein, bei der Demonstration gegen die Kriegsvorbereitungen, das wollten trotzdem alle. Dabei sein, um die Front gegen den drohenden Krieg zu stärken, auch wenn bei vielen sicherlich über eine weitere Perspektive noch wenig Klarheit bestand.

300000 Menschen waren schließlich dem Aufruf der Aktion Sühnezeichen und der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden gefolgt. Sie sollten sich an 5 Sammelplätzen zu einem Demonstrationszug in die Innenstadt zum Kundgebungsplatz Hofgarten formieren. Aber selbst diese Sammelplätze waren schon frühzeitig überfüllt. Jeweils ab 8 Uhr bis ca. 10.30 Uhr sollten an den 5 Sammelstellen Auftaktkundgebungen stattfinden, aber als unser weit überfüllter Zug aus Frankfurt kurz nach 10.00 Uhr in Bad Godesberg eintraf, da war der Anfang des Demonstrationszuges schon längst vom Sammelplatz in Richtung Hofgarten aufgebrochen. Schon vor 12.00 Uhr war der Hofgarten mehr als voll besetzt, und vor allem aus der Richtung Poppelsdorfer Allee, wohin die Kundgebung ebenfalls übertragen werden sollte, drängten immer weitere Menschenmassen auf den Platz. In der Innenstadt gab es bald keine Straße, keinen Platz, wo nicht Demonstranten zogen oder standen, oftmals Musikgruppen zuhörend oder Schauspielgruppen
zusehend.

So wie viele erst spät, lange nachdem die Kundgebung um 13.00 Uhr begonnen hatte, überhaupt in die Nähe des Hofgartens kamen, genauso verließen viele schon kurz nach 14.00 Uhr den Platz wieder, sie konnten der Kundgebung eh nicht folgen. So bot sich das angesichts dieser riesigen Teilnehmermassen doch erstaunliche Bild, daß an den Rändern der Kundgebung schon früh erstaunlich viel Platz war.Es bedeutete aber auch, daß nur relativ wenige Teilnehmer der Kundgebung den größten Teil der Reden mitbekam (was auf Grund der Dauer von 4 Stunden schon nahezu unmöglich war) und viele Teilnehmer nur sehr wenig oder gar nichts. (Die ersten Sonderzüge fuhren auch schon kurz nach 16.00 Uhr wieder ab, ebenfalls die ersten Busse.)

Sind nun oft bei Demonstrationen die Reden der Kundgebung der unwichtigste Teil, so war es hier sicher anders. Nicht nur die Rede Erhard Epplers, der den stärksten Beifall auf der Kundgebung erhielt, war beachtenswert. (Wir drucken sie zusammen mit einigen anderen Reden im folgenden ab.) Seine, wie auch die von Heinrich Albertz, von Georg Benz oder von William Borm, setzten deutlichere Akzente gegen die beiden Supermächte als der Aufruf zur Demonstration selber, wiewohl sie – vielleicht mit Ausnahme der von Albertz, der die Frage eines Friedensvertrages anschnitt – wenig positive Wege wiesen. Insgesamt zeigten so die Reden einen deutlichen Fortschritt gegenüber der Einseitigkeit des Krefelder Appells. Sie spiegelten dabei durchaus die Zusammensetzung der Demonstration wider, in der es drei, vielleicht kann man sagen etwa gleichstarke, Hauptströmungen gab: Die eine, die sich ausschließlich gegen die NATO wandte; eine zweite, die gegen beide Supermächte Stellung bezog und damit auch eine Richtung hin auf Blockfreiheit beinhaltete; und eine dritte, wesentlich pazifistische Strömung. Wobei es viele in der Demonstration gab, (die ja ein Spektrum von marxistischen Kräften über Spontaneisten, Grüne, DKP, SPD bis zu den Jungdemokraten und bis hinein zur Union umfaßte), christliche Kräfte, aber auch Punker, Anarchisten – die schwerlich einer dieser Hauptrichtungen zuzuordnen wären. Im Gegensatz zu dieser Zusammensetzung hatte die DKP mit ihr nahestehenden Organisationen die organisatorische Abwicklung der Demonstration weitgehend in den Händen. Nicht nur die Ordner zeigten dies, auch das kulturelle Rahmenprogramm oder die Liste der Redner für die Auftaktkundgebungen; die Hälfte der westdeutschen Redner hier war den Revisionisten zuzurechnen.

Wie war die Arbeiterbewegung auf der Demonstration vertreten, von der Eppler gesagt hat: „Die Friedensbewegung wird nur mehrheitsfähig, wenn sie zusammenwirkt mit der organisierten Arbeiterbewegung"? Deren organisierte Teilnahme der DGB-Bundesvorstand ja gerade verhindern wollte. Es waren viele Gewerkschaftsgruppen und sie waren unübersehbar, denn sie hatten ihre Zugehörigkeit zur Gewerkschaft auf Transparenten kundgetan. Eine politische Zuordnung, ich könnte sie nicht vornehmen. Sicherlich nicht so breit gefächert wie das Spektrum insgesamt, waren doch die Hauptströmungen unter ihnen vertreten. Wahrscheinlich hatten hier die Revisionisten noch vor allem gehofft, Boden zu haben. Und vielleicht hat sie gerade auch

Jungdemokraten und bis hinein zur Union umfaßte), christliche Kräfte, aber auch Punker, Anarchisten – die schwerlich einer dieser Hauptrichtungen zuzuordnen wären. Im Gegensatz zu dieser Zusammensetzung hatte die DKP mit ihr nahestehenden Organisationen die organisatorische Abwicklung der Demonstration weitgehend in den Händen. Nicht nur die Ordner zeigten dies, auch das kulturelle Rahmenprogramm oder die Liste der Redner für die Auftaktkundgebungen; die Hälfte der westdeutschen Redner hier war den Revisionisten zuzurechnen.

Wie war die Arbeiterbewegung auf der Demonstration vertreten, von der Eppler gesagt hat: „Die Friedensbewegung wird nur mehrheitsfähig, wenn sie zusammenwirkt mit der organisierten Arbeiterbewegung"? Deren organisierte Teilnahme der DGB-Bundesvorstand ja gerade verhindern wollte. Es waren viele Gewerkschaftsgruppen und sie waren unübersehbar, denn sie hatten ihre Zugehörigkeit zur Gewerkschaft auf Transparenten kundgetan. Eine politische Zuordnung, ich könnte sie nicht vornehmen. Sicherlich nicht so breit gefächert wie das Spektrum insgesamt, waren doch die Hauptströmungen unter ihnen vertreten. Wahrscheinlich hatten hier die Revisionisten noch vor allem gehofft, Boden zu haben. Und vielleicht hat sie gerade auch
deshalb an der Rede von Georg Benz so geärgert, daß er *auch* eindeutig gegen die Sowjetunion Stellung bezog, was ihm von Seiten der DKP-Freunde ein gellendes Pfeifkonzert eintrug, während z.B. Böll durchaus ungestört sich gegen die Inhaftierung und Verbannung Sacharows wenden konnte (nicht anders als Benz dies getan hat), und Mechtersheimer nicht wesentlichen Widerspruch erntete bei seinen Ausführungen gegen die SS 20.

Was schließlich noch aufgefallen ist: Es gab praktisch kein Wort zur Dritten Welt, Transparente hierzu waren allenfalls von den entsprechenden ausländischen Organisationen zu erkennen. Der vorgesehene Redner des ANC hatte seine Rede abgesagt, weil sie ihm von den Veranstaltern wegen der Unterstützung der PLO zensiert werden sollte. Die Informationsstelle Lateinamerika hatte eine Unterstützung des Aufrufs abgelehnt unter Hinweis darauf, daß die beiden Supermächte in der Drittten Welt gegenwärtig schon Krieg führen, eine Beschränkung auf die Erhaltung des Friedens in Europa also nicht ausreichend sei.

Redner auf der Hauptkundgebung waren: Pastor Heinrich Albertz; Dr. Alfred Mechtersheimer, Friedensforscher, noch CSU; Greetje Witte-Rang, Interkirchlicher Friedensrat, Niederlande; Randall Forsber, US-amerikanische Friedensbewegung; Georg Benz, IG Metall; Dr. Erhard Eppler, SPD-Präsidiumsmitglied; William Borm, FDP-Ehrenvorsitzender; Prof. Dr. Robert Jungk; Prof. Dr. Helmut Ridder; Petra Kelly, Die Grünen; Prof. Dr. Uta Ranke-Heinemann; Coretta King, Witwe von Martin Luther King; Heinrich Böll.

Auszüge aus Reden der Kundgebung auf dem Hofgarten

(schriftlich verteilte Fassungen, nicht unbedingt vollständig identisch mit dem gesprochenen Wort)

Heinrich Albertz

Liebe Freunde – ja, das war damals noch ein Traum, vor einem Jahr in Gießen – 100000 in Bonn. Aber nun sind wir hier, wir alle, die meisten von Euch die Nacht gefahren und in der Nacht wieder zurück. Nun aber ist es Tag, ich hoffe, ein Tag der Wahrheit und der Hoffnung und des friedlichen Kampfes. Warum sind wir hier? Warum geht diese Welle durch unser Land, immer stärker und unübersehbarer und nun durch die Nervosität der Mächtigen heute als eine Kundgebung des Friedens, an der niemand mehr vorbeikann? Warum gerieht der Kirchentag in Hamburg gegen alle Ängstlichkeit zum massierten Widerstand gegen die Vernichtung unseres Landes und womöglich der ganzen Welt?

Zuerst aus einem sehr einfachen Grunde, sozusagen aus einem demokratischen Grundprinzip. Wir wollen wissen, was ist, und wir wollen wissen, was kommt. Und: wir wollen nicht über unsere Köpfe hinweg unser Schicksal und das unserer Kinder und Enkel entscheiden lassen. Ist dies falsch? Muß man deswegen in den politischen Quartieren von Bonn aufgeregt sein? Natürlich: Wir haben ein demokratisch gewähltes Parlament, eine aus diesem Parlament korrekt hervorgegangene Regierung. Aber wenn in diesem Parlament Abgeordnete, die unsere Ängste, unsere Fragen, unsere Hoffnungen vorzutragen wünschen, nicht mehr zu Worte kommen, dann müssen wir reden, hier auf diesem Platze, öffentlich, laut. Das ist nicht nur unser von der Verfassung geschütztes Recht, sondern unsere Pflicht. Ich bin äußerst erstaunt, wieviel Unruhe das ausgelöst hat. Diese Art von Unruhe zeugt nicht von der sicheren Überlegenheit derer, die uns zu vertreten haben.

Wir wollen wissen, was ist und was kommt. Nach mir werden andere Freunde

Nun aber ist es Tag, ich hoffe, ein Tag der Wahrheit und der Hoffnung und des friedlichen Kampfes. Warum sind wir hier? Warum geht diese Welle durch unser Land, immer stärker und unübersehbarer und nun durch die Nervosität der Mächtigen heute als eine Kundgebung des Friedens, an der niemand mehr vorbeikann? Warum gerieht der Kirchentag in Hamburg gegen alle Ängstlichkeit zum massierten Widerstand gegen die Vernichtung unseres Landes und womöglich der ganzen Welt?

Zuerst aus einem sehr einfachen Grunde, sozusagen aus einem demokratischen Grundprinzip. Wir wollen wissen, was ist, und wir wollen wissen, was kommt. Und: wir wollen nicht über unsere Köpfe hinweg unser Schicksal und das unserer Kinder und Enkel entscheiden lassen. Ist dies falsch? Muß man deswegen in den politischen Quartieren von Bonn aufgeregt sein? Natürlich: Wir haben ein demokratisch gewähltes Parlament, eine aus diesem Parlament korrekt hervorgegangene Regierung. Aber wenn in diesem Parlament Abgeordnete, die unsere Ängste, unsere Fragen, unsere Hoffnungen vorzutragen wünschen, nicht mehr zu Worte kommen, dann müssen wir reden, hier auf diesem Platze, öffentlich, laut. Das ist nicht nur unser von der Verfassung geschütztes Recht, sondern unsere Pflicht. Ich bin äußerst erstaunt, wieviel Unruhe das ausgelöst hat. Diese Art von Unruhe zeugt nicht von der sicheren Überlegenheit derer, die uns zu vertreten haben.

Wir wollen wissen, was ist und was kommt. Nach mir werden andere Freunde
davon im einzelnen reden. Ich stelle nur die Fragen: Ist es richtig, daß Krieg heute in Europa die Vernichtung unseres Landes und allen Lebens bedeutet? Ist es richtig, daß also Verteidigung nur um den Preis der Zerstörung alles dessen, was wir gerade aufgebaut haben, möglich ist? Ist es richtig, daß es demnach für das, was man bisher die Zivilbevölkerung nannte, keinen Schutz, ja nicht einmal ärztliche Hilfe gibt? Ist es richtig, daß kein Deutscher im Ernstfall mit zu entscheiden hat, ob und wann und welche atomaren Waffen eingesetzt werden? Wenn dies alles richtig ist, und ich fürchte, niemand wird das Gegenteil beweisen können, was bedeutet dann die Sicherheit, die die Supermächte der Bundesrepublik Deutschland und der DDR anzubieten haben? Ja, ich rede ausdrücklich und natürlich auch von der anderen Seite. Denn in keinem Land der Welt bedeutet Krieg zugleich die Zumutung, daß ein Teil des Volkes, zu dem wir doch angeblich noch alle gehören, den jeweils anderen als erstes Opfer umbringen soll. Diese Fragen sind zu stellen. Diese Fragen blieben bisher unbeantwortet. Wir werden nicht Ruhe geben, bis sie beantwortet sind.

Zweitens: Wir sind hier, um denen, die unmittelbare politische Verantwortung tragen, ihr Gewissen zu schärfen, daß sie, wie es in ihrem Amtseid heißt, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden haben. Ich unterstelle niemandem, daß sie dies nicht versuchen. Aber ich frage, ob nach allem, was seit den letzten Jahren geschehen ist – der Natodoppelbeschluß, die Entscheidung für die Neutronenbombe und die entsprechenden Entscheidungen der Sowjetunion – sich die Interessen der Vereinigten Staaten und die der Europäer noch decken. Jedermann weiß, daß dies nicht so ist. Jedermann weiß, daß nach dem heutigen Stand der Rüstung und der strategischen Pläne Deutschland in seinen beiden Teilen der Schießplatz der Supermächte sein wird. Und dies im Zustand völliger Abhängigkeit, ohne volle Souveränität, ohne Friedensvertrag, in einem geteilten Land. Als ich dies in

entscheiden hat, ob und wann und welche atomaren Waffen eingesetzt werden? Wenn dies alles richtig ist, und ich fürchte, niemand wird das Gegenteil beweisen können, was bedeutet dann die Sicherheit, die die Supermächte der Bundesrepublik Deutschland und der DDR anzubieten haben? Ja, ich rede ausdrücklich und natürlich auch von der anderen Seite. Denn in keinem Land der Welt bedeutet Krieg zugleich die Zumutung, daß ein Teil des Volkes, zu dem wir doch angeblich noch alle gehören, den jeweils anderen als erstes Opfer umbringen soll. Diese Fragen sind zu stellen. Diese Fragen blieben bisher unbeantwortet. Wir werden nicht Ruhe geben, bis sie beantwortet sind.

Zweitens: Wir sind hier, um denen, die unmittelbare politische Verantwortung tragen, ihr Gewissen zu schärfen, daß sie, wie es in ihrem Amtseid heißt, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden haben. Ich unterstelle niemandem, daß sie dies nicht versuchen. Aber ich frage, ob nach allem, was seit den letzten Jahren geschehen ist – der Natodoppelbeschluß, die Entscheidung für die Neutronenbombe und die entsprechenden Entscheidungen der Sowjetunion – sich die Interessen der Vereinigten Staaten und die der Europäer noch decken. Jedermann weiß, daß dies nicht so ist. Jedermann weiß, daß nach dem heutigen Stand der Rüstung und der strategischen Pläne Deutschland in seinen beiden Teilen der Schießplatz der Supermächte sein wird. Und dies im Zustand völliger Abhängigkeit, ohne volle Souveränität, ohne Friedensvertrag, in einem geteilten Land. Als ich dies in
Hamburg den Bundeskanzler öffentlich fragte, löste ich Empörung aus. Nun ist es etwas stiller geworden in dieser Sache. Ein Ausschuß des Bundestages, höre ich, prüft den Deutschlandvertrag und den Truppenvertrag auf diese Frage. Ich bin gespannt, was dabei herauskommt. Ich frage dies alles übrigens als Deutscher, wenn ihr wollt, als deutscher Patriot. Warum sollen wir die nationalen Interessen eigentlich immer der Reaktion überlassen?

Und drittens und letztens: ich stehe hier als einer, der versucht, ein Christ zu sein. Andere haben andere Überzeugungen. Ich achte sie. Ich habe keine Ängste vor einer breiten Front aller Gutwilligen. Aber gerade weil ich mich etwa der „Aktion Sühnezeichen – Friedensdienste" – seit den Tagen ihrer Gründung verbunden fühle, frage ich nun besonders die Kirchen in unserem Lande: Wie lange wollt Ihr von Amts wegen das Sowohl-Als-Auch noch durchhalten? Die Schaukelformel vom „Friedensdienst mit und ohne Waffen" ist nicht mehr haltbar, wenn unsere Soldaten gezwungen werden sollen, die Waffen der Massenvernichtung und damit eines neuen, unvorstellbaren Holocaust mit zu bedienen. Diese Waffen, das hat das II. Vatikanische Konzil schon vor Jahren festgestellt, sind ein Verbrechen gegen Gott und die Menschen. Wollen wir alle Verbrecher werden? Sollen wir es?

Dies alles sage ich und frage ich, ohne damit irgendjemand stürzen zu wollen. Ich sage und frage es, weil ich denen, die ihre Verantwortung zu tragen haben, helfen will. Es ist mir völlig unbegreiflich, wie man vom Dolchstoß in den Rücken der Regierung, von plattem Antiamerikanismus, von Einäugigkeit reden kann. Sind die Damen und Herren taub? Merken sie nicht, welche Stärke sie gewinnen können, wenn sie in ihren Verhandlungen auf uns verweisen: Seht Euch diese Massen an, diese Menschen, vor allem diese jungen Menschen! Wann hat es jemals in Deutschland so etwas gegeben? Die wollen keine fremden Länder mehr besetzen – höchstens mal ein rechtswidrig leerstehendes Haus –, die wollen freilich auch nicht auf ewig in einem besetzten Land leben. Warum nehmen die Mächtigen das nicht an und auf? Sind sie nicht mehr handlungsfähig? (...)

Georg Benz

Lande: Wie lange wollt Ihr von Amts wegen das Sowohl-Als-Auch noch durchhalten? Die Schaukelformel vom „Friedensdienst mit und ohne Waffen" ist nicht mehr haltbar, wenn unsere Soldaten gezwungen werden sollen, die Waffen der Massenvernichtung und damit eines neuen, unvorstellbaren Holocaust mit zu bedienen. Diese Waffen, das hat das II. Vatikanische Konzil schon vor Jahren festgestellt, sind ein Verbrechen gegen Gott und die Menschen. Wollen wir alle Verbrecher werden? Sollen wir es?

Dies alles sage ich und frage ich, ohne damit irgendjemand stürzen zu wollen. Ich sage und frage es, weil ich denen, die ihre Verantwortung zu tragen haben, helfen will. Es ist mir völlig unbegreiflich, wie man vom Dolchstoß in den Rücken der Regierung, von plattem Antiamerikanismus, von Einäugigkeit reden kann. Sind die Damen und Herren taub? Merken sie nicht, welche Stärke sie gewinnen können, wenn sie in ihren Verhandlungen auf uns verweisen: Seht Euch diese Massen an, diese Menschen, vor allem diese jungen Menschen! Wann hat es jemals in Deutschland so etwas gegeben? Die wollen keine fremden Länder mehr besetzen – höchstens mal ein rechtswidrig leerstehendes Haus –, die wollen freilich auch nicht auf ewig in einem besetzten Land leben. Warum nehmen die Mächtigen das nicht an und auf? Sind sie nicht mehr handlungsfähig? (...)

Georg Benz

(...) In dieser Überzeugung ist der Deutsche Gewerkschaftsbund – seit der ersten Stunde nach dem großen Völkermorden –

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

gemeinsam mit seiner Jugend unablässig für den Frieden eingetreten.
Ich erinnere nur
– an die Kampagne gegen die Remilitarisierung,
– an das Ringen um die Wiedervereinigung Deutschlands in den fünfziger Jahren,
– an die Aktion „Kampf dem Atomtod",
– an den Kampf gegen die Notstandsgesetze in den sechziger Jahren,
– an das gewerkschaftliche Engagement für die Entspannungspolitik in den siebziger Jahren.

Der letzte ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat diese Tradition fortgesetzt, indem er forderte: „Sofortige Einstellung des Wettrüstens", „Keine Erhöhung der Rüstungshaushalte in allen Ländern" und „sofortiger Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in Ost und West einschließlich der Neutronenbombe".

Mit seiner Unterschriftenaktion will der DGB diesen politischen Forderungen Nachdruck verleihen. Ich fordere Euch alle auf: Unterstützt mit Eurer Unterschrift den Friedensappell des Deutschen Gewerkschaftsbundes!

Die Gewerkschaftsjugend hat den 1. September – den Tag, an dem 1939 die Hitler-Armeen das wehrlose Polen überfielen und der II. Weltkrieg begann – zum Anti-Kriegstag erklärt. Seit Jahrzehnten gilt an diesem Tag unser leidenschaftliches Bekenntnis: Nie wieder Krieg! – Nie wieder Faschismus!

Die jungen Gewerkschafter haben mit ihren Forderungen zu dieser Friedenskundgebung erneut Glaubhaftigkeit und politisches Verantwortungsbewußtsein unter Beweis gestellt. Sie lassen sich ihr Recht, selbst mitzugestalten und mitzuverantworten, wenn es um ihre Zukunft, um ihr Schicksal geht, von niemandem streitig machen.

Ich setze meine Hoffnungen für die Zukunft auf diese Jugend, und ich glaube, daß wir Älteren mit der Erfahrung einer Kindheit im Faschismus, einer Jugendzeit im Krieg, es dieser Generation schuldig sind, ihren Friedenswillen und ihre Absage an totalitäre Systeme aktiv zu unterstützten. Für mich – liebe Kolleginnen und Kollegen – ist das ein gewichtiger Grund, auf dieser Kundgebung zu sprechen.

Liebe Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Gegner der Friedensbewegung werfen uns Antiamerikanismus und einen einseitigen Blick für die Rüstungsanstrengungen des Westens vor. Um keine Zweifel aufkommen zu lassen: Wir wollen weder, daß Europa ein Anhängsel des sowjetischen Imperiums wird noch, daß Europa den Charakter einer Kolonie der westlichen Supermacht erhält.

Wir bewundern die mutige Haltung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarität, die auf ihrem Kongreß in Danzig die Kürzung der Rüstungsausgaben forderte. Wir hoffen und bangen mit unseren polnischen Freunden, daß sie in Not und bedrängter Lage ihren Weg finden.

Auch wir würden es – sicherlich ehrlicher als unsere Kritiker – begrüßen, wenn der Nobelpreisträger Sacharow auf dem Roten Platz in Moskau so frei seine Meinung vertreten könnte, wie wir es heute und hier tun.

Menschenrechte, Frieden und Freiheit sind für uns unteilbar! – Wenn wir jedoch

mitzugestalten und mitzuverantworten, wenn es um ihre Zukunft, um ihr Schicksal geht, von niemandem streitig machen.

Ich setze meine Hoffnungen für die Zukunft auf diese Jugend, und ich glaube, daß wir Älteren mit der Erfahrung einer Kindheit im Faschismus, einer Jugendzeit im Krieg, es dieser Generation schuldig sind, ihren Friedenswillen und ihre Absage an totalitäre Systeme aktiv zu unterstützten. Für mich – liebe Kolleginnen und Kollegen – ist das ein gewichtiger Grund, auf dieser Kundgebung zu sprechen.

Liebe Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Gegner der Friedensbewegung werfen uns Antiamerikanismus und einen einseitigen Blick für die Rüstungsanstrengungen des Westens vor. Um keine Zweifel aufkommen zu lassen: Wir wollen weder, daß Europa ein Anhängsel des sowjetischen Imperiums wird noch, daß Europa den Charakter einer Kolonie der westlichen Supermacht erhält.

Wir bewundern die mutige Haltung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarität, die auf ihrem Kongreß in Danzig die Kürzung der Rüstungsausgaben forderte. Wir hoffen und bangen mit unseren polnischen Freunden, daß sie in Not und bedrängter Lage ihren Weg finden.

Auch wir würden es – sicherlich ehrlicher als unsere Kritiker – begrüßen, wenn der Nobelpreisträger Sacharow auf dem Roten Platz in Moskau so frei seine Meinung vertreten könnte, wie wir es heute und hier tun.

Menschenrechte, Frieden und Freiheit sind für uns unteilbar! – Wenn wir jedoch
als Gewerkschafter gegenwärtig voller Sorge und Empörung nach Washington sehen, ist das die Folge der aktuellen amerikanischen Politik.

Die ständigen Absagen an die Entspannungspolitik und der rigorose Anspruch Reagans, militärisch auf allen Gebieten die Überlegenheit zu erreichen, ist gleichzeitig mit einem Generalangriff auf die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte verbunden.

In einer beispiellosen Attacke auf den vergleichsweise bescheidenen sozialen Besitzstand entlarvt sich eine Politik, die die Rüstungsgiganten reicher, die Unterprivilegierten, die Arbeitslosen und die Arbeitnehmer ärmer werden läßt. Gegen Rüstungswahnsinn und soziale Demontage zu protestieren, ist für Gewerkschafter kein Antiamerikanismus. Wir unterstützen damit die Opposition der amerikanischen Gewerkschafter, die vor wenigen Wochen fast eine halbe Million Menschen gegen die zum Chaos führende Wirtschafts- und Rüstungspolitik des amerikanischen Präsidenten mobilisierten. Unsere Freundschaft und Solidarität gilt den amerikanischen Arbeitern, die sich in so eindrucksvoller Weise gegen die Politik Reagans zur Wehr setzten.

Damit handeln wir zugleich im Interesse der Arbeitnehmer unseres Landes, denn längst ist auch hier die militärische Aufrüstung mit bedrohlicher sozialer Demontage unlösbar verbunden.

Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung für den Haushalt '82 zeigen es: Arbeitslosengeld, Rentenansprüche, Krankenunterstützung, Berufsförderung und weitere gesetzliche Sozialleistungen stehen zur Disposition. Bei Arbeitnehmern, Rentnern, Unterstützungsempfängern werden Milliardenbeträge eingespart.

Die CDU/CSU-Opposition im Bundestag trumpft noch besser auf: Sie will den Betroffenen für rd. 8 Milliarden DM mehr noch tiefer in die Tasche greifen:

Die wahnwitzigen Rüstungslasten aber bleiben und steigen weiter. – Ebenso unaufhaltsam steigt die Massenarbeitslosigkeit: 1,3 Millionen Arbeitslose in der Bundesrepublik, fast 2 Millionen in Frankreich, 3 Millionen in Großbritannien, über 9 Millionen Arbeitslose in der Europäischen Gemeinschaft und 7 bis 8 Millionen in den USA. Die Teufelsspirale dreht sich weiter – ihr Tempo beschleunigt sich.

Wir Gewerkschafter stellen fest:
– Wer Spannungen schürt, um gesellschaftliche Reformen abzublocken,
– wer den Ausbau der Rüstung fordert und gleichzeitig den Abbau der sozialen Sicherheit predigt,
der gefährdet den inneren und den äußeren Frieden!

Arbeitnehmer und Gewerkschaften, die sich der Friedensbewegung verpflichtet fühlen, treten nicht gegen die Friedens- und Entspannungsbemühungen dieser Bundesregierung an – wie eine Zweckpropaganda behauptet. Sie verstehen sich in der Tradition der in den siebziger Jahren durch die sozial-liberale Koalition eingeleiteten Friedens- und Entspannungspolitik und wollen sie fortsetzen. Damit stärken sie die Abrüstungspolitik dieser Bundesregierung. Deshalb lauten unsere Forderungen an die Politiker in Ost und West, in Nord und Süd:
– Hört auf, weiter an der Wahnsinnsspirale des Rüstungswettlaufs zu drehen!
– Hört auf, immer neue Zerstörungswaffen zu produzieren!
– Hört auf mit der Rüstungspolitik, die das Elend in den Entwicklungsländern verschärft!

len, treten nicht gegen die Friedens- und Entspannungsbemühungen dieser Bundesregierung an – wie eine Zweckpropaganda behauptet. Sie verstehen sich in der Tradition der in den siebziger Jahren durch die sozial-liberale Koalition eingeleiteten Friedens- und Entspannungspolitik und wollen sie fortsetzen. Damit stärken sie die Abrüstungspolitik dieser Bundesregierung. Deshalb lauten unsere Forderungen an die Politiker in Ost und West, in Nord und Süd:
– Hört auf, weiter an der Wahnsinnsspirale des Rüstungswettlaufs zu drehen!
– Hört auf, immer neue Zerstörungswaffen zu produzieren!
– Hört auf mit der Rüstungspolitik, die das Elend in den Entwicklungsländern verschärft!
– Hört auf mit der Rüstungspolitik, die keine Sicherheit produziert, sondern uns an den Rand einer Katastrophe drängt!
– Fangt an mit kontrollierter Abrüstung und Truppenreduzierung in Ost und West!

Wir alle haben dazu beigetragen, daß es nie wieder auf deutschem Boden Krieg und Faschismus geben kann.



William Borm

(...) Mit großem Nachdruck und um jeden Zweifel zu beseitigen: *Ich spreche keinem verantwortlichen deutschen Politiker den Willen zum Frieden ab.* Zum Friedenswillen aber bedarf es überzeugender Beweise. Verbale Geschicklichkeit reicht nicht aus.

Es geht nicht um das „ob", sondern um das „wie". Und hier scheiden sich die Geister!

1. Im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel können wir den Frieden nur politisch sichern, nicht etwa durch Auftürmen von immer mehr Atomraketen, auch nicht durch Giftgas oder Seuchenerreger. Atomtod allein soll wohl nicht mehr genügen.
2. Soldaten und ihre Waffen sind heute mehr denn je dienende Faktoren der Politik zu deren Absicherung. Für Entscheidungen, die über nachgeordnete militärische Fachfragen hinausgehen, sind sie nicht kompetent.
3. Gewalt oder Gewaltandrohung beseitigen nicht die Vernichtungsgefahr, sie steigern sie bis zur Unkontrollierbarkeit.
4. Krieg zwischen Europäern war schon seit langem Bürgerkrieg. Heute ist jeder Krieg *Welt*bürgerkrieg.
5. *Europa ist weder Atom-Kolonie der USA, noch deren Erfüllungsgehilfe im weltweiten Ringen mit der Sowjetunion um die Macht.*
6. Die *Entspannungspolitik* hat den Frieden in Europa sicherer gemacht, als Divisionen oder Atomraketen es je könnten. Es gibt zur Entspannung weder eine friedenssichernde Alternative, noch gibt es ohne sie eine Lösung irgendwelcher Zukunftsprobleme.
7. Auch in der Sicherheitspolitik folgt soldatisches Denken eigenen Gesetzen, und das sind keineswegs Gesetze des Friedens. Ein *Europa frei von Atomwaffen* ist heute kaum mehr als eine Utopie, dafür aber unablässig zu kämpfen, ist *unser Realismus.*
8. *Friede ist mehr als die Abwesenheit von Krieg*, Friede heißt auch, Freiheit und Menschenwürde. Friede heißt Interessenausgleich zwischen West und Ost, zwischen Nord und Süd, zwischen Hunger und Überfluß.

Wer nun kann – besser wer *könnte*, wer *müßte* – seinem Selbstverständnis nach dies alles in Politik umsetzen?

Ich bekenne mich dazu, daß ich mit Willy Brandt einer der Gründer der ersten sozialliberalen Koalition 1963 in Berlin war, mit dem Ziel, dem Frieden nach außen und innen zu dienen! Daran habe ich mehr als 18 Jahre weitergearbeitet. Das darf nicht umsonst gewesen sein.

Wenn heute aus dem friedensorientierten Bündnis der sozial-liberalen Koalition eine Raketenkoalition würde, verlöre sie die Legitimation für ihre Existenz. Die regierende Koalition muß sich um des Friedens willen *von ihren Quellen* her erneuern. Das mögen auch jene begreifen, die bevorzugt hinter Kanonen Schutz suchen. (...)

Erhard Eppler

I. Friedensbewegung, das ist nicht das Bündnis der Gerissenen mit den Naiven. Friedensbewegung, das ist das Bündnis derer, die nichts mehr von Rüstung wissen wollen, mit denen, die zu viel davon wissen.

Jahre weitergearbeitet. Das darf nicht umsonst gewesen sein.

Wenn heute aus dem friedensorientierten Bündnis der sozial-liberalen Koalition eine Raketenkoalition würde, verlöre sie die Legitimation für ihre Existenz. Die regierende Koalition muß sich um des Friedens willen *von ihren Quellen* her erneuern. Das mögen auch jene begreifen, die bevorzugt hinter Kanonen Schutz suchen. (...)

Erhard Eppler

I. Friedensbewegung, das ist nicht das Bündnis der Gerissenen mit den Naiven. Friedensbewegung, das ist das Bündnis derer, die nichts mehr von Rüstung wissen wollen, mit denen, die zu viel davon wissen.
Friedensbewegung, das ist der Zweifel, ja die Verzweiflung über eine Sicherheitskonzeption, die letztlich nur mit dem eigenen Selbstmord drohen kann. Friedensbewegung weiß: Der Friede ist eine viel zu ernste Sache, als daß man ihn militärischer Strategie und politischer Taktik, den Raketenzählern und Lobbyisten überlassen dürfte. (...)

II. Man hat uns Einäugigkeit vorgeworfen, weil wir uns vor allem an unsere Regierung wenden, nicht an die sowjetische. Der Grund ist sehr einfach: Wir, die meisten unter uns, haben diese Regierung gewählt. Nicht die sowjetische. Sie ist unser Ansprechpartner. Wenn der Bundeskanzler meint, wir wollten ihn drängen, so hat er Recht. Ich frage mich nur: Läßt sich in einer Demokratie ein solches Drängen von der eigenen Wählerbasis her wirklich nicht anders deuten denn als Kampfansage? Ein demokratisches Mandat – und die Regierung hat eines – ist schließlich kein Blankoscheck.

Was die Weltmächte angeht, so halten wir uns weniger an ihre Worte als an ihre Interessen. Und wir vergleichen sie mit den unseren. Natürlich liegt es im amerikanischen Interesse, von europäischem Boden aus die Zentren des europäischen Rußland zu bedrohen, und dies bei einer Vorwarnzeit, die politische Entscheidungen über die sowjetische Reaktion nicht mehr möglich macht. Aber damit wird unser aller Überlegen in die Hand von Computern gelegt. Ein Volk, das ohne jede Reaktion dies alles geschehen ließe, müßte man nicht mehr töten, es wäre schon tot. Deshalb bedeutet Friedensbewegung keineswegs, daß da durch Wohlstand ermüdete und degenerierte Westler sich nicht mehr wehren wollen. Friedensbewegung zeigt, daß die alten Nationen Europas mehr sind als Schachfiguren auf dem Brett der Weltmächte, beider Weltmächte.

III. Wir feiern hierzulande den Mut der Polen, die sich nicht mehr vorschreiben lassen wollen, wie sie zu leben haben. Ist es so schlimm, wenn wir uns nicht vorschreiben lassen wollen, wie wir zu sterben haben? Die Europäisierung Europas findet nicht nur an der Weichsel statt, sondern auch am Rhein. Das bedeutet auch: Eine sowjetische Intervention in Polen träfe uns alle.

Auch wir sind dafür, daß die Weltmächte endlich über Mittelstreckenraketen verhandeln. Insofern stützen wir die Regierung. Ich respektiere den Friedenswillen derer, auch in meiner eigenen, der Sozialdemokratischen Partei, die auf dem Weg über den Brüsseler Doppelbeschluß zu Verhandlungen kommen wollen. Es spricht allerdings einiges dafür, daß die Friedensbewegung die amerikanische Verhandlungsbereitschaft mehr gefördert hat als der Brüsseler Beschluß.

Verhandlungen sind gut. Aber das darf nun nicht heißen, daß drei, fünf oder sieben Jahre Argumente und Vorwürfe hin- und hergeschoben werden, während die Rüstungsspirale sich weiterdreht. Wir wollen verhindern, daß während der Verhandlungen das alte Spiel der Nachrüstung und Nach-Nachrüstungen weitergeht, bis man dann als Ergebnis der Verhandlungen festschreibt, was inzwischen an neuem Vernichtungspotential angehäuft wurde.

IV. Höchste Repräsentanten unseres Staates haben uns darüber belehrt, Angst sei ein schlechter Ratgeber. Das stimmt. Aber wer verbreitet hierzulande seit Jahrzehnten die Russenangst? Wer macht uns Angst, die Amerikaner könnten uns dem russischen Bären zum Fraße vorwerfen, wenn wir nicht artig sind? Wer hat in diesen Wochen dafür gesorgt, daß die Angst vor der Friedensbewegung umgeht? Nein, die hier versammelt sind, haben weniger Angst als andere.

Wir haben keine Angst davor, daß die Herren im Kreml Tag und Nacht nur darauf sinnen, in Frankfurt oder Marseille die Erfahrungen zu machen, die ihnen in Danzig und Warschau nicht erspart bleiben. Wir haben keine Angst davor, gegenüber unseren Verbündeten unsere Meinung und unsere Interessen zu vertreten. Wir haben keine Angst davor, der Sowjetunion zu sagen, daß sie bei der SS 20 in Zahl und Tempo der Stationierung überzogen hat und daß sie dies korrigieren muß.

Wir haben keine Angst davor, einzugestehen, daß im Angesicht atomarer Bedrohung die Deutschen in beiden Staaten gemeinsame Interessen haben. Wir haben keine Angst vor dem Schlagwort vom Anti-Amerikanismus. Was ist das für eine Helotensprache, die das Stirnrunzeln einer fremden Regierung zum politischen Maßstab macht! Wir haben keine Angst davor, was die Medien über uns reden und schreiben. Wir haben keine Angst vor moralischer Abqualifizierung durch den höchsten Repräsentanten unseres Staates.

Wir haben keine Angst davor, als Kommunistenknechte diffamiert zu werden. Das ist Gustav Heinemann nicht anders gegangen. Wir haben keine Angst vor dem Verfassungsschutz, dessen Vertreter ich herzlich unter uns begrüße.

V. Angst habe ich nur vor einem: daß die Friedensbewegung sich selbst diskriminiert. Wer Frieden will, muß dies in einem täglichen Handeln sichbar machen. Er darf z.B. Beschimpfungen – und jedem von uns geschieht dies täglich – nicht mit Beschimpfungen vergelten. Wer schon in Haßgesänge ausbricht, wenn er einem Bundeswehroffizier begegnet, dient nicht dem Frieden. Jeder Stein, der heute geworfen wird, wäre ein Stein gegen die Friedensbewegung. Jede Bombe, die einen Amerikaner treffen soll, trifft uns alle.

Friedensbewegung wird nur mehrheitsfähig, wenn sie nicht ausgrenzt, sondern sich öffnet. Zu ihr gehört jeder, der zu ihr gehören will. Friedensbewegung wird nur mehrheitsfähig, wenn sie zusammenwirkt mit der organisierten Arbeiterbewegung, die seit mehr als einem Jahrhundert für den Frieden wirkt. Und schließlich werden wir nur mehrheitsfähig, wenn Friedensbewegung ansteckend wirkt.

Daher muß dies eine Bewegung sein
Der Mutigen, nicht der Ängstlichen
Der Diskutierenden, nicht der Schreienden
Der Selbstkritischen, nicht der Arroganten
Der einfallsreich Agierenden, nicht der stumpf Parierenden
Der Friedlichen, nicht der Gewalttätigen
Der Fröhlichen, nicht der Fanatischen
Der Liebenden, nicht der Hassenden.

Wenn wir dies sind, dann wird eines Tages in den Geschichtsbüchern stehen:
Die Deutschen haben aus zwei Weltkriegen etwas gelernt.

schaft mehr gefördert hat als der Brüsseler Beschluß.

Verhandlungen sind gut. Aber das darf nun nicht heißen, daß drei, fünf oder sieben Jahre Argumente und Vorwürfe hin- und hergeschoben werden, während die Rüstungsspirale sich weiterdreht. Wir wollen verhindern, daß während der Verhandlungen das alte Spiel der Nachrüstung und Nach-Nachrüstungen weitergeht, bis man dann als Ergebnis der Verhandlungen festschreibt, was inzwischen an neuem Vernichtungspotential angehäuft wurde.

IV. Höchste Repräsentanten unseres Staates haben uns darüber belehrt, Angst sei ein schlechter Ratgeber. Das stimmt. Aber wer

V. Angst habe ich nur vor einem: daß die Friedensbewegung sich selbst diskriminiert. Wer Frieden will, muß dies in einem täglichen Handeln sichbar machen. Er darf z.B. Beschimpfungen – und jedem von uns geschieht dies täglich – nicht mit Beschimpfungen vergelten. Wer schon in Haßgesänge ausbricht, wenn er einem Bundeswehroffizier begegnet, dient nicht dem Frieden. Jeder Stein, der heute geworfen wird, wäre ein Stein gegen die Friedensbewegung. Jede Bombe, die einen Amerikaner treffen soll, trifft uns alle.

Friedensbewegung wird nur mehrheitsfähig, wenn sie nicht ausgrenzt, sondern sich öffnet. Zu ihr gehört jeder, der zu ihr gehören will. Friedensbewegung wird nur mehrheitsfähig, wenn sie zusammenwirkt mit der organisierten Arbeiterbewegung, die seit mehr als einem Jahrhundert für den Frieden wirkt. Und schließlich werden wir nur mehrheitsfähig, wenn Friedensbewegung ansteckend wirkt.

Daher muß dies eine Bewegung sein
Der Mutigen, nicht der Ängstlichen
Der Diskutierenden, nicht der Schreienden
Der Selbstkritischen, nicht der Arroganten
Der einfallsreich Agierenden, nicht der stumpf Parierenden
Der Friedlichen, nicht der Gewalttätigen
Der Fröhlichen, nicht der Fanatischen
Der Liebenden, nicht der Hassenden.

Wenn wir dies sind, dann wird eines Tages in den Geschichtsbüchern stehen:
Die Deutschen haben aus zwei Weltkriegen etwas gelernt.

Eltern gegen Vernichtung von Kindertagesstättenplätzen in Westberlin

crm. Westberlin. Immer breiter wird der Widerstand gegen die reaktionäre Familienpolitik des CDU-Senats in Westberlin. Gemäß ihren Wahlkampfaussagen hat die CDU – außer der Streichungsorgie im gesamten öffentlichen Dienst, die allein 1982 2000 Stellen wegfegen soll – eine Umkehr in der Sozial- und Familienpolitik beschlossen (vergl. KVZ 38, S.6). Spektakulärster Schritt dabei ist die Verteuerung der Kosten für einen Kindertagesstättenplatz von jetzt 40 auf bis zu 400 DM pro Monat. Schon seit dem Zeitpunkt, als klar war, daß in Westberlin Neuwahlen stattfinden würden, bereitete die CDU ideologisch den Boden für den reaktionären „Neubeginn" in der Familienpoltik. Das Subsidiaritätsprinzip soll die Rechtfertigung für die Zerschlagung öffentlicher Dienstleistungen abgeben.

Bezogen auf die Kindertagesstätten hört sich das so an (Berliner Rundschau, Wochenzeitung der CDU, vom 5.2.81): „,... Nacht für Nacht klirren in Berlin die Schaufensterscheiben unter der Gewalt von Steinwürfen ... Der Terror ist immer der gleiche. Sein Boden sind verunsicherte und labile junge Menschen ohne innere Verwurzelung, ... und sein Treibhaus sind Fehlleistungen einer schwachen politischen Führung, die nach ihren Fehlern nicht Konsequenzen zieht, sondern Konzessionen macht ... Wie kommt es denn, daß viele junge Menschen heute entwurzelt, ohne Hoffnung, zutiefst verunsichert und allzu anfällig sind für jede Art demagogischer Emotionalisierung bis hin zu Haß und Fanatismus à la Khomeini?. Unter der ‚fortschrittlichen' Devise von antiautoritärer Selbstverwirklichung hat man ihnen die Geborgenheit des Elternhauses genommen. Mit der fehlgeschlagenen Versprechung, jedem Kind einen Platz in der Kindertagesstätte zu schaffen, wurden Elternhaus und Familie ins Abseits gestellt ... Die – freilich ungewollte – Quittung sind Vandalismus und Straßenkämpfe."

Folglich darf es keinen Anspruch auf einen Kitaplatz für jedes Kind geben, sondern, so Weizsäcker in einem Interview am 28.2.81, „er wolle der zunehmenden Vergesellschaftung der Kindererziehung ein Ende setzen. Aus der notwendigen Hilfe in Notfällen und für sozial Schwache dürfe nicht immer mehr der Normalfall werden." Die deutliche Wahlkampfsprache ist inzwischen etwas nüchterneren Formulierungen in Senatsbeschlüssen gewichen: „Sollten durch die Einführung gestaffelter (einkommensabhängiger) Kostenbeiträge (in den Kitas, d.Verf) freiwerdende Plätze freibleiben, so verlangt das Prinzip der Subsidiarität, daß Konsequenzen bei den Personal- und Raumkapazitäten zuerst bei den städtischen Einrichtungenn gezogen werden müssen." Besonders logisch und einleuchtend ist auch die Begründung, warum bereits geplante Abenteuerspielplätze mit pädagogischer Betreuung nicht mehr gebaut werden: „Zudem ist der Verzicht auf den weiteren Bau und Ausbau von pädagogisch betreuten Spielplätzen ein weiterer Schritt zur Stärkung der familiären und der Zurückdrängung staatlicher Erziehung."

Oje! Daß die Kitakosten nach dem Einkommen gestaffelt werden sollen, war zwar ein geschickter Schachzug der CDU, um ihren Plan, die städtischen Kitas leerzufegen, auch durchsetzen zu können, aber gerade Plattheiten wie die letztgenannte haben bei dem allergrößten Teil der Eltern und Erzieher das Manöver durchschaubar gemacht. Nur wenige lassen sich auf die Spaltungslinie, wer besser verdient, soll mehr bezahlen, überhaupt noch ein. Und so wird bis auf den heutigen Tag die genaue Staffelung, anhand derer man den Senatsplan, die öffentlichen Kitas auszuradieren, beweisen könnte, gehütet wie ein Staatsgeheimnis, obwohl die höheren Beträge schon ab 1.1.82 gezahlt werden sollen.

Der Widerstand gegen die Abschaffung des Einheitstarifs reicht mittlerweile schon bis in die CDU selbst hinein. Die CDU-Frauenausschüsse lehnen die in Berlin versuchte familienpolitische Wende ab und in der Berliner Rundschau (s.o.) wurde ein Leserbrief gegen die Abschaffung der 40-DM-Regelung abgedruckt. Seit der Veranstaltung der Bezirkselternausschüsse am 22. September, wo sich über 2000 Menschen in einem Saal für 800 drängten, wird unter einer dort verabschiedeten Protesterklärung überall in der Stadt eine Unterschriftensammlung durchgeführt, die Protesterklärung wurde als halbseitige Anzeige im Tagesspiegel abgedruckt. Die Forderungen lauten: Für die Beibehaltung des gegenwärtigen Einheitstarifs in den Kitas! Für den weiteren Ausbau von Kinderrtagesstätten als Teil der öffentlichen Erziehung und eine Verbesserung der Betreuung unserer Kinder! Gegen alle Haushaltskürzungen im Bildungs- und Sozialbereich!

Verschiedenste SPD-Bezirksorganisationen haben eine eigene Unterschriftensammlung durchgeführt, was die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus unter Druck setzt. Am kommenden Donnerstag, 22.10., findet eine von den Eltern organisierte Kundgebung mit Kindern in der Nähe des Rathauses Schöneberg, dem Sitz des Abgeordnetenhauses, statt. Die Gewerkschaften wurden von den Eltern aufgefordert, die Kundgebung mit zu tragen. Zum Teil wurden schon die Unterschriftenlisten von der ÖTV gedruckt, wird berichtet. Es sind auch schon die ersten Transparente mit der Forderung nach Beibehaltung des jetzigen Einheitstarifs an den Kitas angebracht worden. Die Erzieher unterstützen die Elternaktionen nach Kräften, indem sie Unterschriften sammeln und Elternabende zum Thema durchführen. Was die Gewerkschaften angeht, es haben GEW und vor allem ÖTV organisierte Mitglieder im Kitabereich, so haben sie ihre Solidarität mit den Eltern bekundet und bereiten sich auf eigene Aktivitäten vor. Allerdings muß hier der Kampf gegen die Kitakosten mit dem Kampf gegen die umfangreichen Sparmaßnahmen im gesamten öffentlichen Dienst verbunden werden, was eine Mobilisierung auch aller anderen Bereiche wie Stadtreinigung, Nahverkehr etc. erfordert.

Westberlin. „Zum ersten Mal konnte am Donnerstag eine Gruppe reisender Politchaoten aus Westdeutschland im Berliner Häuserkampf dingfest gemacht werden. Den Schutz des Eigentums und die Freiheit der Kunst verletzend, ging eine vermummte Gruppierung hessischer CDU-Landtagsabgeordneter gegen einen Informationsstand von Hausbesetzern im Foyer der Preußen-Ausstellung vor. Der von der Ausstellungsleitung genehmigte Informationsstand ... lag nach der Aktion der Politchaoten zerstört am Boden *(Bild)*." (tageszeitung, 12.10.)

Kreuzberger Lösung?

bes. Westberlin. Die SPD Kreuzberg hatte für Mittwoch, den 7.10. eine Sondersitzung der Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg beantragt. Es sollte über einen von ihr vorgelegten Lösungsvorschlag für alle besetzten Häuser des Bezirks beraten und beschlossen werden. Die AL begrüßte die Sondersitzung und den Antrag, über einige Änderungen wurde beraten. Der Antrag der SPD rührt von einer Erklärung des Besetzerrates K 36 her, in dem gegen die neu angedrohten Räumungen Stellung genommen wird. Dort hieß es u.a.: „Die besetzten Häuser und Wohnungen betrachten wir als öffentliches Eigentum. Sie werden von den Benutzern und Bewohnern instandgesetzt, instandgehalten und verwaltet. Zu diesem Zweck haben sich die Häuser blockweise zusammengeschlossen und einen Blockrat gebildet. Statt der herkömmlichen Miete zahlt jeder Bewohner einen monatlichen Beitrag in die Blockkasse ..."

Die SPD Kreuzberg hat nun mit den Stimmen der AL gegen die Stimmen der CDU zu diesem Verfahrensvorschlag des Besetzerrates als „einen ersten wichtigen Schritt in Richtung einer konkreten Lösungsstrategie" (wörtlich aus dem SPD-Antrag) Beschluß gefaßt. Auf Antrag der AL wurde die Passage „Sonderregelungen ausschließlich für Besetzer darf es nicht geben" in „Es geht nicht um Sonderregelungen für besetzte Häuser und leerstehende Häuser im Rahmen einer neu-

Veranstaltungen

Bremen
Diskussionsrunden zu programmatischen Fragen. Schwerpunktthema: Kampf um Demokratie
Donnerstag, 22.10.81, 20 Uhr, „Haus des Sports", Eduard-Grunow-Str.

Triebkräfte des sowjetischen Sozialimperialismus – Diskussionsveranstaltung mit dem Verfasser des gleichnamigen Artikels in Kommunismus und Klassenkampf 9/81, H.-G. Schmierer
Freitag, 23.10.81, 19.30 Uhr, Hochschule für Technik, Raum E 600

Freiburg
Öffentliche Mitgliederversammlung des KBW: Diskussion zu Geschichte und Programm des KBW sowie zu jetzigen Positionen. Gasthaus Bankepeter (gegenüber Meßplatz)
Samstag, 17.10., 14.00 Uhr

Göttingen
Die Rolle der Sowjetunion bei der gegenwärtigen Gefährdung des Weltfriedens – Diskussionsveranstaltung des KBW mit Hans-Gerhart Schmierer (KBW), Ralf Fücks (Redaktion „Moderne Zeiten", vormals Komitee für Demokratie und Sozialismus), je ein Vertreter des KB, der Gruppe Z und des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie. Zentrales Hörsaalgebäude (ZHG) der Universität, Raum 008
Donnerstag, 22. Oktober, 19.00 Uhr

Heidelberg
Veranstaltung zum Härdle-Verfahren, siehe nebenstehende Meldung. Neue Universität, falls dies verboten wird, Stadthalle.
Freitag, 16. Oktober, 20.00 Uhr

Kassel
Strategie im Kampf gegen den drohenden

Keine Inhaftierung von Rechtsanwalt Dr. Härdle!
Obwohl die Proteste immer mehr zunehmen: Justiz besteht auf Strafvollstreckung
ek. Die Auseinandersetzung um die beabsichtigte Inhaftierung von Rechtsanwalt Dr. Härdle aus Heidelberg hat sich entscheidend zugespitzt: Obwohl über die von Härdle eingelegte Be-
das Urteil gegen Rechtsanwalt Dr. Härdle unter dessen teilweiser Abwesenheit zustandegekommen ist. Die Rechtsanwaltskammer Karlsruhe hatte das Verfahren bereits in einem Vor-
siven öffentlichen Protest daran zu hindern, ein offenkundiges Willkürurteil politischer Justiz zu vollstrecken. Rechtsanwalt Dr. Härdle hat am 12.10. nach der Strafprozeßordnung
zelung, ... und sein Treibhaus sind Fehlleistungen einer schwachen politischen Führung, die nach ihren Fehlern nicht Konsequenzen zieht, sondern Konzessionen macht ... Wie kommt es denn, daß viele junge Menschen heute entwurzelt, ohne Hoffnung, zutiefst verunsichert und allzu anfällig sind für jede Art demagogischer Emotionalisierung bis hin zu Haß und Fanatismus à la Khomeini?. Unter der ‚fortschrittlichen' Devise von antiautoritärer Selbstverwirklichung hat man ihnen die Geborgenheit des Elternhauses genommen. Mit der fehlgeschlagenen Versprechung, jedem Kind einen Platz in der Kindertagesstätte zu schaffen, wurden Elternhaus und Familie ins Abseits gestellt ... Die – freilich ungewollte – Quittung sind Vandalismus und Straßenkämpfe."
Folglich darf es keinen Anspruch auf einen Kitaplatz für jedes Kind ge-
war zwar ein geschickter Schachzug der CDU, um ihren Plan, die städtischen Kitas leerzufegen, auch durchsetzen zu können, aber gerade Plattheiten wie die letztgenannte haben bei dem allergrößten Teil der Eltern und Erzieher das Manöver durchschaubar gemacht. Nur wenige lassen sich auf die Spaltungslinie, wer besser verdient, soll mehr bezahlen, überhaupt noch ein. Und so wird bis auf den heutigen Tag die genaue Staffelung, anhand derer man den Senatsplan, die öffentlichen Kitas auszuradieren, beweisen könnte, gehütet wie ein Staatsgeheimnis, obwohl die höheren Beträge schon ab 1.1.82 gezahlt werden sollen.
Der Widerstand gegen die Abschaffung des Einheitstarifs reicht mittlerweile schon bis in die CDU selbst hinein. Die CDU-Frauenausschüsse lehnen die in Berlin versuchte familienpolitische Wende ab und in der Berliner
gen. Zum Teil wurden schon die Unterschriftenlisten von der ÖTV gedruckt, wird berichtet. Es sind auch schon die ersten Transparente mit der Forderung nach Beibehaltung des jetzigen Einheitstarifs an den Kitas angebracht worden. Die Erzieher unterstützen die Elternaktionen nach Kräften, indem sie Unterschriften sammeln und Elternabende zum Thema durchführen. Was die Gewerkschaften angeht, es haben GEW und vor allem ÖTV organisierte Mitglieder im Kitabereich, so haben sie ihre Solidarität mit den Eltern bekundet und bereiten sich auf eigene Aktivitäten vor. Allerdings muß hier der Kampf gegen die Kitakosten mit dem Kampf gegen die umfangreichen Sparmaßnahmen im gesamten öffentlichen Dienst verbunden werden, was eine Mobilisierung auch aller anderen Bereiche wie Stadtreinigung, Nahverkehr etc. erfordert.
sollte über einen von ihr vorgelegten Lösungsvorschlag für alle besetzten Häuser des Bezirks beraten und beschlossen werden. Die AL begrüßte die Sondersitzung und den Antrag, über einige Änderungen wurde beraten. Der Antrag der SPD rührt von einer Erklärung des Besetzerrates K 36 her, in dem gegen die neu angedrohten Räumungen Stellung genommen wird. Dort hieß es u.a.: „Die besetzten Häuser und Wohnungen betrachten wir als öffentliches Eigentum. Sie werden von den Benutzern und Bewohnern instandgesetzt, instandgehalten und verwaltet. Zu diesem Zweck haben sich die Häuser blockweise zusammengeschlossen und einen Blockrat gebildet. Statt der herkömmlichen Miete zahlt jeder Bewohner einen monatlichen Beitrag in die Blockkasse ..."
Die SPD Kreuzberg hat nun mit den Stimmen der AL gegen die Stimmen der CDU zu diesem Verfahrensvorschlag des Besetzerrates als „einen ersten wichtigen Schritt in Richtung einer konkreten Lösungsstrategie" (wörtlich aus dem SPD-Antrag) Beschluß gefaßt. Auf Antrag der AL wurde die Passage „Sonderregelungen ausschließlich für Besetzer darf es nicht geben" in „Es geht nicht um Sonderregelungen für besetzte Häuser und leerstehende Häuser im Rahmen einer neu-
Sports", Eduard-Grunow-Str.
Triebkräfte des sowjetischen Sozialimperialismus – Diskussionsveranstaltung mit dem Verfasser des gleichnamigen Artikels in Kommunismus und Klassenkampf 9/81, H.-G. Schmierer
Freitag, 23.10.81, 19.30 Uhr, Hochschule für Technik, Raum E 600
Freiburg
Öffentliche Mitgliederversammlung des KBW: Diskussion zu Geschichte und Programm des KBW sowie zu jetzigen Positionen. Gasthaus Bankepeter (gegenüber Meßplatz)
Samstag, 17.10., 14.00 Uhr
Göttingen
Die Rolle der Sowjetunion bei der gegenwärtigen Gefährdung des Weltfriedens – Diskussionsveranstaltung des KBW mit Hans-Gerhart Schmierer (KBW), Ralf Fücks (Redaktion „Moderne Zeiten", vormals Komitee für Demokratie und Sozialismus), je ein Vertreter des KB, der Gruppe Z und des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie. Zentrales Hörsaalgebäude (ZHG) der Universität, Raum 008
Donnerstag, 22. Oktober, 19.00 Uhr
Heidelberg
Veranstaltung zum Härdle-Verfahren, siehe nebenstehende Meldung. Neue Universität, falls dies verboten wird, Stadthalle.
Freitag, 16. Oktober, 20.00 Uhr
Kassel
Strategie im Kampf gegen den drohenden

Keine Inhaftierung von Rechtsanwalt Dr. Härdle!

Obwohl die Proteste immer mehr zunehmen: Justiz besteht auf Strafvollstreckung

ek. Die Auseinandersetzung um die beabsichtigte Inhaftierung von Rechtsanwalt Dr. Härdle aus Heidelberg hat sich entscheidend zugespitzt: Obwohl über die von Härdle eingelegte Beschwerde bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg noch nicht entschieden ist, obwohl gerade in der letzten Woche massive Unterstützung für Härdle insbesondere aus Kreisen der Justiz und der Kollegenschaft kam, will das Justizministerium nun auf Biegen und Brechen die Strafe vollstrecken: Am vergangenen Samstag erhielt RA Härdle die Ladung zum Strafantritt für den 19.10.1981. An diesem Tage soll er in der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim seine Strafe antreten, eine Strafe, die in einem von vielen als skandalös empfundenen Verfahren vor dem Landgericht Heidelberg im Mai 1979 gegen ihn verhängt worden war. Nachdem sowohl der Bundesgerichtshof als auch das Bundesverfassungsgericht die Verurteilung des Rechtsanwalts zu 22 Monaten Freiheitsstrafe bestätigt hatten, legte Härdle bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg Beschwerde ein, weil das Strafverfahren gegen ihn in zahlreichen Punkten gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstieß. Über die im August eingereichte Beschwerde ist noch nicht entschieden. Da die Beschwerde die Vollstreckung der Freiheitsstrafe nicht hindert, hatte Rechtsanwalt Dr. Härdle schon Ende Juni beim Petitionsausschuß des baden-württembergischen Landtags eine Petition eingereicht, um den Aufschub der Strafvollstreckung bis zur Entscheidung der Menschenrechtskommission zu erwirken. Diese Petition fand eine außergewöhnlich breite Unterstützung seitens anwaltlicher Organisationen. Das Präsidium des Deutschen Anwaltsvereins, dem 30000 Rechtsanwälte in der BRD als Mitglieder angehören, hat die Petition unterstützt, weil das Urteil gegen Rechtsanwalt Dr. Härdle unter dessen teilweiser Abwesenheit zustandegekommen ist. Die Rechtsanwaltskammer Karlsruhe hatte das Verfahren bereits in einem Vorstandsbeschluß vom Mai 1979 gerügt, weil in ihm die „Tätigkeit der Verteidigung in vieler Hinsicht über das Maß des Zumutbaren hinaus erschwert wurde." Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen Heidelberg stellt in ihrem Schreiben vom 17.9.1981 an den Petitionsauschuß des baden-württembergischen Landtags fest: „Das Gericht hat geradezu jede Möglichkeit, die Verteidigung zu erschweren, genutzt ... Würden alle Gerichte die Rechte der Prozeßleitung in einem so exzessiven Umfang in Anspruch nehmen, würde die Strafrechtspflege zusammenbrechen. Das Strafmaß schließlich ist derart überzogen, daß es selbst bei Unterstellung der Richtigkeit der Vorwürfe völlig aus dem Rahmen fällt." Die Petition von Rechtsanwalt Dr. Härdle wurde auch von 37 Richtern und Staatsanwälten unterstützt, von vielen Gewerkschaftern und von der Bundeskonferenz der Rechtsreferendare und Rechtspraktikanten, Sprecherräten, Personalräten und ÖTV-Gruppen, die in ihrer Erklärung feststellen: „Die Vollstreckung des Urteils würde ein großes Unrecht darstellen, so wie es das gesamte Verfahren gegen Dr. Härdle für ihn selbst und für die Rechte von Angeklagten und Verteidigern ohnehin bedeutet."

Der Petitionsausschuß, der aus einer CDU-Mehrheit besteht, lehnte jedoch in seiner Sitzung vom 18.9.81 das Petitionsbegehren ab. Justizminister Eyrich (ebenfalls CDU) will jetzt trotz ausstehender Entscheidung der Menschenrechtskommission und trotz zahlreicher öffentlicher Proteste die Strafe vollstrecken. Von vielen wird der Ausgang dieser Auseinandersetzung als Testfall dafür angesehen, ob es gelingen kann, die Staatsgewalt durch massiven öffentlichen Protest daran zu hindern, ein offenkundiges Willkürurteil politischer Justiz zu vollstrecken. Rechtsanwalt Dr. Härdle hat am 12.10. nach der Strafprozeßordnung grundsätzlich möglichen Aufschub des Strafantritts bis zum 19.2.1982 beantragt, um eine Entscheidung der Europäischen Menschenrechtskommission zu erreichen, bevor durch die Inhaftierung vollendete Tatsachen geschaffen werden. Dieser Strafaufschub ist nach dem Gesetz allerdings nur bis zu vier Monaten möglich.

Am Freitag wird in Heidelberg von Grünen und der Fachschaftsrätevollversammlung eine Podiumsveranstaltung durchgeführt, auf der unter anderem das Vorgehen besprochen werden soll, falls der Haftantritt von G. Härdle aufrechterhalten wird. Thema der Podiumsdiskussion ist: Rechtsstaatliches Prinzip an der Universität. Politische Reglementierung gegen linke Studenten und Professoren. Für Amnestie in allen Studentenprozessen. Auf dem Podium sollen die Diskussion führen: Prof. P. Brückner, H. Heimann, Mitglied des Landtages (Die Grünen) und T. Brückner, Vertreter der Fachschaftsrätevollversammlung.

Beim Festhalten der Justiz am Haftantritt am Montag soll auf dieser Podiumsveranstaltung für den nächsten Tag (Samstag) eine Demonstration in Heidelberg beschlossen werden. Zum Haftantritt am Montag selber sollen dann möglichst viele – insbesondere Leute aus dem Bereich der Justiz – G. Härdle begleiten.

Um den Kampf gegen das Berufsverbot für G. Härdle weiterzuführen und um die Forderung nach Amnestie zu bekräftigen, ist im baden-württembergischen Landtag auf Antrag der Grünen und der FDP ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt worden.

en Wohnungsbaupolitik und Erneuerungspolitik für alle Bürger" umgewandelt. Folgende Maßnahmen wurden als unablässig erkannt:

Duldung von Besetzungen für die Dauer des Verfahrens bei der Umwandlung in „legale" Mietverhältnisse; Rücknahme der Strafanträge; Zusammensetzen mit den Betroffenen, Mietervertretungen, Vermittlern, Paten und Blockräten; Öffentlichkeitsarbeit zu diesen Gesprächen; Inhalte und Zielsetzung sind zu veröffentlichen, Planungs- und Durchführungskonzepte mit denen am Prozeß Beteiligten zu diskutieren; Abkehr des Senats von Zwangsmaßnahmen (Räumungen) für die Zeit der Erprobungsphase (Dauer des Ausschlusses wurde auf ersteinmal 6 Monate begrenzt); Respektierung der Interessen und Auffassungen der gewählten Organe des Bezirkes bei polizeilichen Maßnahmen durch den Senat.

Krieg – öffentliche Mitgliederversammlung des KBW, Bürgerhaus Helleböhn
Freitag, 16. Oktober, 19.30 Uhr

Rastatt
Videofilme der Medienwerkstatt Freiburg zum Leben im Schwarzwaldhof, Abriß und Kriminalisierung der Besetzer: Z'Friburg in der Stadt, Nachrichten über eine Veränderung. „Deutscher Hof", Kehlerstr. 19
Dienstag, 20. Oktober, 19.30 Uhr

Stuttgart
Kampuchea 1981, ein Volk kämpft gegen 250000 Besatzer aus Vietnam für seine nationale Unabhängigkeit – Veranstaltung des Kampuchea-Komitees Stuttgart mit einem Reisebericht von J. Horlemann, Dias, Film, Diskussion. Wagenburgstraße 147, Laboratorium
Dienstag, 20. Oktober, 19.30 Uhr

Westberlin
Alternativen zur Wohnungspolitik des CDU-Senats. Mehringhof, 3. Aufg., 1. St.
Montag, 21. Oktober, 20.00 Uhr
siehe Meldungen Seite 2

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 501 900 00)

kow.Frankfurt. Dienstag, den 6. Oktober 1981, 4 Uhr früh, so war der ursprüngliche Plan der Polizeiführung, sollte das im letzten Jahr gerodete 7-ha-Gelände geräumt werden, um mit der Verlegung einer Behelfsstraße und der Untertunnelung der Okrifteler Straße am Frankfurter Flughafen zu beginnen.

Diesmal waren, durch die ausgedehnte Alarmkette herbeigerufen, frühmorgens ca. 8000 Leute im Hüttendorf und am Waldrand, tausende Hände schufen einen ca. 800 m langen Graben und Erdwall, für die Fußtruppen der Polzei ein erhebliches Hindernis. In dieser keilförmigen Festung hielten sich den ganze Dienstagvormittag über 5000 Startbahngegner auf, mit Ende der Frühschicht bei Opel und dann nach Feierabend wurden es 12–15000.

In kurzen Abständen überfliegt ein Polizeihubschrauber das Gelände und lotet die Einsatzmöglichkeiten der Staatsmacht aus. Als sich schließlich um 11 Uhr die Polizei am Flughafenzaun sammelt, werden die Befestigungsarbeiten eingestellt – ein zweiter, vorderer Turm aus Holzstämmen ist inzwischen auch errichtet. „Wir haben die 7 ha zurückerobert“, heißt es durch den Lautsprecher. Der Plan der Bürgerinitiative (BI) zur Verteidigung des Geländes wird durchgegeben und augenblicklich diszipliniert durchgeführt. Hinter und auf dem Wall stehen jetzt die Startbahngegner in Ketten, verteilt nach den Ortsgruppen der BI. Es dauert noch fünf weitere Stunden, bis die Polizeitruppen an den Gräben stehen. Ein paar quergestellte Autos und ein Regenwassertümpel machen des tapsigen Polizei-Hundertschaften Schwierigkeiten, mit jedem Schritt merkt man die Unsicherheit der Polizisten.

Immer wieder ruft die BI auf zu Besonnenheit und Gewaltfreiheit gegenüber Polizisten, aber gleichzeitig zu Standfestigkeit („Wir weichen keinen Meter, jetzt nicht und nicht später“). Unsere Protestlieder und Rufe dienen als Kampfansage an die Polizei. („Wehrt Euch, leistet Widerstand, gegen Startbahn West in diesem Land, ...“). Auf dem Platz steht der entschlossene und äußerst disziplinierte Widerstand der Bewohner dieser Region gegen dieses Wahnsinnsprojekt.

Die Polizeiführung versucht anfangs, zu einer schnellen Entscheidung zu kommen. Reiterstaffeln kommen aus dem Tor, Panzerspähwagen des Bundesgrenzschutzes (BGS) rasen hin und her, eine doppelte Polizeikette wird auf der Ostseite der Dreiecksfestung plaziert und rückt vor. Auf Befehl springen einige Dutzend Polizisten mit Mühe über den Graben auf den Erd-Wall und versuchen, einzelne Menschen aus den Ketten, die sich eng an eng hingesetzt haben, herauszuzerren – ohne Erfolg. Nach kurzer Zeit geben die Polizisten auf, springen zurück – Triumpfgesänge der Demon-

bis die Polizeitruppen an den Gräben stehen. Ein paar quergestellte Autos und ein Regenwassertümpel machen des tapsigen Polizei-Hundertschaften Schwierigkeiten, mit jedem Schritt merkt man die Unsicherheit der Polizisten.

Immer wieder ruft die BI auf zu Besonnenheit und Gewaltfreiheit gegenüber Polizisten, aber gleichzeitig zu Standfestigkeit („Wir weichen keinen Meter, jetzt nicht und nicht später“). Unsere Protestlieder und Rufe dienen als Kampfansage an die Polizei. („Wehrt Euch, leistet Widerstand, gegen Startbahn West in diesem Land, ...“). Auf dem Platz steht der entschlossene und äußerst disziplinierte Widerstand der Bewohner dieser Region gegen dieses Wahnsinnsprojekt.

Die Polizeiführung versucht anfangs, zu einer schnellen Entscheidung zu kommen. Reiterstaffeln kommen aus dem Tor, Panzerspähwagen des Bundesgrenzschutzes (BGS) rasen hin und her, eine doppelte Polizeikette wird auf der Ostseite der Dreiecksfestung plaziert und rückt vor. Auf Befehl springen einige Dutzend Polizisten mit Mühe über den Graben auf den Erd-Wall und versuchen, einzelne Menschen aus den Ketten, die sich eng an eng hingesetzt haben, herauszuzerren – ohne Erfolg. Nach kurzer Zeit geben die Polizisten auf, springen zurück – Triumpfgesänge der Demon-stranten: „Das ist unser erster Sieg.“

Es ist eine Lage eingetreten, wo die Polizei nur mit massivem und brutalstem Einsatz eventuell zum Erfolg kommen könnte, was sie sich politisch aber nicht leisten kann; es sei denn, sie hätte einen bestimmten Anlaß. Anlaß zu schaffen versucht sich die Polizei an diesem Tag und später durch Provokationen, was aber vorerst am disziplinierten Widerstand der Startbahngegner abprallt.

Von beiden Holztürmen aus wird der Widerstand koordiniert, ständig die Polizisten angerufen, daß sie sich hier als Büttel der FAG mitschuldig machen an der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen dieser Region, daß die Polizeigewerkschaft GdP in Groß Gerau und in Hessen den Startbahnbau ablehnt, daß die Landesregierung mit dieser Gewaltaktion die Verfassung bricht, nämlich das Recht auf Volksbegehren unterläuft, wofür schon 180000 Unterschriften gesammelt sind in Hessen. Die Sprecher der BI leiten das Recht auf Widerstand aus der hessischen Verfassung und der Verfassung der BRD ab.

Nach dem Polizeirückzug von den Wällen stehen wir ihnen Auge in Auge in Zwei-Meter-Abstand stundenlang gegenüber. Es zeigt sich, daß die Polizisten (zumindest aus Rheinland-Pfalz) keine einfachen Söldnertruppen sind, sie kriegen weiche Knie, Schokolade, Tee und Zigaretten wechseln über den Graben. Auf der Westseite muß die Polizeikette innerhalb von zwei Stunden zweimal ausgewechselt werden, anderswo ähnlich.

Startbahn West – Eine Region in Aufruhr

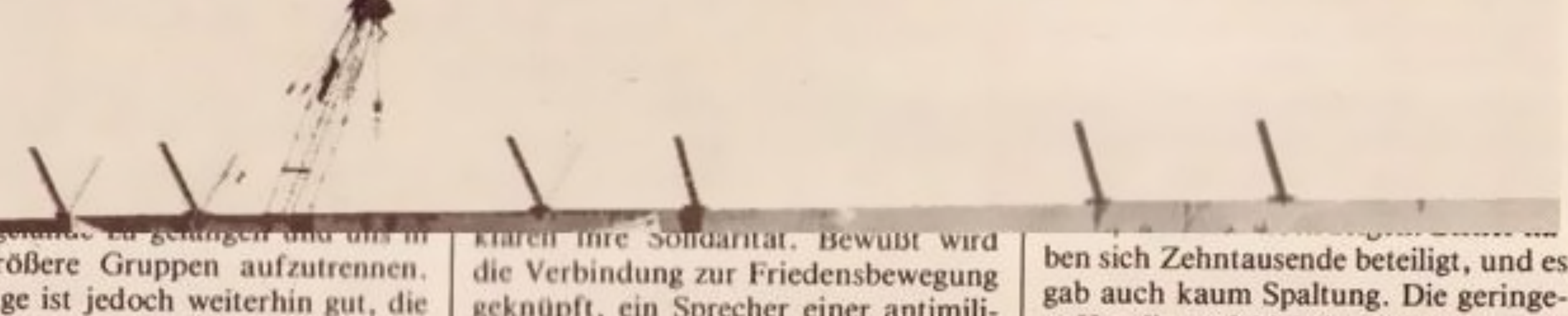
„Eine ganze Armee ... gegen das eigene Volk“

Eine Woche nach dem Aufmarsch von Bundesgrenzschutz und Polizei ist der Widerstand ungebrochen

Das Konzept der BI, der aktive, gewaltfreie Widerstand gegen die Staatsmacht, wozu gehört, die Polizisten als Lohnabhängige und mögliche Bündnispartner in einer Front gegen die Herrschenden anzusprechen, geht in den ersten Tagen auf. Mindesten fünf Polizisten quittieren den Dienst, eine ganze Hunderschaft verweigert den Einsatzbefehl, nachdem sie kurz vorher schon einmal längere Zeit im Einsatz war.

Erst am Mittwochmittag gelingt es der Polizeiführung, gegen ca. noch 2000 Demonstranten, auf das Festungsgelände zu gelangen und uns in drei größere Gruppen aufzutrennen. Die Lage ist jedoch weiterhin gut, die Verpflegung aus Walldorf rollt, ganze Schulklassen boykottieren den Unterricht, die Zeitungen berichten ausführlich und relativ sachlich, der Hessische Rundfunk unterbricht öfters sein Programm für aktuelle Berichterstattungen vom Ort des Geschehens. Von den Türmen wird weiterhin der Widerstand organisiert, zu Gelassenheit aufgerufen und die Polizisten werden „bearbeitet“. Die Haltung gegenüber der Polizei ist insgesamt keineswegs kapitulantenhaft (Rufe „Solidarisieren, Dienst quittieren!“). Wo die Mauer bzw. der NATO-Draht gezogen werden, kommt es zu Diskussionen, die zeigen, daß das Berufsbild der Polizisten erheblich erschüttert ist. Ein Polizeioffizier auf die Frage, ob er nicht auf der falschen Seite stehe: „Hier vielleicht schon, aber sonst nicht.“

Viele einfache Polizisten lasen die Flugblätter der BI, sagen, wenn sie hier wohnten, würden sie mit uns kämpfen. Die harten Einsätze werden von Son-



drei größere Gruppen aufzutrennen. Die Lage ist jedoch weiterhin gut, die Verpflegung aus Walldorf rollt, ganze Schulklassen boykottieren den Unterricht, die Zeitungen berichten ausführlich und relativ sachlich, der Hessische Rundfunk unterbricht öfters sein Programm für aktuelle Berichterstattungen vom Ort des Geschehens. Von den Türmen wird weiterhin der Widerstand organisiert, zu Gelassenheit aufgerufen und die Polizisten werden „bearbeitet“. Die Haltung gegenüber der Polizei ist insgesamt keineswegs kapitulantenhaft (Rufe „Solidarisieren, Dienst quittieren!“). Wo die Mauer bzw. der NATO-Draht gezogen werden, kommt es zu Diskussionen, die zeigen, daß das Berufsbild der Polizisten erheblich erschüttert ist. Ein Polizeioffizier auf die Frage, ob er nicht auf der falschen Seite stehe: „Hier vielleicht schon, aber sonst nicht.“

Viele einfache Polizisten lasen die Flugblätter der BI, sagen, wenn sie hier wohnten, würden sie mit uns kämpfen. Die harten Einsätze werden von Son-



dereinsatzkommandos (SEK) und BGS gefahren, die werden auch besonders angegriffen („... eine Grenze mitten durch unseren Wald“). Polizisten bestätigen sich unter Mißbilligung ihrer Vorgesetzen dabei, Lebensmittel zwischen den eingeschlossen Demonstranten hin- und herzuschaffen.

„Liebe Vorzeigebürger, liebe Chaoten, Kriminelle und Asoziale“

So begrüßte der Sprecher der Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf die ca. 8–10000 Kundgebungsteilnehmer am Sonntagmittag in Walldorf. – Großer Beifall. Der hessische Innenminister Gries (FDP) hatte auf einer Pressekonferenz vor Ort (zwecks Klimaveränderung) erklärt: „Es wäre ein Kinderspiel gewesen, bei Anwendung staatlicher Gewaltmittel die Demonstranten hier wegzublasen.“ Die Hüttendorfbewohner seien „Chaoten, Kriminelle und Asoziale“, er kenne die „Vorzeigebürger aus Walldorf-Mörfelden aus dem Fernsehen“. Diese Spaltungsabsichten wurden zurückgewiesen.

In einem Gruß an die Kundgebung bekräftigt der BBU das Widerstandsrecht trotz Wasserwerfer und Bürgerkriegsarmee und sagt bundesweit Unterstützung zu. Die Vertrauenskörperleitung von Opel Rüsselsheim und die IGM-Verwaltungsstelle Darmstadt erklären ihre Solidarität. Bewußt wird die Verbindung zur Friedensbewegung geknüpft, ein Sprecher einer antimilitaristischen Gruppe aus Italien („Für ein atomwaffenfreies Europa“) erklärt unter starkem Beifall ihre Solidarität.

Als der Sprecher der BI Leo Spahn über das weitere Vorgehen spricht, könnte man eine Stecknadel fallen hören. Die BI hält weiter an ihrem Konzept des aktiven, gewaltfreien Widerstandes fest, d.h. es sollen keine Polizisten angegriffen werden, aber die inzwischen errichtete Betonmauer („Berliner Mauer“, „Schandmauer“) und der NATO-Draht werden nicht geduldet, Barrikaden sollen gebaut und Wasserwerfer durch Farbbeutel funktionsunfähig gemacht werden.

Im Anschluß an die Kundgebung laufen ca. 8000 Teilnehmer zur Okrifteler Straße, wo sich schon mehrere Tausend aufhielten. Sehr viele alte Menschen und Familien mit Kindern sind dabei. Tausende beteiligten sich an der Befestigung des Hüttendorfes. Vorne an der Mauer werden weiter Gräben als Hindernisse ausgehoben,

die Verbindung zur Friedensbewegung geknüpft, ein Sprecher einer antimilitaristischen Gruppe aus Italien („Für ein atomwaffenfreies Europa“) erklärt unter starkem Beifall ihre Solidarität.

Als der Sprecher der BI Leo Spahn über das weitere Vorgehen spricht, könnte man eine Stecknadel fallen hören. Die BI hält weiter an ihrem Konzept des aktiven, gewaltfreien Widerstandes fest, d.h. es sollen keine Polizisten angegriffen werden, aber die inzwischen errichtete Betonmauer („Berliner Mauer“, „Schandmauer“) und der NATO-Draht werden nicht geduldet, Barrikaden sollen gebaut und Wasserwerfer durch Farbbeutel funktionsunfähig gemacht werden.

Im Anschluß an die Kundgebung laufen ca. 8000 Teilnehmer zur Okrifteler Straße, wo sich schon mehrere Tausend aufhielten. Sehr viele alte Menschen und Familien mit Kindern sind dabei. Tausende beteiligten sich an der Befestigung des Hüttendorfes. Vorne an der Mauer werden weiter Gräben als Hindernisse ausgehoben,

der Stacheldraht von der Mauer heruntergerissen. Obwohl sich die Aktionen ausdrücklich nicht gegen die Polizisten richten, spritzen die Wasserwerfer wahllos in die Menschenmenge, sogar in die Gottesdienstteilnehmer am Rande. Kinder wie alte Menschen kriegen das Tränengas ab, Wasserwerfer spritzen fast pausenlos vom Nachmittag bis in den Abend. Tränengaspatronen werden in den Wald und in die Menschenmenge geschossen. Am frühen Abend stürmen Sondereinsatzkommandos gegen den disziplinierten Rückzug der Demonstranten das Gelände in einer wahren Knüppelorgie, einige Bäume werden gefällt, auch der zweite Holzturm wird geräumt und gefällt. Die BI zählt mehrere Dutzend Schwerverletzte (u.a. ein 65jähriger mit Verdacht auf Schädelbasisbruch) und über hundert Leichtverletzte. Die Polizeiführung ist offenbar auf Provokation und Einschüchterung aus, um eine politische Lage zu schaffen, wo ein brutaler Sturm auf das Hüttendorf vertretbar erscheint.

Politisch in der Initiative bleiben

Nach der Drohung von Innenminister Gries muß man jetzt jeden Tag mit der Räumung des Hüttendorfes rechnen.

Ob in den kommenden Kämpfen das Konzept des gewaltfreien Widerstandes erfolgreich durchgeführt werden kann, muß sich noch zeigen. Bisher haben sich Zehntausende beteiligt, und es gab auch kaum Spaltung. Die geringere Handlungsfähigkeit am Sonntag vor dem Zaun deutet jedoch darauf hin, daß ungeklärt ist, ob militärisch jetzt die Niederlage besiegelt ist und es nur noch um verzögernde Rückzugsgefechte geht oder nicht. Darüber wird man in den BIs genauer beraten und beschließen müssen.

Wichtig wird sein, daß man sich nicht auf eine reine Gewaltdiskussion einläßt, weil sowas bekanntlich in der Öffentlichkeit mit bestehender BILD-Zeitungs-Logik so endet: Gewalt und überhitzte Gemüter gibt es auf beiden Seiten, der Schuldige ist im nachhinein schlecht auszumachen, letztlich vertritt die Polizei Recht und Gesetz.

Wir müssen weiter an der Veränderung der politischen Lage in ganz Hessen arbeiten. Die BI Walldorf-Mörfelden wirft der Landesregierung momentan hauptsächlich rechtswidriges Verhalten vor. Das ist berechtigt, u.a. weil der Ablauf des Volksbegehrens nicht abgewartet wurde und das wasserrecht-

ben sich Zehntausende beteiligt, und es gab auch kaum Spaltung. Die geringere Handlungsfähigkeit am Sonntag vor dem Zaun deutet jedoch darauf hin, daß ungeklärt ist, ob militärisch jetzt die Niederlage besiegelt ist und es nur noch um verzögernde Rückzugsgefechte geht oder nicht. Darüber wird man in den BIs genauer beraten und beschließen müssen.

Wichtig wird sein, daß man sich nicht auf eine reine Gewaltdiskussion einläßt, weil sowas bekanntlich in der Öffentlichkeit mit bestehender BILD-Zeitungs-Logik so endet: Gewalt und überhitzte Gemüter gibt es auf beiden Seiten, der Schuldige ist im nachhinein schlecht auszumachen, letztlich vertritt die Polizei Recht und Gesetz.

Wir müssen weiter an der Veränderung der politischen Lage in ganz Hessen arbeiten. Die BI Walldorf-Mörfelden wirft der Landesregierung momentan hauptsächlich rechtswidriges Verhalten vor. Das ist berechtigt, u.a. weil der Ablauf des Volksbegehrens nicht abgewartet wurde und das wasserrecht-

liche Verfahren auch nicht. Mit der Forderung nach Baustopp, solange das Volksbegehren läuft und die Umweltverträglichkeit nicht geprüft ist (DGB-Forderung), ist die Landesregierung erheblich unter Druck gekommen. Vor 14 Tagen beschloß die Kreisdelegiertenkonferenz des DGB Frankfurt „entschiedenen Widerstand“, solange diese Bedingungen nicht erfüllt sind. Der hessische DGB-Vorsitzende Richert kritisierte jetzt erstmals die „machtprotzende Politik“ von Gries.

Dennoch, letztlich geht es in diesem Kampf darum, ob die FAG ihre freie Verfügung über ihr Privateigentum gegen die Volksmassen durchsetzen kann. Privateigentum über dieses riesige Waldgebiet bedeutet Verfügungsgewalt über die Lebensgrundlagen Hunderttausender Menschen. Das bürgerliche Recht behandelt die private Zahnbürste und das Auto von Herrn X. genauso wie dieses wichtige Naherholungsgebiet: die FAG soll das Recht haben, durch Vernichtung des Waldes massiv die Gesundheit, die Lebensbedingungen und die Umwelt der ganzen Region zu beeinträchtigen. Alle Maßregeln, die die private Verfügung über diesen Grund und Boden einschränken zugunsten gesellschaftlicher Kontrolle, sind also unterstützenswert.

Der Gedanke des Sozialismus ist den Startbahngegnern, erst recht den führenden Köpfen, überhaupt nicht fremd und entwickelt sich selber aus der Kritik des Flughafenausbaus. Anlaß der Kritik an der geplanten Startbahn West und nach wie vor entscheidender Ablehnungsgrund ist die weitgehende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch dieses Projekt. Aber es geht den Startbahngegnern nicht um die Erhaltung eines heilen Bambi-Waldes, sondern von Anfang an machten sich die Ausbaugegner Gedanken um die gesellschaftlichen Ursachen und Folgen der FAG-Planungen. Die Planlosigkeit und Anarchie im Verkehrswesen wurde angegriffen. Die Flughafen AG streitet in Konkurrenz zu anderen Flughäfen und zu anderen Verkehrsträgern (besonders der Bundesbahn) um „Absatz“ ihrer Verkehrskapazität. Die BI fordert ein planmäßiges integriertes Verkehrskonzept und die Verlegung eines Teils des innerdeutschen Flugverkehrs auf die Schiene. Die Lufthansa scheint hier nachzugeben.

Die Bewegung gegen die Starbahn West solidarisiert sich mit dem Kampf gegen die drohenden Massenentlassungen in Frankfurt, sie ist am Ort praktisch eins mit der Gewerkschaftsbewegung. In den positiven Alternativkonzepten z.B. zum Verkehrswesen und der engen Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung liegt auch die Stärke und die Perspektive der ganzen Bewegung – gerade auch im Hinblick auf die Landtagswahlen 1982.

und entwickelt sich selber aus der Kritik des Flughafenausbaus. Anlaß der Kritik an der geplanten Startbahn West und nach wie vor entscheidender Ablehnungsgrund ist die weitgehende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch dieses Projekt. Aber es geht den Startbahngegnern nicht um die Erhaltung eines heilen Bambi-Waldes, sondern von Anfang an machten sich die Ausbaugegner Gedanken um die gesellschaftlichen Ursachen und Folgen der FAG-Planungen. Die Planlosigkeit und Anarchie im Verkehrswesen wurde angegriffen. Die Flughafen AG streitet in Konkurrenz zu anderen Flughäfen und zu anderen Verkehrsträgern (besonders der Bundesbahn) um „Absatz“ ihrer Verkehrskapazität. Die BI fordert ein planmäßiges integriertes Verkehrskonzept und die Verlegung eines Teils des innerdeutschen Flugverkehrs auf die Schiene. Die Lufthansa scheint hier nachzugeben.

Die Bewegung gegen die Starbahn West solidarisiert sich mit dem Kampf gegen die drohenden Massenentlassungen in Frankfurt, sie ist am Ort praktisch eins mit der Gewerkschaftsbewegung. In den positiven Alternativkonzepten z.B. zum Verkehrswesen und der engen Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung liegt auch die Stärke und die Perspektive der ganzen Bewegung – gerade auch im Hinblick auf die Landtagswahlen 1982.

In der momentanen Auseinandersetzung spielt die Zeit sicherlich für die Startgahngegner. Ihre Argumente finden weitere Verbreitung, immer deutlicher stellt sich der strukturelle Rückgang des Flugverkehrs heraus. Die Landesregierung muß permanent rund 10000 Mann Polizei und Grenzschutz am Flughafen bereithalten. Die Zersetzung unter Polizeimannschaften wird weitergehen.

Man muß sich auf einen langen Kampf einstellen, die Bewachung und Rodung einer Waldfläche von 4000 mal 600 Meter ist kein Pappenstiel. Aktuell und auch in der Perspektive ist es wohl sinnvoll, politisch und vor Ort besonders die Einsätze von SEK's und BGS zu bekämpfen, die die Landesregierung neben bayerischer Polizei als Schlägertrupps herbeigerufen hat. Die Erfahrung der letzten Woche zeigt, daß Börner und Gries ihre Politik gegen das eigene Volk nur mit fremden Polizeitruppen durchsetzen können. Die Forderung nach größeren Rechten der Polizeimannschaften gegenüber ihren Vorgesetzten wie auch die Unterstellung der Polizei unter die Verfügung von Städten und Kreisen wäre richtig.

Überlegungen über die politische Perspektive sollte man sich auch im Hinblick auf die Demonstration am 14.11. in Wiesbaden machen, wo mit den Unterschriften der Antrag auf das Volksbegehren abgegeben werden soll. Die Juristen der BI prüfen derzeit, ob sich durch die jetzigen Maßnahmen etwas an der Rechtsgrundlage geändert hat.

Menschenrechte, Unabhängigkeit und Freiheit für Südkorea

kvz. Mehrere Solidaritätskomitees in der BRD führen am 17. Oktober gemeinsam mit Koreanern ein Forum zur Unterstützung der Unterdrückten und Verfolgten Südkoreas durch. In verschiedenen Arbeitsgruppen sollen folgende Themen behandelt werden: 1. Menschenrechte in Südkorea, 2. Demokratisierung in Südkorea, 3. Die Kirchen im demokratischen Widerstand, 4. Zur Abhängigkeit Südkoreas vom Ausland; Lage der Südkoreaner – v.a. Krankenschwestern und Bergarbeiter – in der BRD; militärische Abhängigkeit Südkoreas von den USA. Das Forum beginnt um 13.00 Uhr im Jugendzentrum Essen, Papestr. 1. Ab 19.00 Uhr findet eine Podiumsdiskussion statt, zu der Heinz Brandt und Prof. Sigrist ihre Teilnahme zugesagt haben. Parallel zu den Arbeitsgruppen werden eine Reihe von Filmen gezeigt.

Demonstration gegen NATO-Raketen in Comiso/Sizilien

hah. Gegen die Errichtung des NATO-Raketenstützpunktes bei Comiso fand am 11. Oktober eine Massendemonstration statt, zu der 20000 – 30000 Menschen kamen, die den kleinen Ort Comiso vollständig überfluteten. Da sich die Sozialisten als Mitträger der Regierungskoalition gegen die Demonstration ausgesprochen hatten, wurde sie im wesentlichen von der KPI Siziliens vorbereitet, der es dabei gelang, auch die katholische Arbeiterorganisation ACLI in die Aktionseinheit einzubeziehen. Wie schon im Friedensmarsch von Perugia nach Assisi waren es auch hier wieder Zehntausende von Jugendlichen, die mit Musik und kleinen Theaterszenen das Gesicht der Demonstration bestimmten. Die ausdrücklich auch von der KPI mitgetragene Stoßrichtung der Demonstration zielte gegen beide Supermächte, am sinnfälligsten ausgedrückt durch zwei von der KPI-Gruppe aus Katania mitgeführte Pappraketen, eine Cruise Missile und eine SS 20, die sich gegen das auf Pappe gemalte Sizilien richten (Überschrift des Berichts in der Unitá vom 12.10.: „Der Wille wächst, das eigene Schicksal nicht den Supermächten zu überlassen"). Übrigens hob die Unitá auch im Bericht über die Bonner Demonstration besonders die Ablehnung der US- und *SU-Raketen* durch die Redner hervor, und daß niemand „sanft" mit der UdSSR umgegangen sei.

Tories wollen Farbige rücksiedeln

kvz. Um die angespannten Rassenbeziehungen im Vereinigten Königreich zu verbessern, schlägt der erzreaktionäre „Monday-Club" der Thatcher-Partei vor, 100000 farbige Briten pro Jahr „freiwillig" in die früheren englischen Kolonien rückkehren zu lassen. Kosten für Reise, Gepäck und Umzug sowie eine Eingliederungsbeihilfe wollen sie ihnen zahlen.

Sparprogramm in Italien

mah. Die Spadolini-Regierung hat einen sog. „Antiinflationsplan" dem Parlament zur Beschlußfassung vorgelegt, der Kürzungen um ca. 10000 Milliarden Lire (20 Milliarden DM) vorsieht: *Gesundheitswesen:* Streichung von Kuren und Maßnahmen für Behinderte und Alte, Einführung von Gebühren bei Arztbesuchen, Erhöhung der Krankenhaustagesätze und der Medikamentengebühren um 50% (insges. 4700 Milliarden Lire); *Sozialversicherungen:* Erhöhung der Sozialversicherungs- und Krankenkassenbeiträge bei Selbständigen und des Unternehmeranteils bei Lohnabhängigen, Wegfall der Lohnfortzahlung beim ersten Krankheitstag, Verschärfung der Anspruchsbedingungen bei Berufsunfähigkeitsrenten (insges. 2500 Milliarden); *Kommunen:* Streichung von bereits beschlossenen Zuwendungen um 2500 Milliarden; *Steuererhöhungen:* Benzin, Zigaretten, Kfz; *Tariferhöhungen:* Post, Strom und Telefon (um 16%). In den größeren Städten ist es zu spontanen Streiks gekommen. Hunderte von Fabrikräten und Delegiertenversammlungen verlangen von den Gewerkschaftsführungen den Aufruf zu Kampfmaßnahmen und den Abbruch der Verhandlungen mit der Regierung. Unter diesem massiven Druck haben die Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL für Oktober zu regionalen Streiks aufgerufen. Über die Durchführung eines Generalstreiks gibt es keine Einigkeit, seine Notwendigkeit soll im November erneut überprüft werden.

In größter Ruhe revolutionäre Beschlüsse

Der erste Kongreß von „Solidarność" hat weitreichende Ziele formuliert

Von Gerd Koenen

„Müde und mit einem Sack voll Selbstvertrauen" seien die Delegierten des ersten Kongresses von „Solidarność", nach der fast 2 Wochen dauernden zweiten Sitzungsperiode nach Hause zurückgekehrt, schrieben die zuletzt noch ausharrenden Korrespondenten. An den beiden letzten Tagen war zuerst das Aktionsprogramm der Gewerkschaft verabschiedet worden, das in kühnem Entwurf das Ziel einer „selbstverwalteten Republik" ins Auge faßt. (Vgl. KVZ 41/81) 455 Delegierte stimmten dafür, 65 dagegen, 91 enthielten sich. Auf derselben Linie lagen auch die Wahlen zu dem 107 Köpfe zählenden Landesvorstand. Die dominierende mittlere Strömung um den Vorsitzenden Lech Walesa – der selbst eine Woche zuvor, gegen 3 andere Kandidaten, mit 55% der Stimmen gewählt worden war – behauptete sich, wird aber eingefaßt von einer starken nationalistischen Strömung zur Rechten und einem „Basisflügel" zur Linken – wobei alle solche Kategorien mehr als notdürftig sind. Beispielsweise solche revolutionären Demokraten und Sozialisten wie Jacek Kuron vom KOR (das sich auf dem Kongreß auflöste, weil es seinen Zweck erfüllt hat) oder Karol Modzelewski, beide die Verfasser des „Offenen Briefes" von 1964, traten auf dem Kongreß als starke Befürworter einer Linie auf, die den Bogen weit spannt, aber nicht überspannt. Die „Mitte" in der Gewerkschaft besteht also, näher betrachtet, bereits wieder aus ganz unterschiedlichen Kräften.

Was allerdings deutlich wurde, ist, daß die Herausbildung politischer Richtungen, und auch direkt die Bildung von Parteien und Organisationen außerhalb des herrschenden Blocks, in Polen jetzt mit Macht im Gange ist. Kein Zufall, daß die Vorlage der Programmkommission eben an diesem Punkt noch einmal erheblich geschärft wurde: gefordert wird nicht mehr eine vage Änderung der Wahlordnung des Sejm, sondern rundheraus die freie Kandidatenaufstellung für *alle* politischen Kräfte und Organisationen, und die *Wahl der Regierung* durch den frei gewählten Sejm.

Damit ist allerdings die Verfassungsfrage gestellt, nachdem mit der Arbeiterselbstverwaltung schon die Eigentumsfrage gestellt wurde. Prompt reagierte die „Trybuna Ludu" mit der Feststellung, es müsse bezweifelt werden, daß die geforderte „selbstverwaltete Republik" mit der Volksrepublik Polen identisch sei.

Was hat der Kongreß von „Solidarność" ingesamt geleistet?

- Er hat die Gliederung der Gewerkschaft in regionale Einheitsverbände (statt Berufs- und Branchenverbänden), wodurch die „Solidarność" zum höchst entwickelten Typus einer Einheitsgewerkschaft wird, bestätigt; zugleich aber gegen dezentrale Tendenzen durch die Wahl eines starken Landesvorstands, aus dessen Mitte wieder ein 12köpfiges Präsidium zu wählen war, eine handlungsfähige Führung geschaffen, bei einem Minimum an Bürokratie. Die Funktionäre beziehen Facharbeiterlohn.
- Neben weitreichenden demokratischen Zielen legt das Programm auch die Grundzüge der Wirtschaftsreform fest; nicht aber deren Einzelheiten. Der Landesvorstand hat ein ausdrückliches Mandat erhalten, darüber in Verhandlungen mit der Regierung einzutreten. Zugleich hat der Gewerkschaftskongreß aber diese Verhandlungen von der Regierung ultimativ gefordert; und er hat die Zustimmung zu allen weiteren Preisreformen davon abhängig gemacht. Preiserhöhungen müssen über entsprechenden Lohnausgleich kompensiert werden. – Bezüglich der Arbeiterselbstverwaltung sind vier Forderungen zur Abänderung des Gesetzes formuliert worden, die mittels einer Volksabstimmung (die die Gewerkschaft notfalls auch gegen die Regierung einleiten will) durchgesetzt werden sollen.
- Das Bündnis mit den Bauern und der „Land-Solidarität", mit den Intellektuellen und ihren Berufsverbänden, ebenso wie mit den Studenten ist bekräftigt worden. Die Gewerkschaft wird den Kampf gegen die Zensur vor allem durch die Entfaltung vielfacher eigener verlegerischer und publizistischer Aktivitäten führen, bis hin zu einem eigenen Rundfunk- und Fernsehprogramm.
- Ein „Komitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen" wurde gegründet; die Bestrebungen, eine unabhängige Gewerkschaft der Polizei zu gründen, die von 500 Milizionären öffentlich betrieben werden, werden von „Solidarność" unterstützt.
- Gefestigt wurden die Verbindungen zu einer Reihe großer Gewerkschaftsbünde im Westen, darunter dem DGB. Aber ein vorsichtiger Dialog hat sich auch mit dem ungarischen Gewerkschaftsverband angebahnt. Walesa hat dem Vorsitzenden Gaśpar (der wegen des „Appells an die Arbeiter Osteuropas" protestiert, zugleich aber Gespräche angeboten hatte) geantwortet: „Ich freue mich, daß sie sich auf die traditionelle polnisch-ungarische Freundschaft bezogen haben. In diesem Geiste erneuern wir unsere Einladung an Sie, Polen zu besuchen."

Denkt man nur ein Jahr zurück, ist das eine atemberaubende Entwicklung. Das Presseecho aus Moskau, Prag und Ostberlin sprach von einem „Programm der Konterrevolution" – und blieb dennoch matt. Die vor einer Woche schon anberaumte Sitzung des ZK der PVAP hat bis jetzt nicht stattgefunden. Es ist, als sei ihnen allen die Spucke weggeblieben.



Auch darin revolutionär: Alle Debatten des Kongresses waren öffentlich und wurden nach draußen übertragen.

tion ACLI in die Aktionseinheit einzubeziehen. Wie schon im Friedensmarsch von Perugia nach Assisi waren es auch hier wieder Zehntausende von Jugendlichen, die mit Musik und kleinen Theaterszenen das Gesicht der Demonstration bestimmten. Die ausdrücklich auch von der KPI mitgetragene Stoßrichtung der Demonstration zielte gegen beide Supermächte, am sinnfälligsten ausgedrückt durch zwei von der KPI-Gruppe aus Katania mitgeführte Pappraketen, eine Cruise Missile und eine SS 20, die sich gegen das auf Pappe gemalte Sizilien richten (Überschrift des Berichts in der Unitá vom 12.10.: „Der Wille wächst, das eigene Schicksal nicht den Supermächten zu überlassen"). Übrigens hob die Unitá auch im Bericht über die Bonner Demonstration besonders die Ablehnung der US- und *SU-Raketen* durch die Redner hervor, und daß niemand „sanft" mit der UdSSR umgegangen sei.

Tories wollen Farbige rücksiedeln

kvz. Um die angespannten Rassenbeziehungen im Vereinigten Königreich zu verbessern, schlägt der erzreaktionäre „Monday-Club" der Thatcher-Partei vor, 100000 farbige Briten pro Jahr „freiwillig" in die früheren englischen Kolonien rückkehren zu lassen. Kosten für Reise, Gepäck und Umzug sowie eine Eingliederungsbeihilfe wollen sie ihnen zahlen.

NOTSTAND
Die Revolution der Hoffnungen ist bedroht.
Wirtschaftlicher Druck aus Washington, militärische Bedrohung aus den Nachbarländern, Boykott der Getreidelieferungen, Sperrung von Krediten und Kapitalflucht gefährden die erreichten Ziele:
Soziale Gerechtigkeit. Alphabetisierung und Bildung für alle. Gesundheitsprogramme. Agrarreform.
Damit Nicaragua seinen Weg weitergehen kann, damit Freiheit möglich bleibt, braucht es unsere Solidarität. Gerade jetzt.

Informationsbüro Nicaragua e.V.
Friedrichstr. 10 · 5600 Wuppertal 1
Stadtsparkasse Wuppertal
Konto 976 738 (BLZ 330 500 00)
Spendenquittung möglich.

Verfasser des „Offenen Briefes" von 1964, traten auf dem Kongreß als starke Befürworter einer Linie auf, die den Bogen weit spannt, aber nicht überspannt. Die „Mitte" in der Gewerkschaft besteht also, näher betrachtet, bereits wieder aus ganz unterschiedlichen Kräften.

Was allerdings deutlich wurde, ist, daß die Herausbildung politischer Richtungen, und auch direkt die Bildung von Parteien und Organisationen außerhalb des herrschenden Blocks, in Polen jetzt mit Macht im Gange ist. Kein Zufall, daß die Vorlage der Programmkommission eben an diesem Punkt noch einmal erheblich geschärft wurde: gefordert wird nicht mehr eine vage Änderung der Wahlordnung des Sejm, sondern rundheraus die freie Kandidatenaufstellung für *alle* politischen Kräfte und Organisationen, und die *Wahl der Regierung* durch den frei gewählten Sejm.

Damit ist allerdings die Verfassungsfrage gestellt, nachdem mit der Arbeiterselbstverwaltung schon die Eigentumsfrage gestellt wurde. Prompt reagierte die „Trybuna Ludu" mit der Feststellung, es müsse bezweifelt werden, daß die geforderte „selbstverwaltete Republik" mit der Volksrepublik Polen identisch sei.

Was hat der Kongreß von „Solidarność" ingesamt geleistet?

schaft notfalls auch gegen die Regierung einleiten will) durchgesetzt werden sollen.
- Das Bündnis mit den Bauern und der „Land-Solidarität", mit den Intellektuellen und ihren Berufsverbänden, ebenso wie mit den Studenten ist bekräftigt worden. Die Gewerkschaft wird den Kampf gegen die Zensur vor allem durch die Entfaltung vielfacher eigener verlegerischer und publizistischer Aktivitäten führen, bis hin zu einem eigenen Rundfunk- und Fernsehprogramm.
- Ein „Komitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen" wurde gegründet; die Bestrebungen, eine unabhängige Gewerkschaft der Polizei zu gründen, die von 500 Milizionären öffentlich betrieben werden, werden von „Solidarność" unterstützt.
- Gefestigt wurden die Verbindungen zu einer Reihe großer Gewerkschaftsbünde im Westen, darunter dem DGB. Aber ein vorsichtiger Dialog hat sich auch mit dem ungarischen Gewerkschaftsverband angebahnt. Walesa hat dem Vorsitzenden Gaśpar (der wegen des „Appells an die Arbeiter Osteuropas" protestiert, zugleich aber Gespräche angeboten hatte) geantwortet: „Ich freue mich, daß sie sich auf die traditionelle polnisch-ungarische Freundschaft bezogen haben. In diesem Geiste erneuern wir unsere Einladung an Sie, Polen zu besuchen."

ten des Kongresses waren öffentlich und wurden nach draußen übertragen.

Jetzt bestellen – und weitervertreiben!

INHALT:
Dokumentation zum Solidarność-Kongreß und zur Diskussion um die Arbeiterselbstverwaltung – Zur Solidaritätsarbeit in der BRD
16 Seiten / 1,00 DM
Zu beziehen über Buchvertrieb Hager

„Dringende Notwendigkeit, die Friedensverträge zu schließen und alle Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands abzuziehen"

Kurz vor der Demonstration in Bonn am 10.10. wurde auf einer Pressekonferenz ein offener Brief von Prof. Robert Havemann an Leonid Breschnew veröffentlicht, den neben ihm 27 Bürger der DDR unterzeichnet haben. In der BRD haben den mit einigen Zusätzen versehenen Brief (hier kursiv und in Klammern gesetzt) 150 Personen unterzeichnet, darunter 4 SPD-Bundestagsabgeordnete, Peter Brandt, Pastor Heinrich Albertz, Rolf Hochhuth, Klaus Traube, Ingeborg Drewitz u.a.

Sehr geehrter Herr Leonid Breschnew!

Voller Sorge um die Zukunft Europas und um den Weltfrieden wenden wir uns an Sie in der Hoffnung, daß Ihr im Herbst erwarteter Besuch der Bundesrepublik Deutschland und Ihr Zusammentreffen mit dem Bundeskanzler Helmut Schmidt einen Weg eröffnen wird, der aus der gegenwärtigen gefährlichen Entwicklung herausführen wird.

Immer mehr Menschen fürchten sich davor, daß nach einem über dreißigjährigen Frieden in Europa nun unserem Kontinent die totale Vernichtung in einem nuklearen Weltkrieg droht. In Westeuropa konkretisiert sich diese Furcht insbesondere in der Opposition gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen, den Bau der Neutronenbombe sowie die in Europa lagernden Atomwaffen. Wenn diese Waffen jemals zum Einsatz kommen, werden sie Europa in eine Wüste verwandeln.

Es ist bekannt, daß die Befürworter dieser Politik diese sogenannte Nachrüstung der NATO als rein defensiv bezeichnen. Sie sei nur die Antwort auf die Aufrüstung der Länder des Warschauer Paktes mit den neuen, gleichfalls weitreichenden sowjetischen Mittelstreckenraketen des Typs SS 20 und auf die große zahlenmäßige Überlegenheit der sowjetischen Panzerwaffe.

Angesichts der Größe der uns drohenden Gefahr erscheint es uns müßig, die Frage zu stellen, ob diese Eskalation des Schreckens noch andere Gründe hat: Wie kann die Aufstellung der Raketen und Marschflugkörper und der Neutronenbomben verhindert werden? Wie kann Europa, das heute das Gebiet der Erde mit der größten Anhäufung nuklearer Sprengköpfe ist, in eine atomwaffenfreie Zone verwandelt werden?

Obwohl wir Unterzeichner dieses Briefes die Gründe dieser gefährlichen Entwicklung sehr verschieden einschätzen, wollen wir unterstellen, daß weder die NATO noch der Warschauer Pakt ursprünglich aggressive Ziele verfolgen und einen rein defensiven Charakter haben. Leider hat aber im Laufe der Jahre auf beiden Seiten ein schreckenerregendes Wettrüsten dazu geführt, daß sich heute an der Demarkationslinie in Europa zwei waffenstarrende Militärmaschinen gegenüberstehen. Sie verfügen über ein Vernichtungspotential, das ausreicht, die ganze Menschheit nicht nur einmal, sondern vielleicht fünf- oder zehnmal zu töten. Der Grund dieses Wettrüstens besteht hauptsächlich darin, daß keine Seite der anderen die rein defensiven Absichten mehr glaubt.

Dokument

(Beide Seiten sind vielmehr überzeugt, einer wachsenden Bedrohung mit immer neuen Rüstungsanstrengungen begegnen zu müssen. Auf die darin liegenden Gefahren braucht nicht erst hingewiesen zu werden.) Bei der Zuspitzung der militärischen Konfrontation in Europa spielt die Teilung Deutschlands eine wesentliche Rolle. Ursprünglich schien hierdurch ein gefährlicher Aggressor für immer entmachtet und damit der Frieden in Europa gesichert. Aber das absolute Gegenteil war die Folge. Denn wenn das nukleare Inferno dereinst über uns kommen wird, dann vor allem, weil die Ost-West-Konfrontation die beiden deutschen Staaten zur Aufmarschbasis und nuklearen Speerspitze des einen gegen den anderen werden ließ. Die Teilung Deutschlands schuf nicht Sicherheit, sondern wurde Voraussetzung der tödlichsten Bedrohung, die es in Europa jemals gegeben hat. Jede Bombe, jede Rakete, überhaupt jede Waffe, die von unseren Beschützern nach Deutschland gebracht wird, sichert nicht den Frieden, sondern bringt uns dem Untergang näher. Wir brauchen keine Rüstung, wir brauchen Abrüstung. Wir brauchen nicht die Stärke von NATO und Warschauer Pakt, sondern die Fortführung der weltweiten Entspannungspolitik, damit NATO und Warschauer Pakt eines Tages überflüssig werden. Die Sicherheit Europas wird nicht durch Kriegswaffen geschaffen, sondern durch deren Beseitigung.

(Es gilt insbesondere, die beiden Teile Deutschlands der Blockkonfrontation zu entziehen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die Sowjetunion sich bis in die sechziger Jahre immer wieder für die Entmilitarisierung und Neutralisierung ganz Deutschlands ausgesprochen hat.) 36 Jahre nach Ende des Krieges ist es jetzt zur dringenden Notwendigkeit geworden, die Friedensverträge zu schließen und alle Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands abzuziehen. *(Selbstverständlich müßte die Stellung West-Berlins gesichert bleiben.)* Wie wir Deutsche unsere nationale Frage dann lösen werden, muß man uns schon selbst überlassen, und niemand sollte sich davor mehr fürchten als vor dem Atomkrieg.

Dieses Ziel erscheint vielen Deutschen zwar erstrebenswert, aber vorläufig utopisch. Sie können es sich nicht vorstellen, daß die Sowjetunion bereit sein könnte, auf ihre militärische Basis in der DDR zu verzichten. Wir glauben aber, daß das sehr wohl möglich ist, wenn gleichzeitig die militärische Basis der USA in der Bundesrepublik Deutschland und damit in Europa überhaupt aufgelöst wird. Zugleich müßte im Friedensvertrag festgelegt und durch die Großmächte garantiert sein, daß in Deutschland nie wieder ein aggressives Militärpotential geschaffen wird.

Sehr geehrter Herr Breschnew! Wir wenden uns in vielleicht letzter Stunde an Sie mit der Bitte, diese Vorschläge ernsthaft zu erwägen. Wir sind überzeugt, daß keine westdeutsche Regierung weiterhin auf die Stationierung der neuen Nuklearwaffen der USA beharren kann, wenn die Regierung der Sowjetunion sich bereit erklärt, über einen derartigen Vorschlag zur Lösung der Spannungen in Europa zu verhandeln, *(und wenn sie überdies solche Verhandlungen erleichtert, indem sie auch ihrerseits darauf verzichtet, die jetzt schon vorhandene Mittelstreckenrüstung gegen Westeuropa noch weiter auszubauen.*

Angesichts der 20 Millionen Toten, die Ihr Land in dem von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg verloren hat, und angesichts der über 5 Millionen Toten, die unser Volk zu beklagen hatte, müssen Sicherheit und Sicherung des Friedens besonders für unsere beiden Völker das oberste Gebot der Politik sein.)

Mit dem Ausdruck der Hochachtung
Rober Havemann

„Ägypten – unsere Mutter, du bist ein Schiff, deine Bauern sind die Matrosen, am Steuer steht der Arbeiter, das Ruder hält der Handwerker"

Über die fehlende Trauer um Sadat, die Moslembruderschaft und den Dichter des ägyptischen Widerstands

chm. Als Nasser 1970 starb, folgten 6 Millionen Ägypter seinem Sarg. Unerheblich war die Zahl der geladenen Gäste – vom äthiopischen Kaiser Haile Selassie ist die Anekdote übrig geblieben, er, solch einen Massenandrang nicht gewohnt, sei beinahe in Ohnmacht gefallen und habe sich auf den sportlich-schönen französischen Premier Chaban-Delmas stützen müssen. Sadat wurde in der Wüstenvorstadt Madinet Nasr, genau dort, wo er auch ermordet worden ist, begraben. Der Sarg ist mit Hubschrauber aus dem Maadi-Militärkrankenhaus fast ins Grab geflogen worden. Geladene Gäste gab es viele, mehr noch ungeladene Sicherheitsbeamte. Akzeptiert man das Argument der ägyptischen Regierung, daß die Sicherheit dies erfordert habe, so vermißt man in anderen Teilen des Landes oder gar in anderen Teilen Kairos die große Trauer – mit Sicherheit wären die westlichen Korrespondenten gierig auf die Bilder von klagenden Frauen in schwarzen Gewändern gestürzt und Tagesschau und ZDF hätten damit nicht gespart. Nichts von alledem. Verabschiedet so die „ägyptische Familie" ihr Oberhaupt? Offensichtlich trauert „die ägyptische Familie" nicht.

Ägypten hat 43 Mio. Einwohner, von maximal 1½ Mio. kann man sagen, daß sie teilhaben am unermeßlichen Reichtum des Landes. Unter ihnen sind 3000 Millionäre, die allesamt ihre Millionen nach 1973 gemacht haben, also der Segnungen der Sadatschen „Öffnungspolitik" teilhaftig geworden sind. „Öffnungspolitik"? Der Sadatsche Euphemismus für die Verramschung Ägyptens an den US-Imperialismus – an Coca Cola, Seven up, Kentucky Fried Chicken, Wimpy, Hilton, Sheraton und wie sie alle heißen, die das schnelle Geld gesucht und mit Hilfe der „fetten Katzen" gefunden haben. An der Spitze der „fetten Katzen" – der 3000 Millionäre – stehen die drei Familien Sadat, Marei und Osman, fast schon eine Dynastie, da Sadat seine beiden Töchter an je einen Marei und einen Osman vergeben hat. Sadat ist zweifellos die größte Klette gewesen: Als Kampfgefährte Nassers, ein armer Fellachensohn aus dem Nildelta, ist er der reine Emporkömmling. Dafür hat er ganz schön gescheffelt, sich häuslich eingerichtet in allen ehemals königlichen Palästen. Die Einkleidungsreisen seiner Frau und drei Töchter nach Paris, London und New York sind berüchtigt. Extramaschinen der ägyptischen Luftwaffe transportierten sie hin und die Garderobe zurück. Jihan ist bekannt als „gute Geschäftsfrau", was heißt, sie kann hohe Kommissionen von den imperialistischen Konzernen rausschlagen und ist skrupellos, so z.B. als sie an den amerikanischen Hotelkonzern „Sheraton" das gesamte Areal um die Pyramiden von Gizeh verkaufen wollte, damit

schen „Öffnungspolitik" teilhaftig geworden sind. „Öffnungspolitik"? Der Sadatsche Euphemismus für die Verramschung Ägyptens an den US-Imperialismus – an Coca Cola, Seven up, Kentucky Fried Chicken, Wimpy, Hilton, Sheraton und wie sie alle heißen, die das schnelle Geld gesucht und mit Hilfe der „fetten Katzen" gefunden haben. An der Spitze der „fetten Katzen" – der 3000 Millionäre – stehen die drei Familien Sadat, Marei und Osman, fast schon eine Dynastie, da Sadat seine beiden Töchter an je einen Marei und einen Osman vergeben hat. Sadat ist zweifellos die größte Klette gewesen: Als Kampfgefährte Nassers, ein armer Fellachensohn aus dem Nildelta, ist er der reine Emporkömmling. Dafür hat er ganz schön gescheffelt, sich häuslich eingerichtet in allen ehemals königlichen Palästen. Die Einkleidungsreisen seiner Frau und drei Töchter nach Paris, London und New York sind berüchtigt. Extramaschinen der ägyptischen Luftwaffe transportierten sie hin und die Garderobe zurück. Jihan ist bekannt als „gute Geschäftsfrau", was heißt, sie kann hohe Kommissionen von den imperialistischen Konzernen rausschlagen und ist skrupellos, so z.B. als sie an den amerikanischen Hotelkonzern „Sheraton" das gesamte Areal um die Pyramiden von Gizeh verkaufen wollte, damit

dort ein touristisches Zentrum entsteht. Als es wegen der großen Proteste auch aus dem Ausland nicht klappte, ließ sie schnell eine Kommission zur Pflege der ägyptischen Altertümer errichten, deren Vorsitzende sie dann wurde, in der Hoffnung ...

Sayyed Marei, der auch erschossen worden ist, stellt den ägyptischen Großgrundbesitz dar. Er ist der größte Zitrusplantagenbesitzer Ägyptens und monopolisiert inzwischen die Geflügelzucht des Landes. Durch diverse Überschreibungen, testamentarische Verfügungen und ähnliche Tricks hat er Nassers Landreform von 1952, die den Landbesitz auf 100 Feddan beschränkte, glimpflich überstanden. Vor allem aber dadurch, daß er sich relativ früh sowohl als Landwirtschaftsminister als auch in anderen einflußreichen Positionen die Kontrolle über die Durchführung der Landreform sicherte. Jahrelang war er Generalsekretär von Nassers „Arabischer Sozialistischer Union"!

Und schließlich Osman Ahmad Osman, der zweite Schwiegervater – er ist leider noch sehr lebendig – Eigentümer von Arab Constructors, dem größten Bauunternehmen der arabischen Welt mit Zweigstellen vor allem in den Ölstaaten. Der kleine Lebensmittelhändlersohn, der das große Geld gemacht hat, Ägyptens Rockefellerlegende wurde mit ihm geboren. Er mußte als stellvertretender Ministerpräsident im Mai zurücktreten, als er in seiner Autobiographie Nasser der Korruption bezichtigt hat. Damals mußte auch Frau Sadat eine öffentliche Erklärung im Fernsehen ableisten, daß sie keine Beteiligungen an Arab Constructors habe. 55000 Arbeiter beschäftigt Osman allein in Ägypten, viele von ihnen müssen sicher mit einem Jahresdurchschnittslohn von 381 LE (=1143 DM), wie er im Baugewerbe üblich ist, auskommen. (In der Landwirtschaft, wo 40% der arbeitenden Bevölkerung tätig sind, ist der Jahresdurchschnitttslohn 108 LE = 324 DM!)

Die Herrschaft der „fetten Katzen" in Ägypten hat das Land vollends ruiniert. Der früher noch schleichende Zersetzungsprozeß auf allen Ebenen der Gesellschaft und des öffentlichen Lebens galoppiert – die Städte zerfallen unter der Last der Landflucht. Die Menschen wohnen in den Gräbern, in den Moscheen, auf den Straßen, derweil Luxuswohnungen für Monatsmieten bis zu 10000 Pfund gebaut werden. Die Investitionen im Gesundheitswesen haben fast gänzlich aufgehört, die öffentlichen Kliniken verfallen und werden nicht mehr gepflegt. Das gleiche gilt für die Schulen. Dafür werden Luxuskrankenhäuser gebaut, hochspezialisiert vor allem für Kunden aus den arabischen Ölstaaten. Die Arztgebühren sind so hoch, daß sie kein normaler Mensch bezahlen kann. (Eine Untersuchung beim praktischen Arzt kostet mindestens 5 Pfund, für manche Familien die Hälfte eines Monatseinkommens. Das ohne Medikamente, die natürlich voll bezahlt werden müssen.)

Die Landflucht ist nicht nur Ergebnis der „Verlockungen" der Lohnarbeit, sie ist Ergebnis der Bodenspekulation, der Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion auf „Agrobusiness", den Abbau der Anbauflächen für die traditionellen Produkte Baumwolle und Getreide. Inzwischen steht Ägypten an der Spitze der getreideimportierenden Länder: Seit 1976 muß es 75% seines Bedarfs einführen, und insgesamt 50% des Nahrungsmittelbedarfs. Und trotzdem: 30% der Bevölkerung lebt unter dem Existenzminimum – nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds.

Lange Jahre haben Sadat und die herrschende „Lumpenbourgeoisie", wie ägyptische Genossen zurecht sagen, alle Übel auf Nasser, auf die Sowjetunion, auf die Araber, auf die Palästinenser abgewälzt. Nur der Frieden und die USA können den Wohlstand bringen. Die USA stehen mit ihrem Kapital und mit ihren Soldaten im Land, Israel hat ein Separatabkommen mit Ägypten, das ihm ein Stück Sinai überläßt, die Kontrolle über die strategischen Teile des Sinai jedoch den amerikanischen Abhöranlagen übergibt. Nicht nur hat das an der Armut der Armen und dem Reichtum der Reichen nichts geändert, es hat beides vergrößert, die Armen dazu getrieben, das Land zu verlassen – über 4 Mio. Ägypter leben im Ausland, allein im Irak sind eine Mio. Bauern! Über 2 Mio., vor allem Facharbeiter, sind in den arabischen Ölstaaten und in Libyen. Sie werden mit allen Mitteln vom Staat zur Auswanderung getrieben, damit sie Devisen schicken können. Im Land selbst fehlen sie an allen Ecken. Ägypten hat keinen Grund, um Sadat zu trauern. Die Ägypter im Exil haben sich schweren Herzens beglückwünscht, daß die Symbolfigur für die nationale Demütigung, die sie jahrelang verspürt haben, verschwunden ist. Und weil eine Dynastie immer durch den Tod ihres Oberhauptes geschwächt wird. Die vorhandene Trauer ist durch die Erkenntnis bedingt, daß die in Ägypten notwendige Umwälzung mit Sicherheit nicht von den Moslembrüdern kommen kann. Eine andere organisierte politische Kraft mit einer Basis unter den Bauern, Arbeitern und der städtischen Intelligenz ist nicht vorhanden. Auch nicht in der Armee. Sadat ist darauf bedacht gewesen, gerade im Offizierskorps die Offiziere zu fördern, die den Moslembrüdern nahestehen.

den Moscheen, auf den Straßen, derweil Luxuswohnungen für Monatsmieten bis zu 10000 Pfund gebaut werden. Die Investitionen im Gesundheitswesen haben fast gänzlich aufgehört, die öffentlichen Kliniken verfallen und werden nicht mehr gepflegt. Das gleiche gilt für die Schulen. Dafür werden Luxuskrankenhäuser gebaut, hochspezialisiert vor allem für Kunden aus den arabischen Ölstaaten. Die Arztgebühren sind so hoch, daß sie kein normaler Mensch bezahlen kann. (Eine Untersuchung beim praktischen Arzt kostet mindestens 5 Pfund, für manche Familien die Hälfte eines Monatseinkommens. Das ohne Medikamente, die natürlich voll bezahlt werden müssen.)

Die Landflucht ist nicht nur Ergebnis der „Verlockungen" der Lohnarbeit, sie ist Ergebnis der Bodenspekulation, der Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion auf „Agrobusiness", den Abbau der Anbauflächen für die traditionellen Produkte Baumwolle und Getreide. Inzwischen steht Ägypten an der Spitze der getreideimportierenden Länder: Seit 1976 muß es 75% seines Bedarfs einführen, und insgesamt 50% des Nahrungsmittelbedarfs. Und trotzdem: 30% der Bevölkerung lebt unter dem Existenzmini-

der Armen und dem Reichtum der Reichen nichts geändert, es hat beides vergrößert, die Armen dazu getrieben, das Land zu verlassen – über 4 Mio. Ägypter leben im Ausland, allein im Irak sind eine Mio. Bauern! Über 2 Mio., vor allem Facharbeiter, sind in den arabischen Ölstaaten und in Libyen. Sie werden mit allen Mitteln vom Staat zur Auswanderung getrieben, damit sie Devisen schicken können. Im Land selbst fehlen sie an allen Ecken. Ägypten hat keinen Grund, um Sadat zu trauern. Die Ägypter im Exil haben sich schweren Herzens beglückwünscht, daß die Symbolfigur für die nationale Demütigung, die sie jahrelang verspürt haben, verschwunden ist. Und weil eine Dynastie immer durch den Tod ihres Oberhauptes geschwächt wird. Die vorhandene Trauer ist durch die Erkenntnis bedingt, daß die in Ägypten notwendige Umwälzung mit Sicherheit nicht von den Moslembrüdern kommen kann. Eine andere organisierte politische Kraft mit einer Basis unter den Bauern, Arbeitern und der städtischen Intelligenz ist nicht vorhanden. Auch nicht in der Armee. Sadat ist darauf bedacht gewesen, gerade im Offizierskorps die Offiziere zu fördern, die den Moslembrüdern nahestehen.

„Ein Schrei der Ausgehungerten"

Ahmad Fuad Negm, Dichter, Sänger und Patriot, ist seit dem 19. Mai in einem ägyptischen Gefängnis verschwunden. Keiner weiß wo. Vor seiner Verhaftung am 29. April konnte er einen Aufruf ins Ausland schmuggeln. Negms Gedichte, die von dem blinden Scheikh Imam und Negms Frau Azza in Begleitung des Tablaspielers Mohamed Ali gesungen werden, sind die Lyrik des Widerstands in Ägypten von 1968 bis heute. In den Aufständen vom Januar 1977 haben sie die Demonstrationen der Arbeiter und Studenten begleitet.

Zum ersten Mal in der Geschichte Ägyptens und der Welt wird ein Dichter unter der Anklage ‚Gedichte geschrieben' vor ein Militärgericht gestellt ...

In Ägypten ist es so, daß diejenigen, die die Informationsmittel und Medien kontrollieren, nichts anderes tun, als Sadats Meinung, Begins Meinung oder die Meinung der amerikanischen Administration auszudrücken. Wenn man heute fernsieht, dann findet man zwischen zwei amerikanischen Sendungen eine dritte, auch amerikanische Sendung.

... In der westlichen Presse wird viel hergemacht vom Liberalismus und der ‚Öffnung' des ägyptischen Regimes in ökonomischen Fragen. Die ‚Öffnung' (infitah) existiert wirklich: eine Klasse profitiert stark von ihrem Segen. Vor 1952 hatten wir drei Millionäre; der reichste unter ihnen, Ahmad Abbud Pascha, besaß 8 Mio. Ägyptische Pfund (LE). Heute besitzt der ärmste unter dieser Clique 500 Mio.

Diese ‚Öffnung' hat die Lebensbedingungen des ägyptischen Volkes verändert. Sie hat aus ihm ein Volk von Philosophen, von Vegetariern gemacht, die keinerlei Beziehung zu Fleisch, ja nicht einmal mehr zu Eiern haben ... Stellt Euch einen Mann mit vier Kindern vor – ich bin unrealistisch, der Taxichauffeur, der mich letzthin fuhr, hatte acht, die alle in einem Zimmer schlafen. Er hat mir erzählt, er sei nur nachmittags Taxifahrer. Vormittags ist er Verkehrspolizist. Dieser Mensch, der 12 Pfund monatlich verdient – wahrhaftig ein König! – kann mit diesen 12 Pfund nicht einmal das Frühstück für seine Familie sichern. Ein Ei kostet 9 Piaster, ein Glas Tee 2 Piaster, ein Fladenbrot 1 Piaster, macht für jeden 12 Piaster. 12 × 8 = 96 + 24 Piaster für ihn und seine Frau, ergibt insgesamt 1,20 Pfund nur für das Frühstück ...

Ihr könnt eure Schlösser auf unsren Feldern bauen
Mit unserem Schweiß und unserer Hände Arbeit
Ihr könnt Nachtclubs neben die Fabriken setzen
Und Gefängnisse anstelle der Gärten
Ihr könnt eure Hunde in den Straßen loslassen
Eure Zuchthäuser um uns herum errichten
Ihr könnt uns den Schlaf rauben
Wir haben genug geschlafen
Ihr könnt uns mit Leid überschütten
Wir sind ans Ende unserer Leiden gelangt
Wir wissen jetzt, wer die Wunden schlägt
Wir sind bewußt und einig
Arbeiter, Bauern und Studenten
Unsere Stunde ist gekommen und wir marschieren
Kein Zurück



Sadat als Beisitzer bei den Prozessen gegen die Moslembrüder 1954

Die Heilige Bruderschaft

Die Moslembruderschaft wurde 1928 von Hassan el-Banna, einem Volksschullehrer und Sohn eines Uhrmachers aus Ismailia, am Suezkanal, gegründet. Vorbild des Gründers waren nach eigenen Aussagen die NSDAP und Mussolinis Grünhemden. Hassan el-Banna strebte eine Rückkehr zu den Prinzipien des Urislam an, um den Zustand der Rückständigkeit und der Unterjochung durch den britischen Kolonialismus, in dem sich Ägypten befand, zu überwinden.

Im Inneren entwirft Hassan el-Banna ein reaktionäres Programm, das den Großgrundbesitz erhalten und die Industrie auf der Stufe des Handwerks und des Kleinbetriebes aufrechterhalten will. Er tritt gegen die Laizisierung des Schulwesens auf, fordert das Verbot der Schulpflicht für Mädchen und polemisiert gegen die Berufstätigkeit der Frau.

Die Bruderschaft ist in Zellen organisiert, ein Teil der Mitglieder erhält eine militärische Ausbildung, wobei die Selbstmordkommandos, wie der Trupp, der Sadat umgebracht hat, eine Sonderausbildung erhalten.

Von Anfang an stellte sich die Bruderschaft gegen alle fortschrittlichen Kräfte in der Gesellschaft. Die Kommunisten – 1920 wurde die erste ägyptische KP in Alexandrien gegründet – sind die Zielscheibe ihrer Meuchelmörder, aber auch bürgerliche Politiker, die sich ihren Zielen offen widersetzen. So ermordeten die Moslembrüder den Ministerpräsidenten Ali Maher im Jahre 1945, weil er auf Druck Großbritanniens den Achsenmächten den Krieg erklärt hatte. Als sein Nachfolger Nokraschi die Bruderschaft auflöst, wird er auch umgebracht. Ein Jahr später wird Hassan el-Banna vom Geheim-

land, zu überwinden.

Im Inneren entwirft Hassan el-Banna ein reaktionäres Programm, das den Großgrundbesitz erhalten und die Industrie auf der Stufe des Handwerks und des Kleinbetriebes aufrechterhalten will. Er tritt gegen die Laizisierung des Schulwesens auf, fordert das Verbot der Schulpflicht für Mädchen und polemisiert gegen die Berufstätigkeit der Frau.

Die Bruderschaft ist in Zellen organisiert, ein Teil der Mitglieder erhält eine militärische Ausbildung, wobei die Selbstmordkommandos, wie der Trupp, der Sadat umgebracht hat, eine Sonderausbildung erhalten.

Von Anfang an stellte sich die Bruderschaft gegen alle fortschrittlichen Kräfte in der Gesellschaft. Die Kommunisten – 1920 wurde die erste ägyptische KP in Alexandrien gegründet – sind die Zielscheibe ihrer Meuchelmörder, aber auch bürgerliche Politiker, die sich ihren Zielen offen widersetzen. So ermordeten die Moslembrüder den Ministerpräsidenten Ali Maher im Jahre 1945, weil er auf Druck Großbritanniens den Achsenmächten den Krieg erklärt hatte. Als sein Nachfolger Nokraschi die Bruderschaft auflöst, wird er auch umgebracht. Ein Jahr später wird Hassan el-Banna vom Geheim-

dienst umgelegt. Ein Jahr zuvor hatte die Bruderschaft eigene Einheiten in den ersten arabisch-israelischen Krieg geschickt, die sich auch tapfer geschlagen haben. An dem Guerillakrieg, der seit 1951 gegen die britischen Truppen in der Kanalzone tobt, nehmen sie auch teil. Innenpolitisch setzen die Moslembrüder ihre Angriffe gegen die korrupte Königsfamilie und ihren Anhang an Kompradoren und Politikern fort. Der Putsch der Freien Offiziere vom 23. Juli 1952 paßt ihnen aber auch nicht. In seiner „Philosophie der Revolution" betont Nasser die Zugehörigkeit Ägyptens zur arabischen Nation und zum afrikanischen Kontinent. Daß es Teil des islamischen Kulturkreises ist, rangiert bei ihm an letzter Stelle. Als die Freien Offiziere alle Parteien verbieten, darunter auch die Bruderschaft, versucht im Jahre 1954 ein Mitglied der Organisation, Nasser bei einer öffentlichen Versammlung in Alexandrien zu erschießen. Das setzt eine Verfolgungswelle gegen die Bruderschaft in Gang, die erst Mitte der 60er Jahre abebbt, als Nasser Verbindungen mit der Bruderschaft knüpft, um dem wachsenden Einfluß der linken Kräfte zu begegnen. Die Bruderschaft wird neu zugelassen, sie kann auch eigene Publikationsorgane unterhalten. Mit finanzieller Unterstützung Saudi-Arabiens, Nassers eigentlicher Kontrahent im damaligen Jemenkrieg (1966), kann sie auch ihre Reihen ordnen und ihr Waffenarsenal neu aufbauen. Prompt entdeckt Nasser, sinnigerweise auf Staatsbesuch in der Sowjetunion, „eine islamische Verschwörung" und setzt an zu einer gründlichen Hetzjagd gegen die Moslembrüder.

Als Sadat Nassers Nachfolge 1970 antritt und mit der Säuberung des Staatsapparates von den Linken beginnt, die sich durch die materielle und ideologische Abhängigkeit von der SU und das Stillschweigen über die undemokratischen Verbrechen Nassers in den Augen des Volkes diskreditiert hatten, entsinnt er sich wieder der Bruderschaft. Bis zum 3.9.1981, als er ihre Führungskader verhaften läßt, können sie ungehindert gewähren – Propaganda treiben in ihren Zeitschriften und Zeitungen, ihre Organisation aufbauen, sich bewaffnen. In den Armenvierteln baut die Bruderschaft um die Moscheen herum Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gesundheitszentren, Koranschulen auf, in denen man zwar den Koran paukt, aber auch lesen, schreiben und rechnen lernt.

Vor allem die Studentenorganisationen, die Islamischen Gesellschaften, die sich selbst als der militantere Flügel der Bruderschaft verstehen, gewinnen an Einfluß an den Universitäten, da die Zerschlagung der linken Organisationen, die praktisch nie endenden Verhaftungswellen der linken und fortschrittlichen Kader, ihre Auswanderung unter dem Druck der Berufsverbote und des Entzugs der Staatsstipendien, ihnen Tür und Tor öffnen. Mit den umfangreichen finanziellen Mitteln der Bruderschaft sind die islamischen Studentenorganisationen in der Lage, bedürftigen Studenten mit Stipendien zu helfen, ihnen Lernmittel und Wohnungen zur Verfügung zu stellen und Transportmittel, falls sie nicht in der Nähe des Studienortes wohnen.

Die Zahl der Mitglieder und Sympathisanten der Bruderschaft und der ihr nahestehenden Organisationen, darunter auch al-takfir wal higra, die nur aus

ganda treiben in ihren Zeitschriften und Zeitungen, ihre Organisation aufbauen, sich bewaffnen. In den Armenvierteln baut die Bruderschaft um die Moscheen herum Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gesundheitszentren, Koranschulen auf, in denen man zwar den Koran paukt, aber auch lesen, schreiben und rechnen lernt.

Vor allem die Studentenorganisationen, die Islamischen Gesellschaften, die sich selbst als der militantere Flügel der Bruderschaft verstehen, gewinnen an Einfluß an den Universitäten, da die Zerschlagung der linken Organisationen, die praktisch nie endenden Verhaftungswellen der linken und fortschrittlichen Kader, ihre Auswanderung unter dem Druck der Berufsverbote und des Entzugs der Staatsstipendien, ihnen Tür und Tor öffnen. Mit den umfangreichen finanziellen Mitteln der Bruderschaft sind die islamischen Studentenorganisationen in der Lage, bedürftigen Studenten mit Stipendien zu helfen, ihnen Lernmittel und Wohnungen zur Verfügung zu stellen und Transportmittel, falls sie nicht in der Nähe des Studienortes wohnen.

Die Zahl der Mitglieder und Sympathisanten der Bruderschaft und der ihr nahestehenden Organisationen, darunter auch al-takfir wal higra, die nur aus

Selbstmordeinheiten besteht, wird auf ca. 500000 geschätzt, vor allem über die Universitäten und die 40000 in Privatbesitz befindlichen Moscheen zusammengefaßt. Sie sind – durch Sadats Politik des nationalen Ausverkaufs nach außen und der scharfen Unterdrückung aller demokratischen und bürgerlich-nationalen Kräfte nach innen – die einzige relevante organisierte politische Kraft mit einer Massenbasis, die öffentlich gegen die Politik der Kollaboration mit Israel aufgetreten ist. Ihre Propaganda gegen die Camp David-Verträge war allerdings immer zugleich eine Hetze gegen „die Juden" und die mit ihnen kollaborierenden „Christen", nicht gegen Imperialismus und Zionismus.

Ein anderer und sehr populärer Schwerpunkt ihrer ideologischen Arbeit sind die Angriffe gegen das Luxusleben der sogenannten „Fetten Katzen", der hauchdünnen Schicht von Profiteuren, in deren Zentrum Sadat und seine Familie stehen. Diese Angriffe wurzeln in egalitären Vorstellungen, die die Moslembrüder im Islam zu finden glauben. Allerdings ist die Reichweite dieser Vorstellungen sehr kurz, wie das in den Aussagen eines ihrer studentischen Mitglieder zum Ausdruck kommt: „Die Muslime sind nur vor Gott gleich. Es hat immer Arme und Reiche gegeben. Das ist Gottes Wille. Alles andere bedeutet, daß die Moslems Theorien, Ideen, Kleider und Sitten aus den kapitalistischen oder den kommunistischen Ländern übernehmen. Der Islam verlangt von uns zu allererst, dagegen (d.h. gegen diese Übernahmen) zu kämpfen. Was die anderen Fragen betrifft, so reicht es, den Koran wörtlich anzuwenden."

„Die Izquierda Unida – Vereinigte Linke – steht für die Zukunft Perus"



cof. Am 28. Juli 1980, dem 159. Jahrestag der Unabhängigkeit Perus von Spanien, löste die Regierung Belaúnde Terry die 12 Jahre herrschende Militärdiktatur ab. Der Wahlerfolg Belaúndes, den die nationalistischen Militärs um General Velasco im Herbst 1968 aus dem Bett geholt und ins Exil in die USA geschickt hatten, war nicht erwartet worden. 43% der Peruaner hatten den Versprechungen der populistischen Accion Popular (Volksaktion) – Wiedereinstellung aller aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen Entlassenen, Erhöhung der Löhne, Anerkennung der Lehrergewerkschaft, die zweimal an der Spitze des Generalstreiks gestanden hatte, und ihrer Forderungen zum Bildungssystem, 1 Million Arbeitsplätze – mehr Vertrauen geschenkt als der innerlich zerrissenen kleinbürgerlich-sozialdemokratischen bis reaktionären APRA (Revolutionäre amerikanische Volksallianz), die gute Beziehungen zum Militär unterhielt, und der Linken. Zusammen hatten es die 7 linken Listen zwar auf ¼ der Stimmen gebracht; aufgrund des Mehrheitswahlrechts erhielten sie aber weniger als 10% der Sitze im Parlament. Mit 3,7% auf nationaler Ebene und Erfolgen von bis zu 30% in einigen Departements erzielte UNIR, ein Bündnis der Kommunistischen Partei Perus/Patria Roja (Rotes Vaterland) und der PCR (Revolutionäre Kommunistische Partei) noch das beste Ergebnis gegenüber den Trotzkisten Hugo Blancos (3,5%) und der revisionistischen „linken Einheit", die von über 12% bei der Wahl zur verfassunggebenden Versammlung von 1978 auf 2,8% abgerutscht war – hauptsächlich, weil sie, wie die Peruanische Kommunistische Partei PCP heute selber zugibt, auch nach dem Bankrott der nationalbürgerlichen Reformen Velascos den reaktionären Kurs der zweiten Militärdiktatur unter dem IWF-Diktat nicht begriffen und z.B. den Kampf der indianischen Bauern gegen die staatlichen Kooperativen nicht unterstützt hatte (vgl. KVZ 2/80, S. 14/15). Gerade die Landbesetzungen aber hatten neben den Kämpfen der Arbeiter gegen ihre immer elenderen Lebensbedingungen die Militärregierung zum Abdanken gezwungen.

Die linken und revolutionären Kräfte haben aus der – vermeidbaren – Niederlage vom Mai 1980 gelernt: Parteien, Gewerkschaften und Dorfgemeinschaften gründen eine linke Tageszeitung (Diario), mit einer Auflage von an die 100000 heute die drittstärkste Zeitung Perus. Im September 1980 entsteht ein Bündnis, die „Izquierda Unida" (IU-Vereinigte Linke), das alle linken Gruppen – nur die Trotzkisten verweigern sich – auf einer Plattform für die Kommunalwahlen im November vereint.

Obwohl die Regierung Belaúnde zunächst einige ihrer Versprechungen zu

von über 12% bei der Wahl zur verfassunggebenden Versammlung von 1978 auf 2,8% abgerutscht war – hauptsächlich, weil sie, wie die Peruanische Kommunistische Partei PCP heute selber zugibt, auch nach dem Bankrott der nationalbürgerlichen Reformen Velascos den reaktionären Kurs der zweiten Militärdiktatur unter dem IWF-Diktat nicht begriffen und z.B. den Kampf der indianischen Bauern gegen die staatlichen Kooperativen nicht unterstützt hatte (vgl. KVZ 2/80, S. 14/15). Gerade die Landbesetzungen aber hatten neben den Kämpfen der Arbeiter gegen ihre immer elenderen Lebensbedingungen die Militärregierung zum Abdanken gezwungen.

Die linken und revolutionären Kräfte haben aus der – vermeidbaren – Niederlage vom Mai 1980 gelernt: Parteien, Gewerkschaften und Dorfgemeinschaften gründen eine linke Tageszeitung (Diario), mit einer Auflage von an die 100000 heute die drittstärkste Zeitung Perus. Im September 1980 entsteht ein Bündnis, die „Izquierda Unida" (IU-Vereinigte Linke), das alle linken Gruppen – nur die Trotzkisten verweigern sich – auf einer Plattform für die Kommunalwahlen im November vereint.

Obwohl die Regierung Belaúnde zunächst einige ihrer Versprechungen zu

erfüllen schien (Erhöhung des Mindestlohns, Ausdehnung der Beschäftigung im Bausektor) und so unpopuläre Maßnahmen wie die Streichung der Lebensmittelsubventionen bis zum Winter zurückstellte, stimmten im November 1,2 Millionen (rd. 30%) für die Izquierda Unida, während die Partei Balaúndes 8% verlor und die APRA innerhalb von 2 Jahren von 35 auf 17% zurückfiel. Im Stadtrat von Lima ist die IU zweitstärkste Fraktion, in einigen Städten im Süden stellt sie den Bürgermeister, in der zweitgrößten Stadt Perus, in Arequipa, regiert José Villalobos (Patria Roja).

Wie stark ist dieses Bündnis? Verkörpert es eine Einheitsfront gegen eine Regierung, die Peru den Imperialisten mehr und mehr öffnet? Wir hatten kürzlich Gelegenheit, mit José Cornejo, Mitglied der Kommission für internationale Beziehungen der PCR, über dieses und andere Probleme der Revolution in Lateinamerika zu sprechen. Genosse Cornejo berichtet:

Über Lateinamerika und die Supermächte: Die PCR versucht, ihre internationale Position ausgehend von der besonderen Lage in Lateinamerika zu klären. Sie geht heute nicht mehr von



gung im Bausektor) und so unpopuläre Maßnahmen wie die Streichung der Lebensmittelsubventionen bis zum Winter zurückstellte, stimmten im November 1,2 Millionen (rd. 30%) für die Izquierda Unida, während die Partei Balaúndes 8% verlor und die APRA innerhalb von 2 Jahren von 35 auf 17% zurückfiel. Im Stadtrat von Lima ist die IU zweitstärkste Fraktion, in einigen Städten im Süden stellt sie den Bürgermeister, in der zweitgrößten Stadt Perus, in Arequipa, regiert José Villalobos (Patria Roja).

Wie stark ist dieses Bündnis? Verkörpert es eine Einheitsfront gegen eine Regierung, die Peru den Imperialisten mehr und mehr öffnet? Wir hatten kürzlich Gelegenheit, mit José Cornejo, Mitglied der Kommission für internationale Beziehungen der PCR, über dieses und andere Probleme der Revolution in Lateinamerika zu sprechen. Genosse Cornejo berichtet:

Über Lateinamerika und die Supermächte: Die PCR versucht, ihre internationale Position ausgehend von der besonderen Lage in Lateinamerika zu klären. Sie geht heute nicht mehr von

einer blinden Übernahme der Drei-Welten-Theorie aus, die als Linie der KP Chinas, aber nicht als „verbindliche" internationale Richtlinie anerkannt wird. Der Hauptfeind der Völker Lateinamerikas sind die USA, die immer noch gestützt auf die Monroe-Doktrin von 1823 die formell unabhängigen Staaten Süd- und Mittelamerikas zu beherrschen suchen. Die Rolle der USA als vorherrschende imperialistische Macht ist unmittelbar an die Kontrolle über Lateinamerika gebunden. Gegen die Vorherrschaft der USA hat sich seit den 20er Jahren eine antiimperialistische Bewegung unter der Kleinbourgeoisie der Städte herausgebildet, in der die Arbeiter wenig Einfluß hatten. Gerade an dieser Bewegung setzt heute der Einfluß der Sowjetunion, vermittelt über Kuba, an – und natürlich an der Schwäche der unabhängigen marxistisch-leninistischen Bewegung. So gelang es Kuba, durch 15jährige Unterstützung der traditionellen kommunistischen Parteien in Guatemala, El Salvador und Nicaragua eine Verschmelzung mit kleinbürgerlichen „Castristen" zustandezubringen und zugleich Verbindungen zu bürgerlichen Kräften herzustellen, was jedoch nicht

KP Chinas, aber nicht als „verbindliche" internationale Richtlinie anerkannt wird. Der Hauptfeind der Völker Lateinamerikas sind die USA, die immer noch gestützt auf die Monroe-Doktrin von 1823 die formell unabhängigen Staaten Süd- und Mittelamerikas zu beherrschen suchen. Die Rolle der USA als vorherrschende imperialistische Macht ist unmittelbar an die Kontrolle über Lateinamerika gebunden. Gegen die Vorherrschaft der USA hat sich seit den 20er Jahren eine antiimperialistische Bewegung unter der Kleinbourgeoisie der Städte herausgebildet, in der die Arbeiter wenig Einfluß hatten. Gerade an dieser Bewegung setzt heute der Einfluß der Sowjetunion, vermittelt über Kuba, an – und natürlich an der Schwäche der unabhängigen marxistisch-leninistischen Bewegung. So gelang es Kuba, durch 15jährige Unterstützung der traditionellen kommunistischen Parteien in Guatemala, El Salvador und Nicaragua eine Verschmelzung mit kleinbürgerlichen „Castristen" zustandezubringen und zugleich Verbindungen zu bürgerlichen Kräften herzustellen, was jedoch nicht

unmittelbar eine Identifizierung der KPs mit dem Kurs Kubas bedeutet.

Über die Chancen einer Einheitsfront mit den Revisionisten: Die alte Kritik am Revisionismus (sie propagieren den friedlichen Weg, wir sehen die Möglichkeit der Befreiung im bewaffneten Aufstand) zieht heute nicht mehr. Die Revisionisten gehen inzwischen nicht nur den friedlichen Weg in Bündnissen mit linken und kleinbürgerlichen Kräften wie in Chile oder Guatemala – in El Salvador traten sie zum ersten Mal in eine anders kämpfende Vereinigung von Revolutionären ein. Der breite Einfluß der Sowjetunion ist allerdings eine Tatsache. Unsere Aufgabe besteht aber gerade darin, *in* der antiimperialistischen Bewegung um die Führung der unabhängigen Kräfte zu kämpfen. Der Dogmatismus vieler ml-Gruppen in Lateinamerika kann dem nur schaden, und das Sektiererum ist für den geringen Einfluß der Revolutionäre mit verantwortlich. Solange die USA der Hauptfeind sind, müssen die Marxisten-Leninisten zusammen mit den Revolutionären anderer Parteien ein taktisches Bündnis auch mit den sowjetfreundlichen Kräften suchen. Dabei ist die Verteidigung einer blockfreien Politik das Wichtigste, nicht die Spaltung über die Einschätzung der Sowjetunion und Kubas als sozialistisch oder nicht. Wir müssen die Mehrheit der antiimperialistischen Kräfte vereinen und dort die Mehrheit für eine Blockfreiheit gewinnen, ohne in die Hände der Sowjetunion zu fallen.

Über das Verhältnis zur Sozialistischen Internationalen und den eurokommunistischen Parteien: Wir verfolgen eine Außenpolitik der Allianz mit allen Kräften, die der US-Infiltration entgegentreten, also auch mit den genannten Parteien. Wir studieren die Frage des „Übergangs", und wir müssen von den Tatsachen ausgehen: In Brasilien entwickelt sich eine demokratische Bewegung, die Militärregierung in Argentinien steckt in Schwierigkeiten, in Ecuador ist die Linke schwach, in Kolumbien haben sich die Revisionisten in den Wahlen als stärker als die Marxisten-Leninisten erwiesen, in Chile ist die PC die stärkste Partei in der Linken. Wir müssen zu allen antiimperialistischen Kräften Verbindungen suchen, solange man die revolutionären Parteien in Lateinamerika mit der Lupe suchen muß.

Über die Perspektive der Izquierda Unida in Peru: Eine Überschätzung der Linken in Peru ist ganz unangebracht, trotz des Erfolgs bei den Kommunalwahlen. Bislang fehlt die programmatische Einheit für eine wirklich politische Front. Der Grenzkonflikt mit Ecuador (der selbst den Diario von einem „Waffenstillstand in sozialen Fragen" sprechen ließ, Red.) spaltete die Linke, und die Revisionisten erholen sich von ihrer Wahlniederlage (sie beherrschen den größten Gewerkschaftsverband CGTP, der inzwischen

nistischen Parteien: Wir verfolgen eine Außenpolitik der Allianz mit allen Kräften, die der US-Infiltration entgegentreten, also auch mit den genannten Parteien. Wir studieren die Frage des „Übergangs", und wir müssen von den Tatsachen ausgehen: In Brasilien entwickelt sich eine demokratische Bewegung, die Militärregierung in Argentinien steckt in Schwierigkeiten, in Ecuador ist die Linke schwach, in Kolumbien haben sich die Revisionisten in den Wahlen als stärker als die Marxisten-Leninisten erwiesen, in Chile ist die PC die stärkste Partei in der Linken. Wir müssen zu allen antiimperialistischen Kräften Verbindungen suchen, solange man die revolutionären Parteien in Lateinamerika mit der Lupe suchen muß.

Über die Perspektive der Izquierda Unida in Peru: Eine Überschätzung der Linken in Peru ist ganz unangebracht, trotz des Erfolgs bei den Kommunalwahlen. Bislang fehlt die programmatische Einheit für eine wirklich politische Front. Der Grenzkonflikt mit Ecuador (der selbst den Diario von einem „Waffenstillstand in sozialen Fragen" sprechen ließ, Red.) spaltete die Linke, und die Revisionisten erholen sich von ihrer Wahlniederlage (sie beherrschen den größten Gewerkschaftsverband CGTP, der inzwischen

zwar die starke unabhängige Lehrergewerkschaft SUTEP, nicht aber so bedeutende Organisationen wie die Bergarbeitergewerkschaft und die beiden Bauernorganisationen aufgenommen hat, Red.). Die PCP setzt auf Verhandlungen mit der Regierung und möchte gern als Sprecher der Arbeiterklasse auftreten. Ihre Organisation und ihre finanziellen Mittel sowie die Beherrschung der Gewerkschaftsbewegung lassen sie hoffen, und die Reagan-Politik gibt ihr Auftrieb. Innerhalb der IU herrscht jetzt eine Patt-Situation zwischen Revisionisten und unabhängigen Kräften.

Wenn wir, die PCR, heute anstreben, daß sich die IU zu einer Regierungsalternative entwickelt im Sinne einer Linksregierung, die sich auf die wirklich demokratischen Organe der Massen stützt, die sich gegenwärtig unter Ausnutzung der bürgerlichen Demokratie auf allen Ebenen herausbilden, werden wir von anderen Linken oft als Reformisten oder Eurokommunisten verurteilt. Das Problem ist, daß man heute leichter mit den Revisionisten eine Einheit gegen Belaúnde herstellen kann als mit den anderen linken Gruppen. Was wir wollen, ist ein Bündnis in der Tradition Mariáteguis (der 1928 die kommunistische Partei gegründet hat und einen peruanischen Weg zum Sozialismus unter Berücksichtigung der indianischen Nationalitäten und ihrer sozialen Lage vertrat, vgl. KVZ 2/80), das den Einfluß der Revisionisten in der IU schwächen könnte. Die Kräfte dieses Bündnisses könnten sein: Patria Roja, die größte ml-Partei, doppelt so stark wie wir, die aber dogmatisch verkrustet uns am schärfsten der Begünstigung des Revisionismus bezichtigt und sich selber um Klärung drückt – seit 1972 hat sie keinen Parteitag abgehalten – und die Bedeutung des Kampfs um Demokratie nicht begreift, dann die UDP, ein Bündnis des MIR in der Tradition Castros und Che Guevaras und der Revolutionären Avantgarde, die in den 60er Jahren als Guerilla-Organisation auf dem Land hervortrat und heute noch Einfluß unter den Bauern hat, und die PCR. Daneben sind auch Teile der PSR, der kleinbürgerlichen Anhänger Velascos, durchaus diskussionsbereit über eine Mariáteguistische Organisation. Vor allem kommt es darauf an, das Mißverhältnis zwischen unseren Wählerstimmen und der Stärke der linken Organisationen auszugleichen. In den Gewerkschaften zeichnet sich eine Tendenz der Abstumpfung bzw. des Willens zu Verhandlungen ab. Man will die erreichten Positionen lieber halten als noch mehr durch Streiks zu riskieren, was auch damit zusammenhängt, daß die Regierung an starke Belegschaften teilweise Zugeständnisse macht. Die Demokratie erscheint uns im Moment relativ stabil, was die Entwicklungsfähigkeit der Linken erleichtert. Unsere Stärke muß sich allerdings bei den Kommunalwahlen in zwei Jah-

ml-Partei, doppelt so stark wie wir, die aber dogmatisch verkrustet uns am schärfsten der Begünstigung des Revisionismus bezichtigt und sich selber um Klärung drückt – seit 1972 hat sie keinen Parteitag abgehalten – und die Bedeutung des Kampfs um Demokratie nicht begreift, dann die UDP, ein Bündnis des MIR in der Tradition Castros und Che Guevaras und der Revolutionären Avantgarde, die in den 60er Jahren als Guerilla-Organisation auf dem Land hervortrat und heute noch Einfluß unter den Bauern hat, und die PCR. Daneben sind auch Teile der PSR, der kleinbürgerlichen Anhänger Velascos, durchaus diskussionsbereit über eine Mariáteguistische Organisation. Vor allem kommt es darauf an, das Mißverhältnis zwischen unseren Wählerstimmen und der Stärke der linken Organisationen auszugleichen. In den Gewerkschaften zeichnet sich eine Tendenz der Abstumpfung bzw. des Willens zu Verhandlungen ab. Man will die erreichten Positionen lieber halten als noch mehr durch Streiks zu riskieren, was auch damit zusammenhängt, daß die Regierung an starke Belegschaften teilweise Zugeständnisse macht. Die Demokratie erscheint uns im Moment relativ stabil, was die Entwicklungsfähigkeit der Linken erleichtert. Unsere Stärke muß sich allerdings bei den Kommunalwahlen in zwei Jah-

ren und bei nationalen Wahlen 1985 erweisen.

Chinas Vorschläge zur Wiedervereinigung mit Taiwan

VR China schlägt der Kuomintang eine „dritte Zusammenarbeit" vor

lup. Am 30. September hat der Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses der VR China, Ye Jianying, in einem 9-Punkte-Vorschlag die Politik der VR China für die friedliche Wiedervereinigung mit Taiwan dargelegt. Die Erklärung Ye Jianyings erläutert auch Äußerungen, die Deng Xiaoping 2 Wochen vorher gegenüber einer Hongkonger Zeitung (der Xinwan Bao) gemacht hatte. Deng hatte erklärt, es sei möglich, daß die KP Chinas und die Kuomintang in eine neue Periode der Zusammenarbeit eintreten könnten und „gemeinsam die Führung eines wiedervereinigten China ausüben könnten". Kuomintang-Politiker könnten politischen Organen eines vereinten China angehören und an der Verwaltung der Staatsangelegenheiten beteiligt werden.

Die Erklärung Ye Jianyings schließt darüberhinaus an einen Appell des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der VR China vom Januar 1979 „An die Landsleute auf Taiwan" an, der ebenfalls eine Aufforderung zu Verhandlungen an das in Taiwan herrschende Regime beinhaltete. Dieser Appell war damals verbunden mit dem Befehl an die Nationale Volksarmee, die Beschießung der vor dem chinesischen Festland gelegenen Inseln Dajinmen, Xiaojinmen, Dadan, Erdan u.a. einzustellen, was praktisch auf einen Waffenstillstand und die förmliche Beendigung der militärischen Auseinandersetzungen mit dem Kuomintangregime hinauslief. Die Erklärung Ye Jianyings beinhaltet folgende Elemente:

Die Regierung der VR China schlägt vor, daß die KP Chinas mit der Kuomintang Verhandlungen aufnimmt, „um eine dritte Zusammenarbeit in die Wege zu leiten und so gemeinsam zur großen Sache der Wiedervereingiung des Vaterlandes beizutragen". Solche Verhandlungen könnten durch Kontaktpersonen vorbereitet werden. Die „dritte Zusammenarbeit" spielt an auf die Zusammenarbeit zwischen der KP Chinas und der Kuomintang während des „Nordfeldzuges" von 1924 bis 1927 und während des antijapanischen Widerstandskrieges von 1937 bis 1945.

Zunächst sollen Postverbindungen, Handelsaustausch, Luft- und Schiffsverkehr sowie Beziehungen des akademischen, sportlichen und kulturellen Austauschs hergestellt und entsprechende Abkommen geschlossen werden.

In einem wiedervereinigten China soll die Wirtschaftsordnung Taiwans, das Privateigentum an Produktionsmitteln, Grund und Boden sowie Häusern unangetastet bleiben.

Amtsträger aus Taiwan können sich an der Führung des wiedervereinigten Staates beteiligen. Die Zentralregierung Chinas ist bereit, der Taiwaner Regionalregierung bei der Lösung finanzieller Schwierigkeiten zu helfen.

Angehörige aus Taiwan können sich auf dem Festland niederlassen, sie genießen die Freiheit der Ein- und Ausreise.

Industrielle und Geschäftsleute aus Taiwan können auf dem Festland Investitionen tätigen, „ihre legitimen Rechte und Interessen wie auch ihre Profite werden garantiert!"

Die Erklärung endet mit einem Appell an „Angehörige aller Nationalitäten, aller Bevölkerungskreise und aller Massenorgansationen auf Taiwan, Vorschläge zu unterbreiten und sich mit uns über die Staatsangelegenheiten zu beraten".

Im Anschluß an die Erklärung Ye Jianyings hat die Regierung der VR China verschiedene chinesische Massenorganisationen, insbesondere Organisationen ehemaliger Mitglieder, Militärs etc. des linken Flügels der Kuomintang, die auf dem Festland leben und innerhalb der Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes tätig sind, zu diesem Vorschlag konsultiert. Der Außenhandelsminister hat die Aufnahme direkter Handelsbeziehungen vorgeschlagen (der gegenwärtig zwar schon stattfindet, aber ausschließlich über Mittelsmänner vor allem in Hongkong und Macao), die chinesische Akademie der Wissenschaften hat die Universitäten in Taiwan aufgefordert, Wissenschaftler zu ihrer demnächst stattfindenden Sitzung zu entsenden, und ihnen die Aufnahme in die chinesische Akademie der Wissenschaften angeboten.

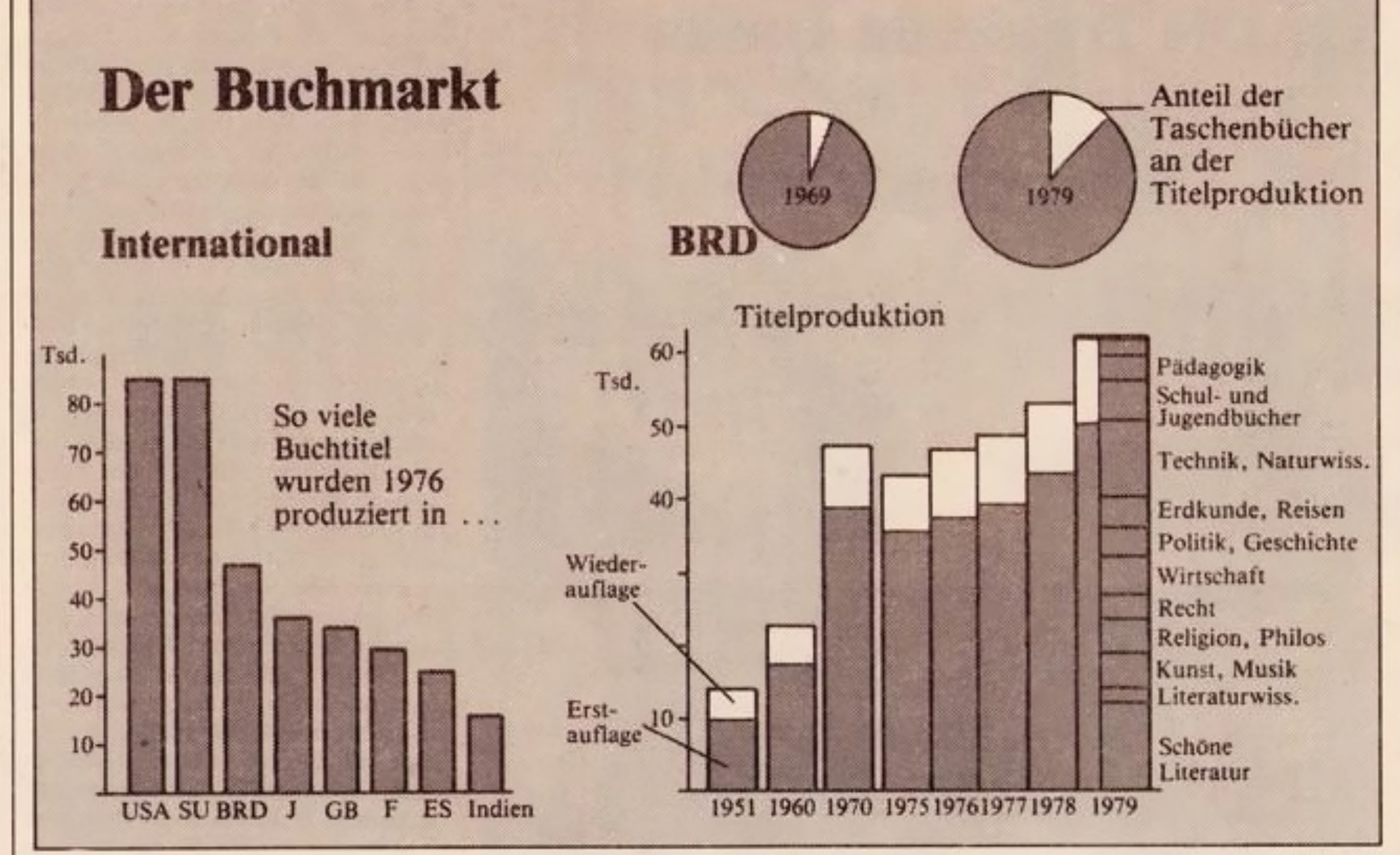
Die Entwicklung von ordentlichen Handelsbeziehungen und anderen Kontakten zwischen Taiwan und der VR China wird am ehesten ein Ergebnis der Initiative der Regierung der VR China sein, eine rasche Aufnahme von Verhandlungen über die Wiedervereingung des Landes ist gegenwärtig kaum wahrscheinlich. Das in Taiwan herrschende Regime hat den Vorschlag der VR China umgehend brüsk zurückgewiesen: Er enthalte gegenüber früheren Vorschlägen nichts Neues und sei reine Propaganda. Die Kuomintang-Regierung, die nach wie vor den Anspruch erhebt, ganz China zu vertreten, und im Inneren Taiwans mit äußerst despotischen Methoden regiert, kann sich auch darauf kaum einlassen, ohne eine rasche Erosion ihrer Herrschaft zu riskieren.

Was ist dann der unmittelbare Zweck der Initiative der Regierung der VR China? Die weitreichenden Zugeständnisse, die eine Garantie der in Taiwan herrschenden Wirtschaftsordnung und das Angebot zu erneuter Zusammenarbeit mit der Kuomintang einschließen, sollen wohl Chinas Absicht herausstellen, die Wiedervereinigung mit friedlichen Methoden zu verwirklichen, und gleichzeitig die internationale Isolierung des Taiwaner Regimes vorantreiben helfen. Insbesondere zielt sie aber wohl auch darauf ab, es der amerikanischen und anderen westlichen Regierungen zu erschweren, das Taiwaner Regime weiterhin durch umfangreiche Militärhilfe und Waffenlieferungen hochzupäppeln, eine Politik, die im Widerspruch steht zu dem zwischen China und den USA vereinbarten Prinzip, daß das Verhältnis von China und Taiwan eine rein innerchinesische Angelegenheit ist.

Dies könnte dazu beitragen, die auf Taiwan herrschenden Kräfte zu differenzieren, wozu es bereits gewisse Anzeichen gibt, was langfristig tatsächlich eine friedliche Wiedervereinigung entlang des von der VR China vorgelegten Vorschlags ermöglichen würde.

Kuweit kauft sich in Ölgesellschaft ein

frb. Kuweit hat die Übernahme der in Kalifornien beheimateten Ölbohr- und Konstruktionsgesellschaft Santa Fe angekündigt. Das Scheichtum, das über die zweitgrößten Ölvorkommen nach seinem Nachbarland Saudi-Arabien verfügt, will dafür 2,5 Mrd. $ ausgeben. Insgesamt werden die ausländischen Vermögenswerte Kuweits auf 76 Mrd. $ geschätzt. Darunter sind Beteiligungen bei VW (6%), an der Metallgesellschaft (20%), an der Korf Stahl AG (25%) und bei Daimler-Benz (14%). Noch viel mehr Ölgelder liegen auf Bankkonten, vor allem bei amerikanischen, und diese verleihen sie mit einem guten Schnitt weiter. Recycling nennt sich dies, Rückschleusung von Ölgeldern. Die Überschüsse aus den Einnahmen der Ölländer kommen auf die internationalen Finanzmärkte zurück und stehen den US- und europäischen Banken zur Verfügung. So läßt sich aus den gestiegenen Ölpreisen das beste machen. Und auch über die Beteiligungen, die einen außerordentlich geringen Anteil an den insgesamt angelegten Geldern ausmachen, haben sich die alten Börsenhaie bislang wenig gestört. Im wesentlichen handelt es sich um günstige Kapitalbeschaffung für die Unternehmen, und Kuweit hat sich denn auch nicht in die Geschäfte eingemischt. Diesmal aber sind sich die Finanzaristokraten in den USA noch uneinig, ob nicht vielleicht doch eingeschritten werden solle. Denn erstmals konnte Kuweit mit dem jetzigen Aufkauf seine erklärte Absicht wahrmachen, wo immer möglich Vertriebs- und Raffineriekapazitäten aufzukaufen. Nicht nur könnte es damit seine Ölfelder selbst erschließen, auch auf die Vermarktung könnte es unmittelbar Einfluß nehmen. Ein wichtiges, bisher fast unbeschädigtes Monopol der alten Ölriesen wäre damit angeschossen. Vor einem Jahr war schon der Versuch Kuweits gescheitert, sich mit knapp 15% in die Getty Oil einzukaufen. Damals verweigerte das Management die Zustimmung. Bei Santa Fe haben die Direktoren, darunter der ehemalige US-Präsident Gerald Ford, bereits zugestimmt, aber Justiz- und Finanzministerium wollen die Transaktion erst noch überprüfen.



Auch in der Buchproduktion liegen die beiden Supermächte an der Spitze aller Länder. Doch bereits auf dem dritten Platz folgt Westdeutschland, vor Japan. 1979 sind über 60000 Titel erschienen, die meisten davon wurden erstmals aufgelegt. 12% hiervon erschienen als Taschenbuch, Durchschnittspreis 7,30 DM. Für andere Titel waren dagegen im Schnitt über 30 DM auf den Ladentisch zu legen. Der hohe Grad an Marktbeherrschung wird an folgendem sichtbar: 3,5% aller Verlage brachten mehr als die Hälfte aller Titel auf den Markt.

Die Woche in Rückblick

Der Preisindex für die Lebenshaltung lag im September um 6,5% höher als vor einem Jahr. Dabei war diese Entwicklung begünstigt durch besonders geringe Preiserhöhungen bei saisonabhängigen Nahrungsmitteln. Im August hatte die Preissteigerungsrate 6,0% betragen. – **Im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleiches** wurden in Hessen durchschnittlich 766 Mark Steuern zurückgezahlt. Aufgrund von Einkommensteuerveranlagungen von Lohnabhängigen wurden im Schnitt 1881 Mark erstattet. Erhebliche Beträge waren also monatelang zu unrecht einbehalten worden. – **Die Konkurse** haben einen neuen Rekord erreicht. Im August wurde die Zahl von 1980 um 30% übertroffen. Schlecht sind auch andere Konjunkturzahlen. Die Produktion stagniert weiterhin und die Auftragseingänge ebenfalls, wobei die Bestellungen aus dem Inland noch weniger sind als die ausländischen. – **Eine neue Wärmeschutzverordnung hat die Bundesregierung erlassen.** Sie löst jene von 1977 ab. Durch Erhöhung der Anforderungen an den Wärmeschutz bei neuen Gebäuden sollen die Wärmeverluste um rd. 20% verringert werden. Trotz dieser wirtschaftlichen Vorteile bedarf es einer Verordnung, weil der einzelne Hausbesitzer immer an den Baukosten spart und den Mieter dann die höheren Heizkosten zahlen läßt. Freilich wird die Verordnung auch wieder Anlaß zu Mieterhöhungen sein. – **Schwer geschädigt sehen sich die Gastronomen** durch die beabsichtigte Streichung der Steuer- und Sozialversicherungsfreiheit bei geringfügigen Verdiensten bis zu 390 Mark. Die Gastronomie sei auf solche Nebenverdienstkräfte angewiesen und im Gegenzug wolle sie auf die Verhinderung von Mißbrauch achten. So sollen nur Arbeitskräfte angeheuert werden, die z.B. über eine andere Haupttätigkeit bereits versichert sind. – **Japan hat die für Ende Oktober vereinbarten Handelsgespräche** mit den USA und der EG platzen lassen. Es wären die ersten dreiseitigen Gespräche gewesen. Vorgeschoben wurden Terminschwierigkeiten, tatsächlich fürchtet Japan, daß es zur Beschränkung seiner Exporte veranlaßt werden sollte. – **Die Bundesbank** hat erstmals seit 18 Monaten ihre Leitzinsen vorsichtig nach unten gesetzt. Der Diskontsatz allerdings, der für die Refinanzierung der Banken bei der Zentralbank wesentlich ist, blieb unverändert. – **Die Ruhrstahl AG nimmt jetzt Gestalt an.** Sie soll gebildet werden aus den Stahlbereichen von Krupp und Hoesch. Die Bundesregierung, von der eine Morgengabe erwartet wird, gibt sich skeptisch, weil bloß die Verlustbereiche ausgegliedert werden.

„Nachtschicht statt Diskobesuch“

kvz. Auf „Ungereimheiten“ bei den Haushaltsbeschlüssen hat ein ehemaliger Ministerialdirektor namens Baden aus dem Arbeitsministerium aufmerksam gemacht. Der Mann schrieb im „Unternehmer“, der Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, und dort paßt auch hin, was er schrieb. Solch eine Umgereimtheit sei z.B., daß Arbeitslose nach wie vor 68% des Nettoarbeitsentgeltes erhalten, obwohl dadurch die primäre Aufgabe der Arbeitsämter, Arbeitslose so schnell wie möglich wieder zu vermitteln, behindert werde. Denn die zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze seien meist nicht so attraktiv wie der verlorene. Damit die Annahme der schlechteren Arbeit nicht als Dummheit erscheine, dürfe das Arbeitslosengeld nicht „zu hoch“ bemessen sein. Ungereimt seien auch Beschäftigungsverbote für Jugendliche und Frauen, obwohl derartige Beschäftigungen nicht generell schädlich seien. „Es ist kaum anzunehmen, daß die Verkürzung der Nachtruhe durch Diskothekenbesuch unschädlich, durch angemessene Arbeitsleistung aber schädlich sein soll“, schreibt der Rentier.

DDT nach elf Jahren immer noch nicht abgebaut

kvz. Das Pflanzenschutzmittel DDT, das seit 1971 in der BRD verboten ist und schon seit 1969 im Hamburger Obstanbaugebiet, dem „Alten Land“, nicht mehr gespritzt wird, findet sich dort nach elf Jahren immer noch in den Tieren, die in den Entwässerungsgräben leben. Aufgedeckt wird dies im Heft 4/81 der „Informationen für die Fischwirtschaft“ von den Hamburger Biologen Edith Huschenbeth und Charles Heckmann. In niederen Tieren wie Wasserschnecken, Wasserasseln, Wasserzikaden und Egeln fanden sich DDT und verwandte Verbindungen zu allen Jahreszeiten; im Frühjahr in relativ niedrigen Konzentrationen von 0,001 Milligramm pro Kilo Körpergewicht, im Herbst wegen des dann höheren Fettgehaltes der Tiere in Konzentrationen bis 0,016 Milligramm pro Kilo Körpergewicht (beim Hundeegel). Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den analysierten Karauschen und Schleien. Eine Höchstmengenverordnung für Pflanzenschutzmittel in Nahrungsmitteln tierischer Herkunft existiert nicht.

Finanzpoker um fortgeschrittene Reaktorlinien
Schneller Natrium-gekühlter Reaktor SNR 300 – Teil 3*
rof. Das Kernstück deutscher Brutreaktortechnologie ist der Prototyp SNR 300 in Kalkar/Niederrhein, Leistung 300 Megawatt (MW). Planungen liegen vor für die großtechnische Nutzung
einig, ob nicht vielleicht doch eingeschritten werden solle. Denn erstmals konnte Kuweit mit dem jetzigen Aufkauf seine erklärte Absicht wahrmachen, wo immer möglich Vertriebs- und Raffineriekapazitäten aufzukaufen. Nicht nur könnte es damit seine Ölfelder selbst erschließen, auch auf die Vermarktung könnte es unmittelbar Einfluß nehmen. Ein wichtiges, bisher fast unbeschädigtes Monopol der alten Ölriesen wäre damit angeschossen. Vor einem Jahr war schon der Versuch Kuweits gescheitert, sich mit knapp 15% in die Getty Oil einzukaufen. Damals verweigerte das Management die Zustimmung. Bei Santa Fe haben die Direktoren, darunter der ehemalige US-Präsident Gerald Ford, bereits zugestimmt, aber Justiz- und Finanzministerium wollen die Transaktion erst noch überprüfen.
technisch ausnutzen. Hinzu kommt, daß für die herkömmlichen Reaktoren das im Natururan nur zu 0,7% vorkommende spaltbare Uran 235 energie- und kostenintensiv angereichert wer-
vor einem Jahr. Dabei war diese Entwicklung begünstigt durch besonders geringe Preiserhöhungen bei saisonabhängigen Nahrungsmitteln. Im August hatte die Preissteigerungsrate 6,0% betragen. – Im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleiches wurden in Hessen durchschnittlich 766 Mark Steuern zurückgezahlt. Aufgrund von Einkommensteuerveranlagungen von Lohnabhängigen wurden im Schnitt 1881 Mark erstattet. Erhebliche Beträge waren also monatelang zu unrecht einbehalten worden. – Die Konkurse haben einen neuen Rekord erreicht. Im August wurde die Zahl von 1980 um 30% übertroffen. Schlecht sind auch andere Konjunkturzahlen. Die Produktion stagniert weiterhin und die Auftragseingänge ebenfalls, wobei die Bestellungen aus dem Inland noch weniger sind als die ausländischen. – Eine neue Wärmeschutzverordnung hat die
uran, als Brutelemente in den Brüter eingebracht, wird zu Plutonium erbrütet. Der Brüter erzeugt seinen eigenen Bedarf an Spaltstoff und noch einen Überschuß für die Erstausstattung weiterer, zuzubauender Brüter. Durch diese größere Ausnutzung des Natururans verspricht sich das westdeutsche Kapital entscheidende Verbesserungen in der Unabhängigkeit der Energieversorgung.
Brutraten größer 1 werden angestrebt, d.h. mehr Plutonium soll erbrü-
forderungen an den Wärmeschutz bei neuen Gebäuden sollen die Wärmeverluste um rd. 20% verringert werden. Trotz dieser wirtschaftlichen Vorteile bedarf es einer Verordnung, weil der einzelne Hausbesitzer immer an den Baukosten spart und den Mieter dann
Die Woche in Rückblick
die höheren Heizkosten zahlen läßt. Freilich wird die Verordnung auch wieder Anlaß zu Mieterhöhungen sein. – Schwer geschädigt sehen sich die Gastronomen durch die beabsichtigte Streichung der Steuer- und Sozialversicherungsfreiheit bei geringfügigen Verdiensten bis zu 390 Mark. Die Gastronomie sei auf solche Nebenverdienstkräfte angewiesen und im Gegenzug wolle sie auf die Verhinderung von
Natrium ausgewählt, ein Metall, im festen Zustand leicht trennbar, das bei 97°C flüssig wird. Die Verwendung eines festen, undurchsichtigen Metalles, das nur durch Temperatureinwirkung flüssig gehalten werden kann, eines aggressiv reagierenden Stoffes, der z.B. bei der Berührung mit dem Sauerstoff der Luft explosionsartig reagiert, verbrennt – in Verbindung mit der hohen Konzentration an hochgiftigem, hochstrahlendem Plutonium, das zur Herstellung der Atombomben verwendet
z.B. über eine andere Haupttätigkeit bereits versichert sind. – Japan hat die für Ende Oktober vereinbarten Handelsgespräche mit den USA und der EG platzen lassen. Es wären die ersten dreiseitigen Gespräche gewesen. Vorgeschoben wurden Terminschwierigkeiten, tatsächlich fürchtet Japan, daß es zur Beschränkung seiner Exporte veranlaßt werden sollte. – Die Bundesbank hat erstmals seit 18 Monaten ihre Leitzinsen vorsichtig nach unten gesetzt. Der Diskontsatz allerdings, der für die Refinanzierung der Banken bei der Zentralbank wesentlich ist, blieb unverändert. – Die Ruhrstahl AG nimmt jetzt Gestalt an. Sie soll gebildet werden aus den Stahlbereichen von Krupp und Hoesch. Die Bundesregierung, von der eine Morgengabe erwartet wird, gibt sich skeptisch, weil bloß die Verlustbereiche ausgegliedert werden.
zierungsrunde zwischen dem Bund und den beteiligten Elektrizitäts-Versorgungs-Unternehmungen (EVU).
Der SNR 300 in Kalkar ist als Versuchsreaktor geplant. Bereits 1967 schlossen sich die BRD, Belgien und die Niederlande zusammen, um schnelle natriumgekühlte Brutreaktoren zur profitlichen Reife zu entwickeln. Baubeginn für den eigentlichen Demonstrationsreaktor SNR 2 soll nach Betriebserfahrungen mit dem SNR 300 sein. Mit seinem Bau wurde 1973 be-
nicht mehr gespritzt wird, findet sich dort nach elf Jahren immer noch in den Tieren, die in den Entwässerungsgräben leben. Aufgedeckt wird dies im Heft 4/81 der „Informationen für die Fischwirtschaft“ von den Hamburger Biologen Edith Huschenbeth und Charles Heckmann. In niederen Tieren wie Wasserschnecken, Wasserasseln, Wasserzikaden und Egeln fanden sich DDT und verwandte Verbindungen zu allen Jahreszeiten; im Frühjahr in relativ niedrigen Konzentrationen von 0,001 Milligramm pro Kilo Körpergewicht, im Herbst wegen des dann höheren Fettgehaltes der Tiere in Konzentrationen bis 0,016 Milligramm pro Kilo Körpergewicht (beim Hundeegel). Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den analysierten Karauschen und Schleien. Eine Höchstmengenverordnung für Pflanzenschutzmittel in Nahrungsmitteln tierischer Herkunft existiert nicht.

Finanzpoker um fortgeschrittene Reaktorlinien

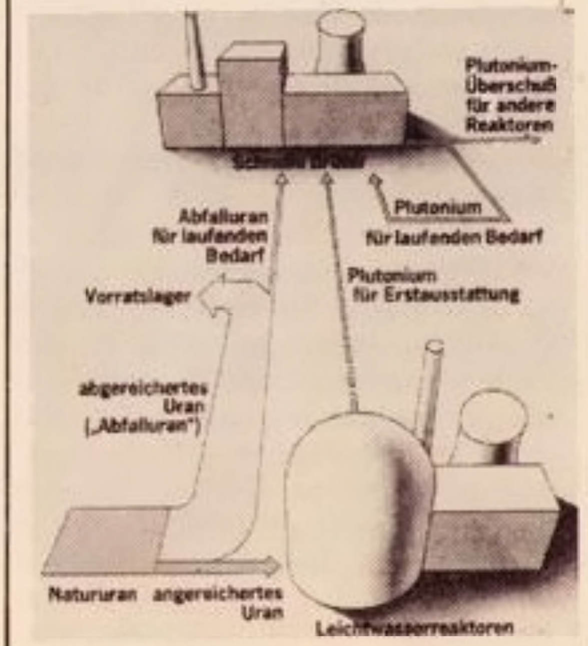
Schneller Natrium-gekühlter Reaktor SNR 300 – Teil 3*

rof. Das Kernstück deutscher Brutreaktortechnologie ist der Prototyp SNR 300 in Kalkar/Niederrhein, Leistung 300 Megawatt (MW). Planungen liegen vor für die großtechnische Nutzung mit dem Folgemodell, SNR-2 mit 1500 MW projektierter Leistung. 1973 begonnen, war die Inbetriebnahme des SNR 300 für Dezember 1979 geplant. Die Kosten sollten ca. 1,5 Mrd. DM betragen. Das Projekt hat, wie der Reaktorbehälter selber, Rost angesetzt. Aktueller Erwartungsstand ist: Inbetriebnahme nicht vor 1986, Kosten ca. 5 Mrd. DM. International muß das westdeutsche Kapital befürchten, ins Hintertreffen zu geraten, insbesondere das französische Kapital hat einen Technologievorsprung erzielt. Eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren ist zu erwarten, vor allem Straffung für das Folgemodell. Im Oktober noch wird ein Seminar in der Kernforschungsanlage Jülich stattfinden, über Stand, Finanzierung und Perspektiven der schnellen Brüter. Teilnehmer sind u.a. Forschungsminister Bülow und Wirtschaftsminister Lambsdorff.

Die Brütertechnologie soll folgende Erkenntnisse industriell nutzbar machen. Das in der Natur vorkommende Uran 238, Natururan, ist nicht spaltbar. In den herkömmlichen Kernreaktoren entsteht aus dem Natururan durch die Aufnahme eines schnellen Neutrons ein spaltbarer Stoff, Plutonium. Jedoch nur in geringen Mengen, als Abfallprodukt; denn für die Kettenreaktionen in herkömmlichen Reaktoren müssen die Neutronen abgebremst (moderiert) werden. Diesen Prozeß, Umwandlung von nichtspaltbarem Natururan in spaltbares Plutonium durch Beschuß mit schnellen Neutronen, soll der Brutreaktor großtechnisch ausnutzen. Hinzu kommt, daß für die herkömmlichen Reaktoren das im Natururan nur zu 0,7% vorkommende spaltbare Uran 235 energie- und kostenintensiv angereichert werden muß.

Ein Reaktorkern aus Plutoniumelementen wird ummantelt von Brutelementen, die mit Natururan geladen sind. Durch freiwerdende, schnelle Neutronen wird nicht nur die zur Energieerzeugung notwendige Kettenreaktion und der anschließende Prozeß Wärmeenergie – Dampf – Hochdruckturbine – Elektrizität aufrechterhalten, sondern das Natururan wird durch Neutronenfang zu spaltbarem Material, Plutonium 239, erbrütet.

Folgender Spaltstoffkreislauf ist geplant. Natururan wird für die nukleare Energiegewinnung in Leichtwasserreaktoren (LWR) angereichert, das Abfalluran bevorratet. Abgebrannte Brennstäbe werden wiederaufgearbeitet und liefern das Plutonium für einen Erstkern eines Brutreaktors. Abfalluran, als Brutelemente in den Brüter eingebracht, wird zu Plutonium erbrütet. Der Brüter erzeugt seinen eigenen Bedarf an Spaltstoff und noch einen Überschuß für die Erstausstattung weiterer, zuzubauender Brüter. Durch diese größere Ausnutzung des Natururans verspricht sich das westdeutsche Kapital entscheidende Verbesserungen in der Unabhängigkeit der Energieversorgung.



Brutraten größer 1 werden angestrebt, d.h. mehr Plutonium soll erbrütet werden, als der Reaktor selbst benötigt. In dem französischen Brüter „Phenix“ ist eine Brutrate von 1,15 erzielt worden. Für den SNR-2 ist 1,3 rechnerisch projektiert. Für das Kapitalhirn ist entscheidend, Brüter mit großen Kernmassen und hohen Leistungen zu bauen, um hohe Brutgewinne erzielen zu können. Verdopplungszeiten, d.h. die Zeit, in der der eingesetzte Spaltstoff verdoppelt wird, liegen zwischen 18 und 20 Jahren. Bisher gibt es Brutreaktoren mit angestrebter hoher Leistung nicht. Der größte, im Probebetrieb befindliche Brüter, BN 600 mit 600 MW steht in der Sowjetunion. Der erste Großreaktor, der französische „Super-Phenix“ mit einer Planungsleistung von 1200 MW ist noch nicht in Betrieb. Für Westdeutschland setzt die großtechnologische Nutzung der Brüter zweierlei voraus. Eine hohe Kapazität produzierender LWR zur Ausrüstung mit Plutonium für die Erstladung sowie eine Wiederaufarbeitungsanlage für* abgebrannte Brennstäbe. Für den Erstkern eines Brüters mit ca. 1300 MW wären ca. 6 t Plutonium erforderlich, das enspricht der wiederaufgearbeiteten Plutoniummasse, die 20 LWR in einem Jahr erzeugen, nachgeladen werden müßten jährlich 2 t Plutonium.

Technisch wirft der Brüter neue, schwere Probleme auf. Die freiwerdenden Neutronen dürfen durch das Kühlmittel nicht abgebremst werden, es kann also kein Wasser für den Wärmetransport und die Reaktorkühlung eingesetzt werden. Als Kühlmittel wurde Natrium ausgewählt, ein Metall, im festen Zustand leicht trennbar, das bei 97°C flüssig wird. Die Verwendung eines festen, undurchsichtigen Metalles, das nur durch Temperatureinwirkung flüssig gehalten werden kann, eines aggressiv reagierenden Stoffes, der z.B. bei der Berührung mit dem Sauerstoff der Luft explosionsartig reagiert, verbrennt – in Verbindung mit der hohen Konzentration an hochgiftigem, hochstrahlendem Plutonium, das zur Herstellung der Atombomben verwendet wird, macht den Brutreaktor m.E. vor allem zum gefährlichsten Reaktortyp.

Das BRD-Kapital ist bemüht, Rückstände aufzuholen. 1977 wurden Vereinbarungen für eine intensive Zusammenarbeit auf dem Gebiet der schnellen Brüter mit Frankreich getroffen. Auf deutscher Seite firmiert das Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK), mit Interatom und Alkem zur „Entwicklungsgemeinschaft Schneller Brüter“ zusammengeschlossen. Angeschlossen sind belgische und niederländische Unternehmungen. Die französischen Interessen vertritt das Commissariat à l'Energie Atomique (CEA), angeschlossen sind italienische Unternehmungen. Gegenüber Drittländern treten Frankreich und die BRD gemeinsam auf, innerhalb ihres Bündnisses ist jedoch der französische Entwicklungsvorsprung zur Unzufriedenheit der BRD-Interessen festgeschrieben: aus den Verträgen sind auf französischer Seite die Wiederaufarbeitung und das Fertigungs-Know-how für Brüterkomponenten aus dem Kenntnisaustausch ausgeklammert. Insbesondere in der Brennelementeherstellung hat die französische Kernenergiekonkurrenz deutlichen Vorsprung.

Um sich spätere Optionen auf dieses Geschäft nicht entgehen zu lassen, müssen die eigenen Entwicklungen forciert werden. Für diese Auseinandersetzung hat sich die BRD der Unterstützung durch Belgien und die Niederlande versichert. Diese Auseinandersetzung ist auch der Hintergrund der sich gegenwärtig abspielenden Finanzierungsrunde zwischen dem Bund und den beteiligten Elektrizitäts-Versorgungs-Unternehmungen (EVU).

Der SNR 300 in Kalkar ist als Versuchsreaktor geplant. Bereits 1967 schlossen sich die BRD, Belgien und die Niederlande zusammen, um schnelle natriumgekühlte Brutreaktoren zur profitlichen Reife zu entwickeln. Baubeginn für den eigentlichen Demonstrationsreaktor SNR 2 soll nach Betriebserfahrungen mit dem SNR 300 sein. Mit seinem Bau wurde 1973 begonnen. Finanzielle Trägerschaft der drei Regierungen, BRD 70%, Belgien und Niederlande jeweils 15%. Als Auftraggeber und späterer Besitzer wurde die Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft (SBK) gegründet. Federführend ist das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) mit 70% Anteilen, belgische und niederländische EVU je 15%. Seit die Bausumme 2,4 Mrd. DM überstiegen hat, erklärten sich die Regierungen Belgiens und der Niederlande außerstande, weitere Mehrkosten aufzubringen. Die Verhandlungen laufen. Die Finanzierung für den Weiterbau ist jetzt durch den Bund und die RWE zumindest bis zum Jahresende 1981 zustande gebracht worden. Die Wirtschaftsminister der Länder haben bereits beschlossen, dem Wunsch der in der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung (DWK) zusammengeschlossenen EVU zu entsprechen und einen „Aufpreis auf den Stromtarif“ zu genehmigen. Damit ist für die EVU der Weg freigemacht, sich „ihren“ Beitrag für die Entwicklung der Brut- bzw. Hochtemperaturreaktorlinien (ca. 600 bis 700 Millionen DM bis 1984) über die Stromtarife zahlen zu lassen. Ausgenommen von dem „Brüterpfennig“ ist das Kapital, das jeweils individuell privatrechtliche und somit genehmigungsfreie Verträge mit den EVU abschließt. Somit ist gesetzlich abgesichert, daß der Brüterpfennig allein aus Haushalts- und Kleingewerbetarif gezahlt werden soll.

* Zum HTR siehe KVZ 38 und 40

Die bisherigen weltweiten Strategien zur Entwicklung der Dritten Welt sind gescheitert, und die Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern hat sich noch vertieft. Selbst relative Fortschritte wie etwa in der Bekämpfung einiger Krankheiten, durch die Nutzung moderner Kommunikationsmittel oder überhaupt durch den Import fortgeschrittener Technologie, gehen einher mit zusätzlichen Schwierigkeiten und weiteren Abhängigkeiten. So gelten nach verbreiteten Kategorien 750 Millionen Menschen absoluter Armut ausgesetzt, und die Ernährungsfrage ist ihrer Lösung so fern wie eh und je. Sie aber bleibt der Knotenpunkt aller weiteren Entwicklung. Kann sie nicht gelöst werden, so wird man von Fortschritt und Entwicklung kaum ernsthaft reden können.

Die bestehende Weltwirtschaftsordnung reproduziert die Ungleichheiten in der Weltwirtschaft und vertieft sie. Selbst für die herrschenden, meist selbst von fremder Arbeit lebenden Schichten der Entwicklungsländer ist dies zu einer unumstößlichen Erkenntnis geworden und macht sie im Weltmaßstab zu einem Faktor des Fortschritts. Sie fordern die Abschaffung der alten Weltwirtschaftsordnung, ihre Ersetzung durch eine neue.



Teufelskreis von Menschenhand

Der Nord-Süd-Gipel als kleine Station im Kampf gegen die Zwangsjacke des Weltmarktes

Von Friedemann Bleicher

Hoffnung auf Globalverhandlungen

Vor diesem Hintergrund findet Ende der kommenden Woche im mexikanischen Cancun der in mehr als einjährigen diplomatischen Bemühungen vorbereitete Nord-Süd-Gipfel statt. 22 ausgesuchte Staats- und Regierungschefs werden vertreten sein, Industrie- und Entwicklungsländer aus allen Regionen: Algerien, Bangladesh, Brasilien, BRD, China, Frankreich, Großbritannien, Guayana, Indien, Japan, Jugoslawien, Kanada, Mexiko, Nigeria, Österreich, die Philippinen, Saudi-Arabien, Schweden, Tansania, die USA und Venezuela.

Es gibt den Entwicklungsländern zusätzliches Gewicht, daß die Volksrepublik China als volkreichstes Land, das nach wie vor dem Prinzip ,,auf die eigene Kraft stützen" folgt, erstmals auf einer derartigen Konferenz auf der Seite der Dritten Welt vertreten ist. Trotz ausdrücklicher Einladung nicht erscheinen wird die Sowjetunion. Sie will damit unterstreichen, daß die Rückständigkeit der ehemaligen Kolonialländer allein in der Verantwortung der westlichen kapitalistischen Länder liegt, womit sie bislang noch immer die Verweigerung aller Hilfen für die Entwicklungsländer begründet hat. Tatsächlich geht es mehr um eine Fortsetzung des Versteckspiels, das die UdSSR gegenüber der Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung nicht ohne Grund treibt.

Auf der Konferenz wird nichts entschieden werden, noch nicht einmal eine Tagesordnung wurde auf der Vorkonferenz der Außenminister festgelegt. Trotzdem wird sie von einem weiten Kreis von Ländern unterstützt, weil sie sich eine Fortsetzung des fast völlig eingefrorenen Nord-Süd-Dialogs erhoffen. Jene Entwicklungsländer erwarten, trotz des informellen Charakters der Gespräche, einen politischen Anstoß zur Verständigung über die sogenannten *Globalverhandlungen*, die eigentlich schon längst in Gang sein sollten. So sagte etwa Tansanias Außenminister Salim (den die Entwicklungsländer jetzt zum Kandidaten für das Generalsekretärsamt der UNO bestimmt haben): ,,Die Globalverhandlungen werden eines Tages dennoch beginnen, und unsere Gespräche werden für diese Verhandlungen eine wichtige Grundlage darstellen."

Für den materiellen Fortschritt der internationalen Verhandlungsprozedur ist das Zustandekommen der Globalverhandlungen von einiger Bedeutung. Bislang nämlich wird über die neue Weltwirtschaftsordnung getrennt in den Bereichen Handel, Entwicklung, Währung/Finanzen, Energie und Rohstoffe verhandelt. Sinnvollerweise kann über eine Neuordnung nur verhandelt werden, wenn nicht ständig in einem Bereich torpediert wird, was anderswo durchgesetzt werden konnte. So ist die Zersplitterung selbst ein Element der alten Ordnung.

Am deutlichsten wird dies in der Frage der Kompetenz des zentralen Verhandlungskörpers. Heikel ist diese Frage namentlich im Bereich der Finanzen, der gewöhnlich im Internationalen Währungsfonds verhandelt wird. Und dort haben die reichen Länder aufgrund des Quotensystems ein Stimmenübergewicht. Würde in der Vollversammlung der UNO abgestimmt, so hätten auch die großen westlichen Industrieländer nur eine Stimme pro Land. So sind vor allem die USA bestrebt, ihre privilegierte internationale Position nicht durch Globalverhandlungen zu schwächen, und gemeinsam mit Großbritannien und Westdeutschland haben sie bisher auch eine von Jugoslawien vorgelegte Kompromißformel zurückgewiesen.

Nur ein Anfang

Selbst wenn in Zukunft raschere und echte Fortschritte in den Verhandlungen über eine Neue Weltwirtschaftsordnung erzielt werden, so bleiben die *prinzipiellen* ökonomischen Gegensätze weitgehend unberührt.

Deutlich wird dies am *Rohstoffprogramm*. Im wesentlichen kann dies nicht mehr bewirken, als die spekulations- und konjunkturbedingten Preisschwankungen mit ihren allerdings verheerenden Folgen für einzelne Entwicklungsländer einzudämmen und der durch Beherrschung der gesamten Absatzwege erpreßten Preisdrückerei entgegenzutreten. Nichts aber kann den Ländern, deren ganze Wirtschaft oft auf wenige Produkte ausgerichtet ist, garantieren, daß sie auch in Zukunft die gleiche Menge ihres Rohstoffs absetzen können. Ja, es gibt sogar linke Autoren – z.B. Susan George in ,,Warum die Hungernden die Satten ernähren" (1) –, die eine Einwilligung der USA auf die dringendsten Forderungen der Entwicklungsländer für einen klugen Schachzug hielten, weil sie den USA den wirtschaftlichen Vorteil gleichmäßiger Preise brächte, während Westeuropa und Japan den größten Anteil an den Kosten dieses Programms zu zahlen hätten.

Freilich ist sich auch die UNCTAD dieser Beschränkung bewußt und empfiehlt begleitende Maßnahmen wie ,,international vereinbarte Maßnahmen zur Regelung der Versorgung, die Exportquoten einschließen, Produktionspolitik, und wo es angemessen ist, langfristige multilaterale Versorgungs- und Abnahmeverpflichtungen." Dennoch bleibt der Hauptmangel, daß die Forderungen der Neuen Weltwirtschaftsordnung, von Ausnahmen abgesehen, vollständig den Gesetzen des Weltmarktes verhaftet bleiben und darauf zielen, gerechte Marktbeziehungen herzustellen. Der Weltmarkt selbst ist aber die sichere Basis des Gegensatzes zwischen entwickelten kapitalistischen und rückständigen Ländern.

Ländern, deren ganze Wirtschaft oft auf wenige Produkte ausgerichtet ist, garantieren, daß sie auch in Zukunft die gleiche Menge ihres Rohstoffs absetzen können. Ja, es gibt sogar linke Autoren – z.B. Susan George in ,,Warum die Hungernden die Satten ernähren" (1) –, die eine Einwilligung der USA auf die dringendsten Forderungen der Entwicklungsländer für einen klugen Schachzug hielten, weil sie den USA den wirtschaftlichen Vorteil gleichmäßiger Preise brächte, während Westeuropa und Japan den größten Anteil an den Kosten dieses Programms zu zahlen hätten.

Freilich ist sich auch die UNCTAD dieser Beschränkung bewußt und empfiehlt begleitende Maßnahmen wie ,,international vereinbarte Maßnahmen zur Regelung der Versorgung, die Exportquoten einschließen, Produktionspolitik, und wo es angemessen ist, langfristige multilaterale Versorgungs- und Abnahmeverpflichtungen." Dennoch bleibt der Hauptmangel, daß die Forderungen der Neuen Weltwirtschaftsordnung, von Ausnahmen abgesehen, vollständig den Gesetzen des Weltmarktes verhaftet bleiben und darauf zielen, gerechte Marktbeziehungen herzustellen. Der Weltmarkt selbst ist aber die sichere Basis des Gegensatzes zwischen entwickelten kapitalistischen und rückständigen Ländern.

Im Weltmarkt gefangen

Durch die Literatur zur Dritten Welt ist in letzter Zeit eine ganze Reihe von Fällen bekannt geworden, in denen Anbaufläche in Entwicklungsländern zur Produktion von landwirtschaftlichen Exportprodukten – in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion – mißbraucht wird. So etwa die Erdbeerproduktion in Mexiko, die ausschließlich dem US-amerikanischen Gaumen dient und deren Vorprodukte vollständig aus den USA kommen. (2) Der Import von Futtermitteln aus Ländern, in denen zum Teil Hungersnot herrscht, führt etwa in der BRD dazu, daß früheres Weideland brach liegt. Fisch, der im Norden gegessen wird, kommt im Gegensatz zu früher zu über einem Drittel aus Meeresgründen der unterentwickelten Länder.

Es sind dies aber eher die Überspitzungen des eigentlichen Teufelskreises. Andreas Bänziger hat dessen Erscheinungen kürzlich in der ,,Frankfurter Rundschau" am Beispiel Tansanias und Kenias geschildert. Beide Länder haben sehr unterschiedliche Entwicklungswege verfolgt, Tansania den des afrikanischen Sozialismus, Kenia einen ausgesprochen westlich orientierten, doch beide stehen sie heute vor einem ähnlichen Nahrungsmangel. In hohem Maße vom Export landwirtschaftlicher Produkte abhängig (Kaffee, Tee, Sisal), konnten sie das beste Land, das hierfür seit je in Beschlag genommen ist, nicht für die Nahrungsmittelproduktion in Gebrauch nehmen. Die Landwirtschaft ist der hauptsächliche Devisenbringer, und gerade in Zeiten sinkender Exportpreise mußte die Exportproduktion sogar noch ausgeweitet werden.

Zeitweise wurde fast überall ein Weg eingeschlagen, der unter dem Stichwort ,,Grüne Revolution" bekanntgeworden ist – und von dem heute die einstigen Vorkämpfer kaum noch zu sprechen wagen. Einführung neuer Produktionsmittel und Saatguts sollte die Rettung bringen. Am Ende standen neue Abhängigkeiten, weil Produktionsmittel, Dünger, Pflanzenschutzmittel usw. im Ausland gekauft werden mußten, und zu deren Bezahlung einschließlich dem Bau neuer Transportwege mußte wieder die Exportproduktion erhöht werden. Außerdem wurde die Konzentration des Landbesitzes und die Verschuldung erhöht. So hat in Indien von 1961–71 die Zahl der Landarbeiter um 20 Millionen zugenommen, während die Zahl der Pflanzer von 93 auf 78 Millionen sank.

Sicherlich kommen verschiedene Fehler bei der Durchführung dieser Programme hinzu, die einer Untersuchung im einzelnen bedürfen. Aber es ist doch frappierend, daß die bisherigen Muster der landwirtschaftlichen Entwicklung durchweg gescheitert sind.

Ungleicher Tausch

Die Einbindung in den Weltmarkt verdammt die Entwicklungsländer dazu, Produkte, in denen die Arbeit eines Tages steckt, gegen Produkte zu tauschen, in denen die Arbeit von beispielsweise nur einer Stunde steckt. Es ist die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt. Unterschiedliche Produktivkraft, unterschiedliches Niveau der Intensität und Qualität der Arbeit werden im Verkehr zwischen den entwickelten und unentwickelten Ländern nicht ausgeglichen, sondern bringen Gegensätze hervor, die zu Wi-

tionsmittel, Dünger, Pflanzenschutzmittel usw. im Ausland gekauft werden mußten, und zu deren Bezahlung einschließlich dem Bau neuer Transportwege mußte wieder die Exportproduktion erhöht werden. Außerdem wurde die Konzentration des Landbesitzes und die Verschuldung erhöht. So hat in Indien von 1961–71 die Zahl der Landarbeiter um 20 Millionen zugenommen, während die Zahl der Pflanzer von 93 auf 78 Millionen sank.

Sicherlich kommen verschiedene Fehler bei der Durchführung dieser Programme hinzu, die einer Untersuchung im einzelnen bedürfen. Aber es ist doch frappierend, daß die bisherigen Muster der landwirtschaftlichen Entwicklung durchweg gescheitert sind.

Ungleicher Tausch

Die Einbindung in den Weltmarkt verdammt die Entwicklungsländer dazu, Produkte, in denen die Arbeit eines Tages steckt, gegen Produkte zu tauschen, in denen die Arbeit von beispielsweise nur einer Stunde steckt. Es ist die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt. Unterschiedliche Produktivkraft, unterschiedliches Niveau der Intensität und Qualität der Arbeit werden im Verkehr zwischen den entwickelten und unentwickelten Ländern nicht ausgeglichen, sondern bringen Gegensätze hervor, die zu Wi-dersprüchen zwischen diesen Ländern werden. Das ist das Grundübel, das beseitigt werden muß.

Die kapitalistische Produktionsweise hat die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Zugleich aber hat sie die Unterschiede und Gegensätze zwischen den Nationen und insbesondere zwischen entwickelten und unterentwickelten Nationen ständig neu geschaffen und verewigt. Im ersteren zeigt sich die fortschrittliche Seite, im zweiten das zu beseitigende Hemmnis dieser Entwicklung. Die Länder der Dritten Welt müssen sich aus den Fängen des Weltmarkts befreien, sie können aber auch nicht hinter seine Existenz zurücktreten. Isolation oder zurück in die Vergangenheit wäre keine Lösung.

So etwa sieht es auch einer der Unterhändler Jugoslawiens, Mihailo Stevović: ,,Namentlich die Tendenzen in den internationalen Wirtschaftbeziehungen zeigten unwiderlegbar, daß ,die Produktivkräfte die einheitliche Weltwirtschaft' anstreben und daß sie auf diesem Weg mit großen Schwierigkeiten und riesigen Widerständen allmählich alle politischen, militärischen und wirtschaftlichen, also alle blockmäßigen künstlichen Hindernisse brechen." Der Kampf um die Neue Weltwirtschaftsordnung ist dabei ein Durchgangspunkt, nicht mehr, aber ein notwendiger.

(1) Zu beziehen beim Buchladen Rote Straße 10, 3400 Göttingen, für 5,90 DM

(2) Ernst Feder, Strawberry Imperialism, The Hague 1976

Die Weltbank im Entwicklungsbericht über Armut in China

schen Cancun der in mehr als einjährigen diplomatischen Bemühungen vorbereitete Nord-Süd-Gipfel statt. 22 ausgesuchte Staats- und Regierungschefs werden vertreten sein, Industrie- und Entwicklungsländer aus allen Regionen: Algerien, Bangladesh, Brasilien, BRD, China, Frankreich, Großbritannien, Guayana, Indien, Japan, Jugoslawien, Kanada, Mexiko, Nigeria, Österreich, die Philippinen, Saudi-Arabien, Schweden, Tansania, die USA und Venezuela.

Es gibt den Entwicklungsländern zusätzliches Gewicht, daß die Volksrepublik China als volkreichstes Land, das nach wie vor dem Prinzip ,,auf die eigene Kraft stützen" folgt, erstmals auf einer derartigen Konferenz auf der Seite der Dritten Welt vertreten ist. Trotz ausdrücklicher Einladung nicht erscheinen wird die Sowjetunion. Sie will damit unterstreichen, daß die Rückständigkeit der ehemaligen Kolonialländer allein in der Verantwortung der westlichen kapitalistischen Länder liegt, womit sie bislang noch immer die Verweigerung aller Hilfen für die Entwicklungsländer begründet hat. Tatsächlich geht es mehr um eine Fortsetzung des Versteckspiels, das die UdSSR gegenüber der Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung nicht ohne Grund treibt.

Von Friedemann Bleicher

Auf der Konferenz wird nichts entschieden werden, noch nicht einmal eine Tagesordnung wurde auf der Vorkonferenz der Außenminister festgelegt. Trotzdem wird sie von einem weiten Kreis von Ländern unterstützt, weil sie sich eine Fortsetzung des fast völlig eingefrorenen Nord-Süd-Dialogs erhoffen. Jene Entwicklungsländer erwarten, trotz des informellen Charakters der Gespräche, einen politischen Anstoß zur Verständigung über die sogenannten *Globalverhandlungen*, die eigentlich schon längst in Gang sein sollten. So sagte etwa Tansanias Außenminister Salim (den die Entwicklungsländer jetzt zum Kandidaten für das Generalsekretärsamt der UNO bestimmt haben): ,,Die Globalverhandlungen werden eines Tages dennoch beginnen, und unsere Gespräche werden für diese Verhandlungen eine wichtige Grundlage darstellen."

Für den materiellen Fortschritt der internationalen Verhandlungsprozedur ist das Zustandekommen der Globalverhandlungen von einiger Bedeutung. Bislang nämlich wird über die neue Weltwirtschaftsordnung getrennt in den Bereichen Handel, Entwicklung, Währung/Finanzen, Energie und Rohstoffe verhandelt. Sinnvollerweise kann über eine Neuordnung nur verhandelt werden, wenn nicht ständig in einem Bereich torpediert wird, was anderswo durchgesetzt werden konnte. So ist die Zersplitterung selbst ein Element der alten Ordnung.

Am deutlichsten wird dies in der Frage der Kompetenz des zentralen Verhandlungskörpers. Heikel ist diese Frage namentlich im Bereich der Finanzen, der gewöhnlich im Internationalen Währungsfonds verhandelt wird. Und dort haben die reichen Länder aufgrund des Quotensystems ein Stimmenübergewicht. Würde in der Vollversammlung der UNO abgestimmt, so hätten auch die großen westlichen Industrieländer nur eine Stimme pro Land. So sind vor allem die USA bestrebt, ihre privilegierte internationale Position nicht durch Globalverhandlungen zu schwächen, und gemeinsam mit Großbritannien und Westdeutschland haben sie bisher auch eine von Jugoslawien vorgelegte Kompromißformel zurückgewiesen.

Nur ein Anfang

Selbst wenn in Zukunft raschere und echte Fortschritte in den Verhandlungen über eine Neue Weltwirtschafts-

Die Weltbank im Entwicklungsbericht über Armut in China

Obwohl die Wirtschaftsstruktur und das Nationaleinkommen pro Kopf in China mit vielen anderen Ländern mit niedrigem Einkommen vergleichbar sind, liegt der physische Lebensstandard des Großteils der chinesischen Bevölkerung auffallend über dem in den meisten übrigen Ländern mit niedrigem Einkommen. Die Lebenserwartung bei der Geburt stieg im Zeitraum 1950 bis 1979 von 36 auf 64 Jahre. Das Durchschnittsland mit mittlerem Einkommen startete im Jahre 1950 in etwa auf dem gleichen Niveau, verbesserte die Lebenserwartung seiner Bevölkerung bis zum Jahre 1979 aber nur auf 51 Jahre, während das Durchschnittsland mit mittlerem Einkommen zwar eine bessere Ausgangsposition (48 Jahre) hatte, aber auch nur ein niedrigeres Ergebnis (61 Jahre) erreichte.

Dieser Erfolg Chinas läßt sich teilweise auf gegenseitig abgestimmte Bemühungen in mehreren wechselseitig verbundenen und unabhängigen Bereichen zurückführen; hierzu gehören die grundlegenden Leistungen im Erziehungswesen, der gesundheitlichen Versorgung und Ernährung sowie die Bevölkerungsplanung. So wurden zum Beispiel Mütter und Kinder recht weitgehend mit medizinischen Leistungen und Ernährungsprogrammen versorgt. Als Folge hiervon sank die Säuglingssterblichkeit und dementsprechend auch die Zahl der Kinder, die erforderlich war, um eine angestrebte Familiengröße zu erreichen. Gleichzeitig verringerte sich durch die niedrigere Geburtenzahl der Druck auf die bestehenden Einrichtungen im Gesundheits- und Erziehungswesen.

Obgleich solche Programme auch in anderen Entwicklungsländern bestehen, ist China bei seinen Bemühungen zur menschlichen Entwicklung weiter gegangen als die meisten anderen. Diese Bemühungen waren eng in die soziale Bewegung integriert, die auf die Revolution im Jahre 1949 zurückgeht: Die Parteiorganisationen geben sogar Normen für die Familiengröße vor, die in die Zuständigkeit der Kommunen fallen. Jede Gesellschaftsschicht, angefangen von der Produktionsgarde über die Kommunen bis hin auf die nationale Ebene, leistet ihren Beitrag zur Bereitstellung sozialer Leistungen. So übernehmen zuweilen Produktionsbrigaden die Finanzierung der Ausbildung von einem oder mehreren »Barfuß-Ärzten«, die sowohl in der medizinischen Grundversorgung tätig sind als auch oft in der Brigade mitarbeiten.

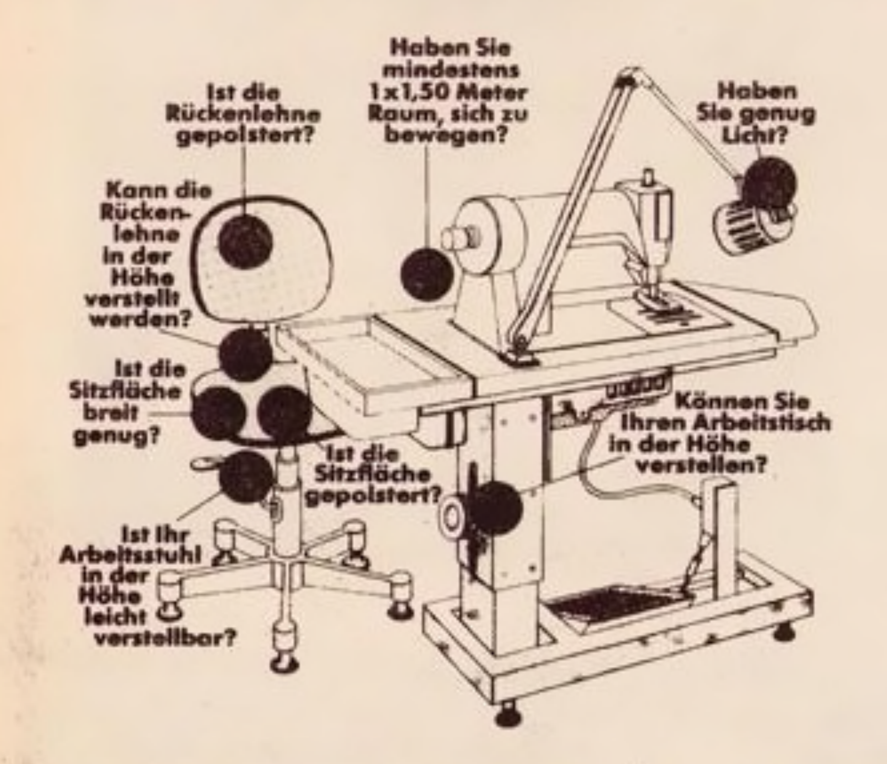
Einige der Programme werden durch staatliche Subventionen finanziert, aber auch durch beteiligte Gruppen unterstützt, die bei den anstehenden Entscheidungen ein Mitspracherecht haben. Der Rückgriff auf örtliche Finanzierungsmittel hat allerdings einige Nachteile – arme Regionen können sich allenfalls die rudimentärsten Einrichtungen leisten. Die eindrucksvollen Fortschritte Chinas bei der menschlichen Entwicklung haben dennoch – wahrscheinlich gerade wegen ihrer weitgehenden Finanzierung aus ö.tlichen Quellen – mehrere große Erschütterungen überlebt wie insbesondere den »Großen Sprung nach Vorn« (1958 bis 1960) und die Kulturrevolution (1966 bis 1976).

Paradoxerweise unterscheidet sich der Anteil der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung Chinas am Gesamteinkommen – der auf etwa 18 Prozent geschätzt wird – nur wenig von dem in anderen Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen. Ein Großteil der ungleichmäßigen Verteilung ist jedoch in China auf regionale wirtschaftliche Unterschiede zurückzuführen. Innerhalb der Kommunen und Städte besteht in erster Linie wegen des Kollektiveigentums nur ein geringes Einkommensgefälle. Darüber hinaus geht es den Armen in China, wie die Kennzahlen der Lebensqualität zeigen, weit besser als den Armen mit einem vergleichbaren Einkommen in den meisten anderen Entwicklungsländern.

Grundlegende Kennzahlen

Land und Ländergruppe	BSP pro Kopf (in $) 1979	Jahresdurchschnittliches Bevölkerungswachstum (in %) 1970–79	Alphabetenquote für Erwachsene (in %) 1976	Grundschul-Einschulungsquote (netto) (in %) 1975 oder 1977	Lebenserwartung bei der Geburt (in Jahren) 1950[a]	1979
China	260	1.9	66[b]	93[b]	[36]	64
Sri Lanka	230	1.7	85	62	[55]	66
Indien	190	2.1	36	64	[38]	52
Indonesien	370	2.3	62	66	[35]	53
Länder mit niedrigem Einkommen	210	2.3	39	56	[37]	51
Länder mit mittlerem Einkommen	1 420	2.4	72	71	[48]	61
Industrieländer	9 440	0.7	99	94	67	74

[a] Angaben für 1950 überwiegend geschätzt.
[b] Für 1979.



Begutachten Sie einmal Ihren eigenen Arbeitsplatz. Sprechen Sie mit Ihren Kolleginnen darüber. Verständigen Sie Ihren Betriebsrat über festgestellte Mängel oder schreiben Sie uns Ihre Meinung (aus Gewerkschaftszeitung Textil-Bekleidung 9/81).

Drucker der „elle" bitten um Unterstützung ihres Streiks

kvz. Die französische Wochenzeitschrift „elle" wurde bisher in der Druckerei Nea in Lille hergestellt. Die Arbeiter dort fordern bessere Arbeitsbedingungen (u.a. wird eine zusätzliche Schicht verlangt), die von der Geschäftsleitung verweigert werden. Der Druck der Zeitschrift sollte deshalb in einer anderen Druckerei, Berge le Gros in Nancy, durchgeführt werden. Hier weigerten sich die Arbeiter und unterstützten die Drucker in Lille. Jetzt drohen die Verleger, die Zeitschrift im Ausland drucken zu lassen. Die IG Druck unterstützt den Aufruf der französischen Gewerkschaft, Solidarität mit den französischen Kollegen zu üben und keine ausgelagerten Arbeiten auszuführen.

Liverpools Hafen ist lahmgelegt

mfl. In Liverpool wird kein Schiff mehr abgefertigt. Die rund 3000 Dockarbeiter sind im Streik. Ursache war eine Auseinandersetzung um das Aufsammeln von heruntergefallener Ware. Eine Arbeitsgruppe von Schauerleuten weigerte sich, verstreute Kakao- und Butterpakete aufzuheben, wenn sie für diese Zusatzarbeiten nicht zwei Männer Verstärkung erhielten. Das zuständige Unternehmen lehnte das mit dem Hinweis ab, ein vor kurzem abgeschlossenes „Friedensabkommen" würde nur eine Stärke von sechs Mann vorsehen. Zunächst traten daraufhin 480 Dockarbeiter in Streik. Inzwischen hat sich der Rest der Dockarbeiter dem unbefristeten Streik angeschlossen.

Einigung über die Lohngruppe 2 in der Metallindustrie

kvz. Die Verhandlungen über die Lohngruppe 2 in der Metallindustrie

Druck der Zeitschrift sollte deshalb in einer anderen Druckerei, Berge le Gros in Nancy, durchgeführt werden. Hier weigerten sich die Arbeiter und unterstützten die Drucker in Lille. Jetzt drohen die Verleger, die Zeitschrift im Ausland drucken zu lassen. Die IG Druck unterstützt den Aufruf der französischen Gewerkschaft, Solidarität mit den französischen Kollegen zu üben und keine ausgelagerten Arbeiten auszuführen.

Liverpools Hafen ist lahmgelegt

mfl. In Liverpool wird kein Schiff mehr abgefertigt. Die rund 3000 Dockarbeiter sind im Streik. Ursache war eine Auseinandersetzung um das Aufsammeln von heruntergefallener Ware. Eine Arbeitsgruppe von Schauerleuten weigerte sich, verstreute Kakao- und Butterpakete aufzuheben, wenn sie für diese Zusatzarbeiten nicht zwei Männer Verstärkung erhielten. Das zuständige Unternehmen lehnte das mit dem Hinweis ab, ein vor kurzem abgeschlossenes „Friedensabkommen" würde nur eine Stärke von sechs Mann vorsehen. Zunächst traten daraufhin 480 Dockarbeiter in Streik. Inzwischen hat sich der Rest der Dockarbeiter dem unbefristeten Streik angeschlossen.

Einigung über die Lohngruppe 2 in der Metallindustrie

kvz. Die Verhandlungen über die Lohngruppe 2 in der Metallindustrie
Schleswig-Holsteins wurden abgeschlossen. Danach wird der Lohngruppenschlüssel (prozentualer Stand zum Ecklohn in der Lohngruppe 2) in zwei Stufen von 80,5% auf 82% des Ecklohnes angehoben. Die erste Stufe tritt am 1. November diesen Jahres in Kraft, die zweite zum 1. November 1982. Gefordert worden war der Wegfall der Lohngruppe 2, was eine Anhebung auf 85% bedeutet hätte. Die Zustimmung der Tarifkommission steht noch aus.

Rationalisierungsschutzabkommen in der feinkeram. Industrie

kvz. In einem Schlichtungsverfahren ist ein neues Rationalisierungsschutzabkommen für die feinkeramische Industrie in der Bundesrepublik abgeschlossen worden. Danach müssen alle zu erwartenden Auswirkungen durch geplante Rationalisierungsmaßnahmen frühzeitig mit dem Betriebsrat beraten werden. Bei Umsetzungen, die zu Lohneinbußen führen, werden jetzt nicht nur direkte tarifliche Abgruppierungen, sondern auch Änderungen der Entlohnungsform (z.B. Ersatz von Akkord und Leistungslohn durch Prämien und Zeitlohn) vom Rationalisierungsschutzabkommen erfaßt. Arbeiter, die dem Betrieb mindestens 10 Jahre angehören, haben Anspruch auf ein Übergangsgeld. Grundsätzlich muß bei Rationalisierungsmaßnahmen den Arbeitern ein gleichwertiger zumutbarer Arbeitsplatz angeboten werden. Kommt es trotzdem zu Entlassungen, bekommen Arbeiter mit einer Betriebszugehörigkeit von 10 Jahren und einem Lebensalter von 45 Jahren eine Abfindung, die zwischen einem und neun Monatsverdiensten liegt.

Erster größerer Streik seit Amtsantritt von Mitterrand

kvz. Die Gewerkschaften beschlossen für diese Woche den Streik der rund 13000 Beschäftigten im Renault-Werk Boulogne-Billancourt. Anlaß war die unbefristete Aussperrung von 4000 Beschäftigten durch die Werksleitung. Diese als Zwangsurlaub bezeichnete Maßnahme wurde mit Störungen im Produktionsablauf durch eine Reihe kurzer Streiks in den vergangenen zwei Wochen begründet. Seit dem 22. September werden von den Beschäftigten in wichtigen Abteilungen kurze Streiks durchgeführt, um die seit Monaten schleppend verlaufenden Tarifverhandlungen zu beschleunigen. Gefordert werden höhere Löhne, Beförderungen, Verringerung der Arbeitszeit und vermehrte Mitbestimmung.

Kurzmeldungen:

Das Mercedes-Werk des südafrikanischen Herstellers United Car and Diesel Distributors (UCDD) in East London wird bestreikt. Es geht um die Wiedereinstellung von Arbeitern, die beim letzten Streik entlassen wurden. Die jetzt streikenden Arbeiter sollen auch entlassen und durch neue ersetzt werden.

Schwangere Frauen, die noch berufstätig sind, sollen besser vor chemischen Stoffen am Arbeitsplatz geschützt werden. In einer Untersuchung der Staatskommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) soll geprüft werden, welche chemischen Stoffe einer Schwangeren am Arbeitsplatz zugemutet werden können, ohne daß es zu einer Schädigung des ungeborenen Kindes kommt. Zahl-

unbefristete Aussperrung von 4000 Beschäftigten durch die Werksleitung. Diese als Zwangsurlaub bezeichnete Maßnahme wurde mit Störungen im Produktionsablauf durch eine Reihe kurzer Streiks in den vergangenen zwei Wochen begründet. Seit dem 22. September werden von den Beschäftigten in wichtigen Abteilungen kurze Streiks durchgeführt, um die seit Monaten schleppend verlaufenden Tarifverhandlungen zu beschleunigen. Gefordert werden höhere Löhne, Beförderungen, Verringerung der Arbeitszeit und vermehrte Mitbestimmung.

Kurzmeldungen:

Das Mercedes-Werk des südafrikanischen Herstellers United Car and Diesel Distributors (UCDD) in East London wird bestreikt. Es geht um die Wiedereinstellung von Arbeitern, die beim letzten Streik entlassen wurden. Die jetzt streikenden Arbeiter sollen auch entlassen und durch neue ersetzt werden.

Schwangere Frauen, die noch berufstätig sind, sollen besser vor chemischen Stoffen am Arbeitsplatz geschützt werden. In einer Untersuchung der Staatskommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) soll geprüft werden, welche chemischen Stoffe einer Schwangeren am Arbeitsplatz zugemutet werden können, ohne daß es zu einer Schädigung des ungeborenen Kindes kommt. Zahl-
reiche Arbeitsstoffe sind nach DFG-Angaben bisher nicht oder nicht mehr ausreichend auf solche Wirkungen untersucht worden.

Etwa 46000 Beschäftigte der britischen Werften traten ihre Schichten schon den 3. Montag nicht an. Die Gewerkschaften, die auch die Überstunden verweigern, wollen damit gegen die Schließung einer Werft in Dundee (Schottland) protestieren. Die 140 entlassenen Arbeiter dieser Werft halten seit Einstellung des Betriebs am 18. September auf dem Werftgelände einen Sitzstreik ab.

4,9% mehr Lohn und Gehalt für die 16000 Beschäftigten in den 23 Betrieben der hohlglaserzeugenden Industrie des Bundesgebietes ab 1.10.81 wurden vereinbart. Gleichzeitig wurde vereinbart, daß ab 1. April 1982 für den gesamten Tarifbereich der Behälterglasindustrie ein einheitliches Lohnbild gilt.

Die britische Bergarbeitergewerkschaft hat das Angebot der staatlichen Kohlebergbau-Verwaltung von 8% Lohnerhöhung abgelehnt. Sie fordert 25%, um den seit drei Jahren angestrebten Mindestwochenlohn von 100 Pfund zu erreichen.

Liberias Staatschef Samuel Doe hat die Entlassung von 240 Streikenden bei dem liberianisch-amerikanisch-schwedischen Bergbauunternehmen Lamco angeordnet. Die Arbeiter hatten gegen die Verweigerung der Auszahlung von Zulagen protestiert, die ihnen ihrer Meinung nach zustehen.

Schwierigkeiten beim Aufbau eines freien Gewerkschaftsbundes

Brasiliens Gewerkschafter haben mit staatlicher Gewalt und inneren Differenzen zu kämpfen

mfl. Die Bildung einer Gewerkschaft in Brasilien hängt vom Arbeitsministerium ab. In definierten Regionen und Berufsgruppen können sich Berufsverbände bilden. Diese Berufsverbände dürfen den Antrag auf Anerkennung als Gewerkschaft stellen. Über die Anerkennung als Gewerkschaft entscheidet eine Kommission des Arbeitsministeriums. Für jede Region und jede Berufskategorie wird nur eine Gewerkschaft zugelassen, Gewerkschaftspluralismus ist gesetzlich ausgeschlossen.

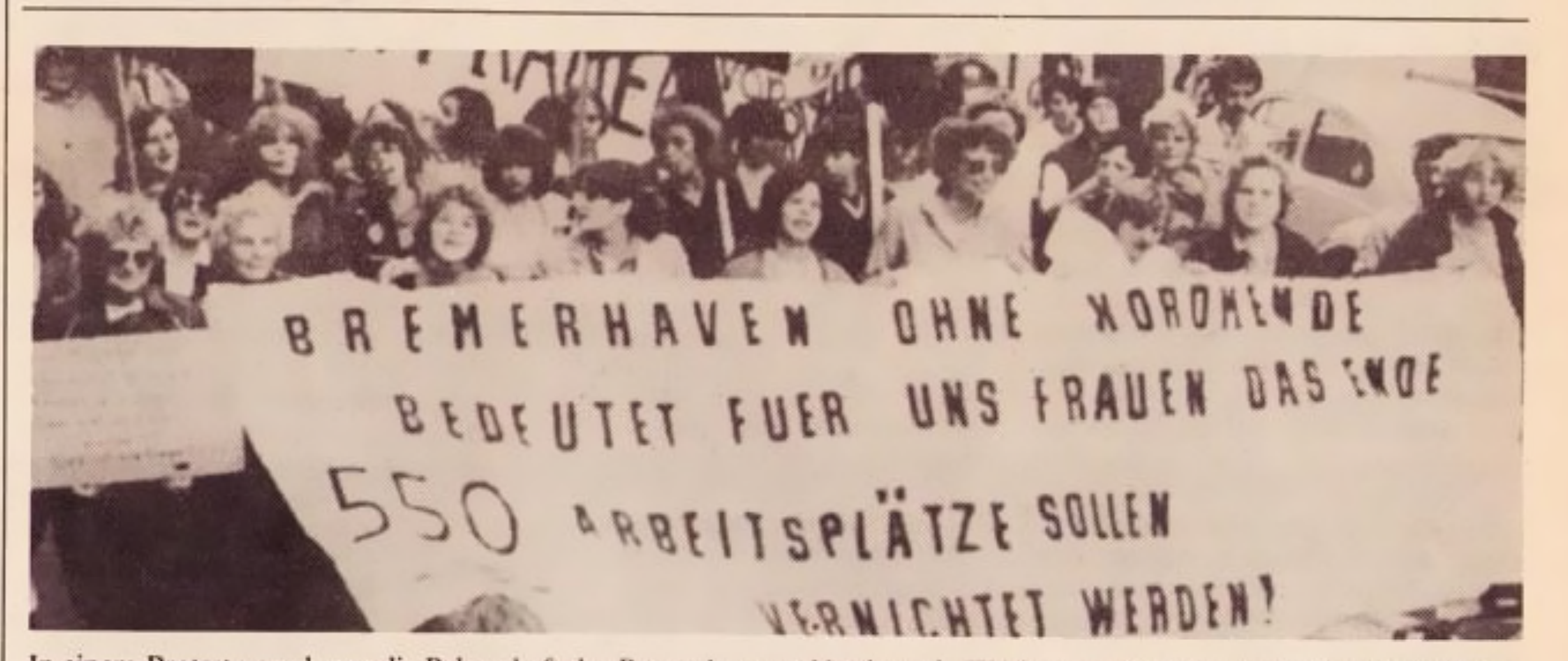
Die Finanzierung der Gewerkschaften wird auch im wesentlichen über das Arbeitsministerium geregelt. Jeder Arbeiter ist, unabhängig davon, ob er Mitglied ist oder nicht, verpflichtet, einen Tageslohn pro Jahr für das Gewerkschaftswesen zu zahlen. Die Gelder werden gleich vom Betrieb einbehalten und an das Arbeitsministerium weitergeleitet. Nach einem bestimmten Schlüssel wird es den Gewerkschaftsorganisationen zugeteilt. Wer freiwillig der Gewerkschaft beitritt, zahlt einen von der Gewerkschaft festgesetzten Beitrag und hat dafür Anrecht auf Sozialleistungen und Rechtsberatung. Dieser Teil macht aber nur einen geringen Teil der Gewerkschaftsgelder aus. Weiter bekommen die Gewerkschaften einen Prozentsatz der in den Tarifverträgen und Arbeitsgerichtsentscheidungen erreichten Lohnerhöhungen zugewiesen. Diese finanzielle Unabhängigkeit der Vorstände von den Mitgliedern führt eher zur Hemmung gewerkschaftlicher Aktivitäten. Außerdem dürfen die Gelder der „Gewerkschaftssteuer" nur für Zwecke der Sozialunterstützung benutzt werden.

Ungenehme Gewerkschaftsvorstände können abgesetzt und durch Beamte des Arbeitsministeriums ersetzt werden. Gerade in den größeren Gewerkschaften kommt das häufig vor. Von 1964 bis 1975 wurde in 70% aller Gewerkschaften, die mehr als 5000 Mitglieder haben, interveniert. Häufigster Anlaß sind Streiks, obwohl offiziell das Streikrecht gesetzlich verankert ist. Durch viele Ausnahmebestimmungen wurde aber erreicht, daß in der Praxis über 90% der Streiks nach 1978 illegal waren. Gewerkschaftliche Streikfonds sind sowieso verboten.

Die starke staatliche Kontrolle behindert den Aufbau einer wirkungsvollen gewerkschaftlichen Tätigkeit erheblich. Gegen diese Form der Unterdrückung hat sich eine gewerkschaftliche Opposition herausgebildet. In einigen Gewerkschaften wurden Gewerkschafter der Oppositionsbewegung in den Vorstand gewählt. Auf einem nationalen Gewerkschaftskongreß wurde beschlossen, für nächstes Jahr den Aufbau einer Einheitgewerkschaft in Angriff zu nehmen. Das wird auf verschiedene Schwierigkeiten stoßen. Sowieso schon auf das gesetzliche Verbot. Eine weitere Schwierigkeit ist, daß die brasilianischen Gewerkschaften in den Betrieben traditionell sehr schwach sind. Bisher sind erst sehr vereinzelt Betriebsräte mit minimalen Rechten durchgesetzt worden, und es gibt keine Basisorganisationen in den Betrieben.

Das wesentliche Hindernis aber besteht in den inhaltlichen Differenzen der Gewerkschafter in der Oppositionsbewegung. Hauptsächlich gibt es zwei Strömungen: Die größere von beiden ist die „Unidade Sindicale" (Gewerkschaftseinheit). Sie versucht, ausgehend von den bestehenden Strukturen, die Gewerkschaftsvorstände mit progressiven Gewerkschaftern zu besetzen. Sie wollen Unabhängigkeit vom Arbeitsministerium und den Aufbau eines einheitlichen Dachverbandes, der aber durch die Gewerkschaftsdirektorien und nicht durch Wahlen besetzt werden soll. Auch die Gewerkschaftssteuer als Finanzierungsquelle wollen sie beibehalten. Sie legen weniger Gewicht auf die Betriebe, sondern hoffen auf die Erlangung von Einfluß auf gesetzlicher und politischer Ebene. Für die Betriebe wollen sie vom Gewerkschaftsvorstand eingesetzte Funktionäre, die als freigestellte und unkündbare Arbeiter in den Betrieben Gewerkschaftsarbeit leisten.

Die Minderheitsströmung, zu der auch der Vorsitzende der Partei der Arbeit (PT), Lula, gehört, ist noch wesentlich zersplitterter. Insgesamt legen sie ihren Schwerpunkt auf die Arbeit in den Betrieben. Sie verteidigen die Einrichtung von Betriebsräten und fordern eine grundlegende Demokratisierung der gewerkschaftlichen Struktur und die Abschaffung der Gewerkschaftssteuer. Den gewerkschaftlichen Vertreter im Betrieb wollen sie auch dort wählen lassen und nicht vom Vorstand einsetzen. Insgesamt geben die Vorstellungen der Minderheit wohl mehr Aussicht auf eine tatsächliche Verbesserung der gewerkschaftlichen Möglichkeiten, denn was ist eine Gewerkschaft ohne Basis in den Betrieben. Ob es gelingt, einen einheitlichen und unabhängigen Gewerkschaftsdachverband aufzubauen, wird jedenfalls in hohem Maße von dem Druck aus den Betrieben abhängen.



In einem Protestmarsch zog die Belegschaft des Bremerhavener Nordmende-Werkes zum Stadthaus, als die Entscheidung des französischen Mutterunternehmens Thomson-Brandt, im Bremer Werk 500 Entlassungen vorzunehmen und das Bremerhavener Werk ganz zu schließen, bekannt wurde. 550 Arbeitsplätze, überwiegend von Frauen, werden dadurch vernichtet. Nach Aussage des Arbeitsamtes steigt damit die Arbeitslosenquote in Bremerhaven auf 10%, denn vergleichbare Alter-

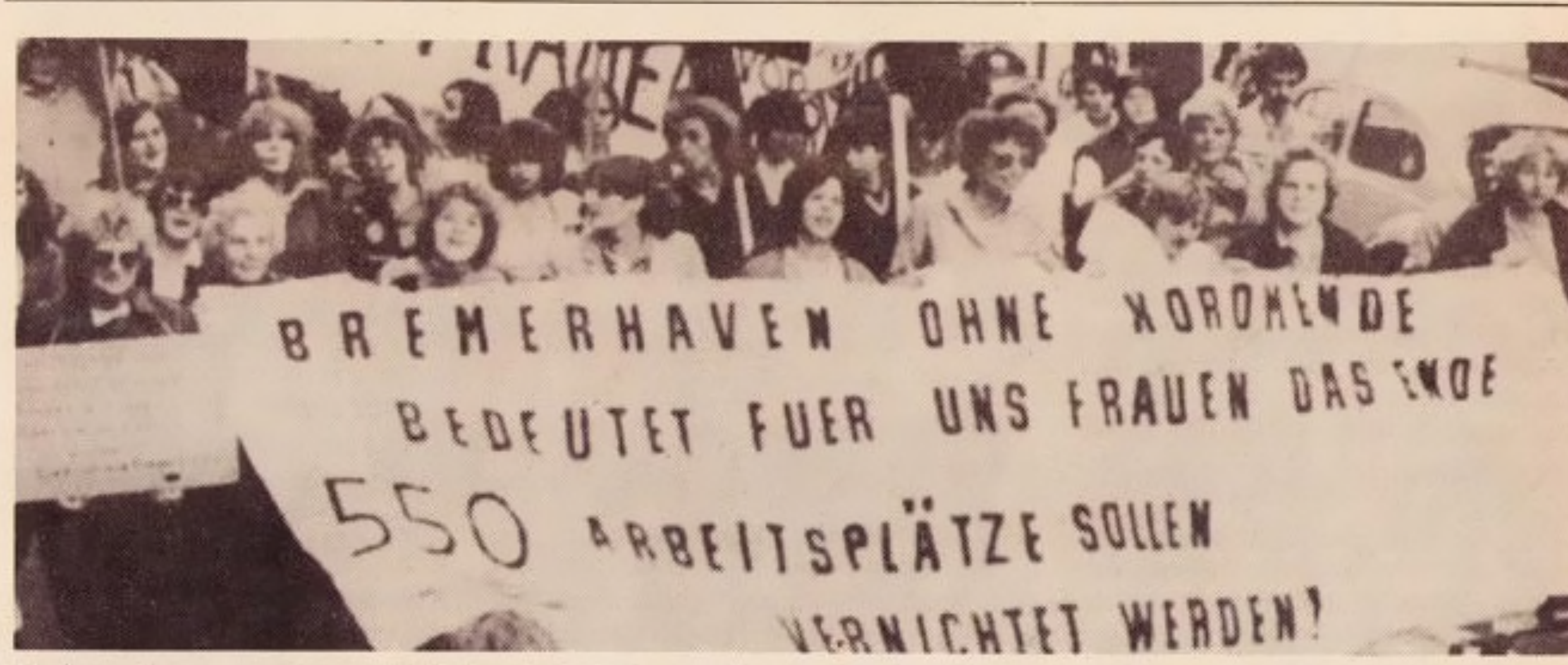
gen Teil der Gewerkschaftsgelder aus. Weiter bekommen die Gewerkschaften einen Prozentsatz der in den Tarifverträgen und Arbeitsgerichtsentscheidungen erreichten Lohnerhöhungen zugewiesen. Diese finanzielle Unabhängigkeit der Vorstände von den Mitgliedern führt eher zur Hemmung gewerkschaftlicher Aktivitäten. Außerdem dürfen die Gelder der „Gewerkschaftssteuer" nur für Zwecke der Sozialunterstützung benutzt werden.

Ungenehme Gewerkschaftsvorstän-

die brasilianischen Gewerkschaften in den Betrieben traditionell sehr schwach sind. Bisher sind erst sehr vereinzelt Betriebsräte mit minimalen Rechten durchgesetzt worden, und es gibt keine Basisorganisationen in den Betrieben.

Das wesentliche Hindernis aber besteht in den inhaltlichen Differenzen der Gewerkschafter in der Oppositionsbewegung. Hauptsächlich gibt es zwei Strömungen: Die größere von beiden ist die „Unidade Sindicale" (Gewerkschaftseinheit). Sie versucht, aus-

Vertreter im Betrieb wollen sie auch dort wählen lassen und nicht vom Vorstand einsetzen. Insgesamt geben die Vorstellungen der Minderheit wohl mehr Aussicht auf eine tatsächliche Verbesserung der gewerkschaftlichen Möglichkeiten, denn was ist eine Gewerkschaft ohne Basis in den Betrieben. Ob es gelingt, einen einheitlichen und unabhängigen Gewerkschaftsdachverband aufzubauen, wird jedenfalls in hohem Maße von dem Druck aus den Betrieben abhängen.



In einem Protestmarsch zog die Belegschaft des Bremerhavener Nordmende-Werkes zum Stadthaus, als die Entscheidung des französischen Mutterunternehmens Thomson-Brandt, im Bremer Werk 500 Entlassungen vorzunehmen und das Bremerhavener Werk ganz zu schließen, bekannt wurde. 550 Arbeitsplätze, überwiegend von Frauen, werden dadurch vernichtet. Nach Aussage des Arbeitsamtes steigt damit die Arbeitslosenquote in Bremerhaven auf 10%, denn vergleichbare Alter-nativen gibt es für die zum großen Teil ungelernten Frauen nicht.

Endauswertung der Betriebsratswahlen in der Metallindustrie

Zunahme der weiblichen, ausländischen und unorganisierten Betriebsräte

ped. Eine vorläufige Endauswertung der Betriebsratswahlen 1981 in der Metallindustrie liegt seitens der IG Metall jetzt vor (z.T. abgedruckt in „Gewerkschafter" 9/81). Die Erfassung bezieht sich auf 10168 Betriebe mit über 3,7 Mio. Beschäftigten. Dort sind 65755 Betriebsräte neu gewählt worden, von denen 54651 in der IG Metall, 1254 in der DAG, 394 im CMV/CGB sind sowie 9456 als unorganisiert gelten. Die wesentlichsten Ergebnisse im einzelnen:

DAG und CMV/CGB haben an Einfluß verloren. Der CMV sank von 0,6% 1978 auf nun 0,5%, die DAG insgesamt von 2,0% auf 1,9%, davon bei den Angestellten von 6,6% der Sitze 1978 auf jetzt noch 6,1%.

Die IG Metall hat gegenüber 1978 aber ebenfalls Sitze eingebüßt. Insgesamt stellt sie jetzt 83,9% der Betriebsräte gegenüber 1978 mit 85,4%, dem Jahr mit dem insgesamt besten Wahlergebnis für die IG Metall.

Verloren hat die IG Metall gegenüber unorganisierten Betriebsratskandidaten, worunter alle Kandidaten außerhalb von IGM, DAG, CMV/CGB gefaßt sind. Der Anteil dieser Unorganisierten ist insgesamt von 12,7% 1978 auf jetzt 14,3% gestiegen. Nach Arbeitern und Angestellten unterteilt: bei den Arbeitern von 8,5% auf jetzt 10,3%, bei den Angestellten von 22,4% auf 24,1%. Die IG Metall wird schon recht haben, wenn sie dazu schreibt, die meisten Unorganisierten würden sich nach ihrer Wahl in der IG Metall organisieren. Dennoch gab es einen entsprechenden Sprung im Anstieg der Unorganisierten zuletzt bei der Wahl 1972 (von 13,4% 1968 auf 15,7%), d.h. nach den Septemberstreiks 1969 und dem auf breiter Ebene einsetzenden Neuaufschwung der Arbeiterbewegung. Es liegt auch heute nahe, daß dieser Veränderung eine Stärkung oppositioneller Positionen zum Kurs der IGM bzw. der jeweiligen Betriebsräte zu Grunde liegt.

Der Anteil der Frauen im Betriebsrat ist von 10,4% auf 11,5% gestiegen, während der Anteil der Frauen an den Belegschaften aber nach wie vor mit 21,6% wesentlich höher liegt.

Ebenso bei den ausländischen Arbeitern und Angestellten, deren Anteil an Betriebsräten von 3,8% auf 4,3% gestiegen ist, bei einem Anteil von 14,6% an den insgesamt Beschäftigten.

Die personelle Umwälzung der Betriebsräte ist in etwa gleich geblieben (Zahlen von 1978 in Klammern): 37,9% (38,4%) wurden erstmals gewählt, 24,3% (25,1%) zum zweitenmal und 37,6% (36,5%) befinden sich in der dritten oder höheren Amtsperiode.

Leicht erhöht hat sich das Alter der Betriebsräte: 14% (16,2%) sind in der Altersgruppe 18–30 Jahre, 53% (51,3%) in der Altersgruppe 31–45 Jahre und 33% (31,5%) in der Altersgruppe 46 bis 60 Jahre.

Die Wahlbeteiligung liegt nach dem laufenden Anstieg bis auf 80,7% 1978 auch in diesem Jahr bei rund 80%.

Von den Betriebsratsvorsitzenden stellt die IG Metall 9420 (92,6%), die DAG 67 (0,7%), der CMV/CGB 5 (0,1%), während 676 Betriebsratsvorsitzende (6,6%) unorganisiert sind. Zahlen, die nochmals die Stärke der IG Metall herausstreichen.

Arbeitsschutz ja! Aber für wen?

Kongreß für „Arbeitsschutz + Arbeitsmedizin 1981" in Düsseldorf

mab.Köln. „Schon in der Schußlinie" sieht am 8.10. das „Handelsblatt" nach der Kongreßeröffnung den noch nicht veröffentlichten Entwurf für ein einheitliches Arbeitsschutzgesetz. Die Kapitalvertreter vom BDA und von Gesamtmetall nutzten den zweijährlich stattfindenden Arbeitsschutzkongreß als Auftakt für ihre Propaganda gegen die Novellierung, die erst ab Januar 1985 in Kraft treten soll und sich momentan in der „interministeriellen" Abstimmung befindet. Daß diese Abstimmungsphase nicht zur Entschärfungsphase werden darf, machten Gewerkschaftsvertreter und Betriebsräte auf den ersten beiden Kongreßtagen deutlich.

Im Eröffnungsreferat verteidigte Ehrenberg den Entwurf seines Ministeriums unter der Leitlinie: „Im Arbeitsschutz wie in der gesamten Sozialpolitik wird es keine Tendenzwende geben". Zweck der Novellierung sei neben der Vereinheitlichung der Schutzbestimmungen die Integration des Öffentlichen Dienstes und die Herausnahme des Arbeitsschutzes aus der Gewerbeordnung, die seit 1891 im §120 die „Natur des Betriebs" als Schutzkriterium bestimmt. Mehr *Mitwirkungs*rechte für die Gewerkschaften, Schutz vor Arbeitsüberforderungen durch Arbeitszeitbegrenzungen, effektivere Überwachung durch Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften stellte Ehrenberg als moderne Arbeitsschutzerfordernisse heraus. Der stellvertretende BDA-Hauptgeschäftsführer Doetsch lehnte eine solche „Reform an Haupt und Gliedern" als überflüssig ab. Seine Forderungen zur Erhaltung des „Arbeitgeberauftrages": strikte Trennung von Arbeitsschutz- und Humanisierungsmaßnahmen, keine „Aushöhlung der Tarifautonomie durch Arbeitszeitkorsette", keine schärferen Schutzbestimmungen, die die Betriebe nur in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit behindern und zusätzliche Rationalisierungen auslösen würden; Art und Umfang des Entwurfs müßten überdacht werden, der Staat solle sich auf die Verhütung von Betriebsunfällen konzentrieren. Gerd Muhr, stellvertretender DGB-Bundesvorsitzender, stellte den Kapitalvertretern anhand der tatsächlichen Unfall-und Verschleißentwicklung die Gegenrechnung auf. Die drastisch gestiegenen Arbeitsbelastungen und neuen Gefahren infolge neuer Technologien und Rationalisierungen, die Arbeiter und Angestellte inzwischen gleichermaßen treffen, erforderten eine Integration von Arbeitsschutz- und Humanisierungsmaßnahmen sowie Integration von Arbeits? und Umweltschutz. Nur so seien die „Grundfragen" jeder Industriegesellschaft – die soziale Beherrschung der Technik – zu lösen. Muhr begrüßte den neuen Gesetzentwurf als Schritt zur Erfüllung der DGB-Forderungen nach mehr Prävention und durchgreifenden Schutzbestimmungen. Diese seien dringend erforderlich, um die Ursachen der gesundheitlichen Zerstörungsprozesse in der Arbeitswelt wie z.B. Schichtarbeit, Arbeitsstoffe, Lärm, Leistungsdruck, körperliche Schwerarbeit, nervlich-psychische Überforderung endlich wirksam zu bekämpfen.

Die in den Reden erkennbare augenblickliche Interessenkonstellation wurde auf den Veranstaltungen zum Arbeitsschutzsystem noch deutlicher: auf der einen Seite die Kapitalvertreter und ihre Ablehnung des Entwurfs wegen der Eingriffe in die „betriebliche Dispositionsfreiheit" und die „bewährte paritätische Selbstverwaltung", was von den Vertretern der Berufsgenossenschaften unterstützt wurde; auf der anderen Seite die Beamten des Arbeitsministeriums und Gewerkschaftsvertreter, die diese Eingriffe als unverzichtbar verteidigten, wobei sie sowohl vom Vertreter der NRW-Gewerbeaufsicht als auch von Betriebsräten unterstützt wurden mit einer Fülle von Praxisbeispielen. Kritisiert wurde die Servicementalität der Aufsichtsorgane, das „Schandurteil von Baden-Württemberg", die unzureichenden Sanktionsmöglichkeiten, die erfolglosen Unfallanalysen wegen nichtfestzustellender Verantwortung und die „Personalpolitik" mit Hilfe der Betriebsärzte. Die Standesvertreter der Betriebsärzte und Sicherheitsfachkräfte lehnten das Beschwerde- und Arbeitsverweigerungsrecht der Beschäftigten nicht ab, bezeichneten es aber als für sie riskant, da sie der Geschäftsleitung weiterhin unterstellt bleiben, der Nutzen ihrer Tätigkeit allerdings für die Beschäftigten kontrollierbarer, z.T. sogar einklagbar wird. Dieser Widerspruch zwischen Betriebsärzten und Beschäftigten kann nicht nur durch bessere Zusammenarbeit, sondern vor allem durch mehr Rechte für Betriebsräte beseitigt werden. Dies ist im neuen Gesetzentwurf allerdings nicht vorgesehen. Das bisherige Arbeitssicherheitsgesetz von 1974, das nach Entschärfung des ersten Entwurfs den Betriebsräten nur Informations- und eingeschränkte Mitbestimmungsrechte (u.a. bei der Einstellung der Betriebsärzte) zubilligt, wird unverändert übernommen – bis auf die fällige Einbeziehung des öffentlichen Dienstes. Eindeutige Initiativ-, Kontroll- und Entscheidungsrechte der Betriebsräte im betrieblichen Arbeitsschutz werden auch durch verstärkte Schutzverpflichtungen der Kapitalisten und verstärkte staatliche Kontrolle nicht überflüssig – im Gegenteil. Partikel, der Schutzexperte der IG Metall, wies unter Beifall die Kapitalvertreter auf das „polnische Beispiel" hin: „Wer sagt denn, daß wir bei veränderter politischer Landschaft, bei hinhaltendem Widerstand der Arbeitgeber nicht den polnischen Arbeitern folgen können?" Dieser Hinweis auf die gewerkschaftlichen Programmforderungen nach uneingeschränkter Selbstverwaltung der Sozialversicherungen und ihre Möglichkeiten für den Arbeitsschutz war angebracht und wurde von den Kapitalvertretern nicht nur als Verteidigung des Gesetzentwurfes verstanden.

Frühinvalidität

– Zunahme der berufs- und erwerbsunfähigen Frühinvaliden am Rentenzugang von 40,9% (1979) auf 48,9% (1980); von den 1979 verrenteten Beschäftigten waren 56,7% der Arbeiter, 54,8% der Arbeiterinnen, 46,5% der weiblichen und 32,8% der männlichen Angestellten frühinvalide

– zunehmende jüngere Frühinvalide: Arbeiter mit durchschnittlich 54,2 Jahren (1970: 58), Arbeiterinnen mit 58,4 Jahren (1970: 60), weibliche Angestellte mit 56 Jahren und männliche Angestellte mit 56,4 Jahren



BDA-Boß Esser: „Der Mensch ist schwächstes Glied in der Sicherheitskette." Auch die Plakate und Filme der Berufsgenossenschaften werden noch von dieser klassisch-einseitigen Arbeitsschutzleier beherrscht. Im neuen Gesetzentwurf werden Arbeitsbedingungen und Arbeitsverfahren als Gegenstand der Schutzmaßnahmen benannt.

Kernpunkte des Entwurfs eines Arbeitsschutzgesetzes

(Stand: 26.06.1981

Ausdehnung des Schutzziels:
effektiver Schutz der Arbeitskraft, menschengerechte Gestaltung der Arbeit, Verpflichtung der Arbeitgeber zum höchstmöglichen sicherheitstechnischen Niveau beim klassischen Arbeitsschutz (Arbeitsstätten, Arbeitseinrichtungen und Arbeitsstoffe usw.) und beim modernen Arbeitsschutz (Arbeitsverfahren, Arbeitsorganisation, Information der Arbeitnehmer, Berücksichtigung von vorhersehbaren individuellen Fehlverhalten, von beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten und ergonomischen Entlastungsmaßnahmen zugunsten der Arbeitnehmer)

Ausdehnung der Arbeitnehmerrechte: umfassende Betriebs- und Informationsrechte; Rechenschaftspflicht der Arbeitgeber beim Vorschlagswesen; Beschwerderecht beim Betriebsrat und Personalrat sowie bei einer als zuständig erachteten Behörde; Leistungsverweigerungsrecht bei erfolglosen Beschwerden und akuten Gesundheitsgefahren; Verweigerungs- und Unterrichtungsrecht bei arbeitsmedizinischen Untersuchungen.

Ausdehnung der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten in das Arbeitsschutzsystem mittels Rechtsverordnungen, denen die Unfallverhütungsvorschriften untergeordnet werden sollen, falls sie keine weitergehenden Arbeitsschutzanforderungen enthalten.

Begrenzung der Arbeitszeiten:
Die regelmäßige Arbeitszeit auf 8 Stunden, die Höchstarbeitszeit auf 9 Stunden täglich bzw. 48 Stunden wöchentlich; die Mehrarbeit auf täglich 2 Stunden an 30 Arbeitstagen im Jahr; Nachtarbeitsverbot für Frauen; Freizeitausgleich und Mehrarbeitsverbot bei Nachtarbeit.

Verbesserung des betrieblichen Arbeitsschutzes:
Delegation der Arbeitsschutzverantwortung nur an fachlich kompetente und ausreichend befugte Vorgesetzte; Mitverantwortung der Arbeitgeber für Leiharbeiter; Einstellung von Betriebsärzten und Sicherheitsfachkräften auch in den öffentlichen Dienstbetrieben.

Verbesserung der staatlichen Überwachungsarbeit:
Bildung eines zwölfköpfigen Arbeitsschutzbeirates bei der Landesgewerbeaufsicht, der von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden paritätisch besetzt wird und die Aufgaben des Jugendarbeitsschutzausschusses übernehmen soll; Bestellung eines besonderen, von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Beamten, der die Zusammenarbeit zwischen Landesgewerbeaufsicht und Gewerkschaften verbessern soll.

ree. Vom 5. bis 10.10. haben in Lübeck-Travemünde die Beratungen über die Geschäftsberichte, die 194 Anträge und 5 Initiativanträge an den 11. ordentlichen Gewerkschaftstag der GHK stattgefunden. 156 Delegierte

§120 die „Natur des Betriebs" als Schutzkriterium bestimmt. Mehr *Mitwirkungs*rechte für die Gewerkschaften, Schutz vor Arbeitsüberforderungen durch Arbeitszeitbegrenzungen, effektivere Überwachung durch Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften stellte Ehrenberg als moderne Arbeitsschutzerfordernisse heraus. Der stellvertretende BDA-Hauptgeschäftsführer Doetsch lehnte eine solche „Reform an Haupt und Gliedern" als überflüssig ab. Seine Forderungen zur Erhaltung des „Arbeitgeberauftrages": strikte Trennung von Arbeitsschutz- und Humanisierungsmaßnahmen, keine „Aushöhlung der Tarifautonomie durch Arbeitszeitkorsette", keine schärferen Schutzbestimmungen, die die Betriebe nur in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit behindern und zusätzliche Rationalisierungen auslösen würden; Art und Umfang des Entwurfs müßten überdacht werden, der Staat solle sich auf die Verhütung von Betriebsunfällen konzentrieren. Gerd Muhr, stellvertretender

Welchen Weg muß die Gewerkschaft einschlagen?

Frühinvalidität

– Zunahme der berufs- und erwerbsunfähigen Frühinvaliden am Rentenzugang von 40,9% (1979) auf 48,9% (1980); von den 1979 verrenteten Beschäftigten waren 56,7% der Arbeiter, 54,8% der Arbeiterinnen, 46,5% der weiblichen und 32,8% der männlichen Angestellten frühinvalide

– zunehmende jüngere Frühinvalide: Arbeiter mit durchschnittlich 54,2 Jahren (1970: 58), Arbeiterinnen mit 58,4 Jahren (1970: 60), weibliche Angestellte mit 56 Jahren und männliche Angestellte mit 56,4 Jahren

de auf den Veranstaltungen zum Arbeitsschutzsystem noch deutlicher: auf der einen Seite die Kapitalvertreter und ihre Ablehnung des Entwurfs wegen der Eingriffe in die „betriebliche Dispositionsfreiheit" und die „bewährte paritätische Selbstverwaltung", was von den Vertretern der Berufsgenossenschaften unterstützt wurde; auf der anderen Seite die Beamten des Arbeitsministeriums und Gewerkschaftsvertreter, die diese Eingriffe als unverzichtbar verteidigten, wobei sie sowohl vom Vertreter der NRW-Gewerbeaufsicht als auch von Betriebsräten unterstützt wurden mit einer Fülle von Pra-

tikel, der Schutzexperte der IG Metall, wies unter Beifall die Kapitalvertreter auf das „polnische Beispiel" hin: „Wer sagt denn, daß wir bei veränderter politischer Landschaft, bei hinhaltendem Widerstand der Arbeitgeber nicht den polnischen Arbeitern folgen können?" Dieser Hinweis auf die gewerkschaftlichen Programmforderungen nach uneingeschränkter Selbstverwaltung der Sozialversicherungen und ihre Möglichkeiten für den Arbeitsschutz war angebracht und wurde von den Kapitalvertretern nicht nur als Verteidigung des Gesetzentwurfes verstanden.

beitsschutz (Arbeitsstätten, Arbeitseinrichtungen und Arbeitsstoffe usw.) und beim modernen Arbeitsschutz (Arbeitsverfahren, Arbeitsorganisation, Information der Arbeitnehmer, Berücksichtigung von vorhersehbaren individuellen Fehlverhalten, von beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten und ergonomischen Entlastungsmaßnahmen zugunsten der Arbeitnehmer)

Ausdehnung der Arbeitnehmerrechte: umfassende Betriebs- und Informationsrechte; Rechenschaftspflicht der Arbeitgeber beim Vorschlagswesen; Beschwerderecht beim Betriebsrat und Personalrat sowie bei einer als zuständig erachteten Behörde; Leistungsverweigerungsrecht bei erfolglosen Beschwerden und akuten Gesundheitsgefahren; Verweigerungs- und Unterrichtungsrecht bei arbeitsmedizinischen Untersuchungen.

Ausdehnung der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten in das Arbeitsschutzsystem mittels Rechtsverordnungen, denen die Unfallverhütungsvorschriften

fall, aber eine Debatte entwickelte sich hierzu noch nicht. Der Antrag eines Delegierten, eine Sammlung für die polnische Gewerkschaft Solidarność durchzuführen, wurde vornehm hin-

bei Nachtarbeit.

Verbesserung des betrieblichen Arbeitsschutzes: Delegation der Arbeitsschutzverantwortung nur an fachlich kompetente und ausreichend befugte Vorgesetzte; Mitverantwortung der Arbeitgeber für Leiharbeiter; Einstellung von Betriebsärzten und Sicherheitsfachkräften auch in den öffentlichen Dienstbetrieben.

Verbesserung der staatlichen Überwachungsarbeit: Bildung eines zwölfköpfigen Arbeitsschutzbeirates bei der Landesgewerbeaufsicht, der von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden paritätisch besetzt wird und die Aufgaben des Jugendarbeitsschutzausschusses übernehmen soll; Bestellung eines besonderen, von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Beamten, der die Zusammenarbeit zwischen Landesgewerbeaufsicht und Gewerkschaften verbessern soll.

Welchen Weg muß die Gewerkschaft einschlagen?

Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff

ree. Vom 5. bis 10.10. haben in Lübeck-Travemünde die Beratungen über die Geschäftsberichte, die 194 Anträge und 5 Initiativanträge an den 11. ordentlichen Gewerkschaftstag der GHK stattgefunden. 156 Delegierte nahmen teil, davon 5 hauptamtliche Funktionäre.

Offene Auseinandersetzungen gab es kaum. Die Wortmeldungen sollen auf vorangegangenen Gewerkschaftstagen zahlreicher gewesen sein. Sie waren noch rege zu den Geschäftsberichten, aber äußerst rar zu den Anträgen. Die Hauptauseinandersetzungen über die Anträge waren auf den Jahreshauptversammlungen der Geschäftsstellen und auf den Bezirkstagen gelaufen. Die Delegierten der Bezirke traten als relativ geschlossener Block auf. Die Auseinandersetzungen darüber, wer der neu zu wählende stellvertretende Vorsitzende werden sollte, war unter Ausschluß der Mitglieder und nach der Wahl der Delegierten hauptsächlich von den politischen Strömungen innerhalb des Hauptvorstandes, des Beirates und der Hauptamtlichen (Referenten, Geschäftsführer, Bezirksleiter) geführt worden, zwischen linken Sozialdemokraten und DKP auf der einen und rechten Sozialdemokraten auf der anderen Seite.

Wahrscheinlich haben entsprechend deren „Aufklärung" die Mehrzahl der Delegierten des Saarlandes, aus Berlin, Niedersachsen/Bremen, Hamburg/Schleswig-Holstein und andere gegen den „Linken" und „Kommunisten" Peter Riemer, Redakteuer der Holzarbeiter Zeitung seit 1953, gestimmt. Peter Riemer ist mit 81 Stimmen gewählt worden. Der vom Beirat nominierte Kandidat Ewald Voth, Bezirksleiter von Niedersachsen, ein erfolgreicher Tarifpolitiker, der sich auf dem Kongreß zu politischen Fragen nicht geäußert hat, bekam 75 Stimmen.

Die extreme Blockbildung in angeblich „Linke" und „Rechte", wie bei der Wahl Peter Riemers wiederholte sich bei der Abstimmung der Anträge nicht. Alle Anträge wurden mit überzeugenden Mehrheiten verabschiedet.

Horst Morich betonte in seinem Teil des Geschäftsberichts, daß es nach der Verabschiedung des bisherigen Vorsitzenden Georgi keine Wende in der Politik der GHK geben werde. Die GHK bleibe unabhängig von Regierungen und Parteien, aber nicht neutral. Entscheidend sei auch nicht, was Fraktionen einer Partei reden würden. Die Parteien würden daran gemessen, welche Politik die Mehrheit zustande brächte. Zwar formulierte er vorsichtige Kritik an allen von der Regierung geplanten Verschlechterungen der sozialen Leistungen und wurde energisch: „Alle Versuche, die Arbeitslosenunterstützung zu kürzen und wieder unbezahlte Karenztage im Krankheitsfall einzuführen, werten wir als einen ungeheuren Angriff auf den sozialen Besitzstand der arbeitenden Bevölkerung und gegen Gewerkschaften." Konsequenzen formulierte er nicht. Stattdessen ein Bekenntnis: „Dieser Staat, diese Bundesrepublik Deutschland, ist auch unser Staat. Mit all seinen Vorzügen und mit all seinen Unzulänglichkeiten." Und „Politischer Extremismus ist und bleibt eine Gefahr für jede Demokratie", ohne zu sagen, was er darunter versteht. Die Hausbesetzer und Startbahn-Gegner etwa?

Während Kurt Georgi in seinem Teil des Rechenschaftsberichtes noch propagierte, die SPD/FDP-Koalition solle „in Ehren sterben", bevor sie Gefahr laufe, den „sozialdemokratischen Atem restlos zu verlieren", und er dafür heftigen Applaus erhielt, nahm er in seinem Schlußwort dies wieder zurück: „Was ist die Alternative zur SPD? (Die CDU?) Sind dann nicht Frieden und Entspannung ganz im Eimer?" Ähnlich argumentierte Willy Brandt, der am 7.10. zu Gast war. Beide erhielten dafür auch Beifall. Eine Alternative links von der SPD, auch mit Teilen der SPD, ist für die Mehrheit noch nicht vorstellbar. Selbst die DKP, die in der GHK einigen Einfluß hat, setzt dem nichts entgegen.

Karl-Heinz Schwark ging auf die Lage in den Tarifkämpfen ein: In der Krise trete der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit wieder stärker hervor. Dies sei kein vorübergehender Sturm, sondern ein Gegenwind, auf den sich die GHK einstellen müsse. Esser habe im September der Möbelindustrie seine Aufwartung gemacht und ihr versichert, sie stünde nicht allein. Die Unternehmer wollten größere Geltungsbereiche der Tarifverträge, um ihre Position zu stärken. Die GHK bleibe bei kleinen Geltungsbereichen, wo die Mitglieder mehr Einfluß hätten. Die GHK sei für eine stärkere Zusammenarbeit der DGB-Gewerkschaften in der Tarifpolitik.

Peter Riemer sagte in dem Bericht über die Holzarbeiter-Zeitung unter großem Beifall, daß nach seiner Auffassung die Gewerkschaften in Zukunft mehr eine „Position der Gegenmacht" statt des „Ordnungsfaktors" einnehmen müßten. Die Skepsis und Verdrossenheit der Kollegen richte sich nicht nur gegen die Parteien, sondern auch schon gegen die Gewerkschaften. Es sei Zeit zum Aufstehen. Man müsse die herrschenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorstellungen und die Marktwirtschaft in Frage stellen können, zu allem gäbe es auch andere Lösungen. Diese zu entwerfen, müsse erlaubt sein. Wenn es links sei, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten, dann sei die GHK links. Dies sei keine Schande.

Die Anträge zum Frieden, so positiv sie auch in ihrem Forderungsteil waren, waren wenig analytisch. Die Gefahr des Krieges wurde aus der riesenhaften Ansammlung gefährlicher Waffen hergeleitet, die Entspannungspolitik wurde beschworen. Die in den Anträgen zum Ausdruck kommenden unterschiedlichen Auffassungen über die Ursachen des Krieges, über unterschiedliche Einschätzungen der beiden Supermächte wurden nicht ausgetragen. Alle Anträge wurden angenommen. Eine Delegierte verwies auf die Notwendigkeit, die Ursache des Krieges weiter zu untersuchen, um eine Politik für den Frieden überhaupt entwickeln zu können. Sie trat für eine Politik der Loslösung von den Blöcken und der Schwächung der Blöcke, für ein blockfreies Europa ein, für nationale Souveränität der Völker Europas und die Unterstützung der Kämpfe der Völker der Dritten Welt für Unabhängigkeit. Sie bekam zwar längeren Beifall, aber eine Debatte entwickelte sich hierzu noch nicht. Der Antrag eines Delegierten, eine Sammlung für die polnische Gewerkschaft Solidarność durchzuführen, wurde vornehm hintertrieben, indem im Kongreßbüro lediglich eine Sammelliste ausgelegt wurde. Debatte sollte es keine geben, angeblich aus Angst, der Kongreß könne sich spalten. – Trotzdem wurden 1100 DM gespendet.

Eine Solidaritätsadresse an die Demonstration am 10.10. in Bonn wurde verabschiedet und Georg Benz beauftragt, diese vorzutragen.

Im folgenden noch Ausschnitte aus einem Antrag des Bezirkstages NRW zur Wirtschaftspolitik. In Auseinandersetzung mit der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und in Weiterentwicklung des DGB-Grundsatzprogrammes wird gefordert:

„Wesentlicher Kern eines solchen wirtschaftspolitischen Alternativprogramms der Gewerkschaften muß sein, daß die arbeitende Bevölkerung als Produzent allen gesellschaftlichen Reichtums letztendlich darüber zu entscheiden hat, was und wie produziert wird.

Hierfür sind zwei Voraussetzungen erforderlich: Einerseits eine gesellschaftliche Kontrolle der Schlüsselindustrien sowie der Banken und Versicherungen, da eine bewußte Steuerung der Produktion ohne die gesellschaftliche Verfügungsgewalt über diese entscheidenden ökonomischen Machtzentren von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, andererseits eine demokratische Willensbildung des Produzierenden über die Ziele und Zwecke der Produktion, denn eine gesellschaftliche Planung der Produktion ergibt erst dann einen Sinn, wenn sie im bewußten Interesse aller Mitglieder der Gesellschaft erfolgt".

Die Delegierten haben den Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

20000 arbeitslose Lehrer in NRW bis 1985 – alles ,,Zwang der Finanzsituation des Landes"?

klb.Düsseldorf. Unter den Lehrerstudenten und Lehramtsanwärtern in NRW wächst die Unsicherheit; die Unsicherheit darüber, ob sie nicht nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes ohne Anstellung auf der Straße stehen. 1981 werden in NRW zum ersten Mal 500 bis 700 Bewerber keine Anstellung bekommen. Wie wird die Situation in den nächsten Jahren aussehen?

Dazu hat NRW-Kultusminister Girgensohn (SPD) Ende September eine Broschüre mit dem Titel ,,Informationen zum Lehrerbedarf und Lehrerangebot in NRW" herausgeben lassen, die die künftige Entwicklung in düsteren Farben malt. Ausgegangen wird darin von einem Rückgang der Schülerzahlen von derzeit 3,3 Mio. auf 2,5 Mio. im Jahre 1995; gleichzeitig wird eine Steigerung der Zahl der bestandenen Ersten Staatsprüfungen um 14% bis 1990 angenommen. Die Zahl der Bewerber um Aufnahme in den Schuldienst werde zwischen 9000 und 10000 im Jahr liegen, während aber durch Pensionierungen und vorzeitige Berufsaustritte mit nur bis zu 4000 jährlich freiwerdenden Stellen zu rechnen sei. Was bedeuten diese Zahlen nun für die Entwicklung des Lehrerbedarfs?

,,Die Landesregierung hat am 22.7.1981 die Eckdaten für den Haushalt 1982 vorgelegt. Die Festlegung der Stellenzahl für Lehrer ist von dem Grundsatz geprägt, daß im Schuljahr 1982/83 die Unterrichtssituation in den Schulen nicht verschlechtert, aber auch nicht verbessert werden soll. Dies bedeutet, rechnerisch gesehen, daß die sogenannten Schüler-Lehrer-Relationen konstant bleiben oder anders ausgedrückt, daß die Stellenzahl im selben Maße sinkt wie die Schülerzahl. Dieser Rückgang hat einen Wegfall von mehr als 4000 Stellen zur Folge. Die Stellenverminderung in dieser Größenordnung in nur einem Jahr macht deutlich, daß sich die Beschäftigungssituation in einschneidender Weise verschlechtert." (Informationen, S. 21 f.) Es ,,stehen im Jahre 1982 überhaupt keine Stellen mehr für die Ersteinstellung zur Verfügung. Wie ist diese Situation, so wie sie sich für 1982 darstellt, mittelfristig zu beurteilen? Die Landesregierung hat für die Haushalte 1983 und 1984 noch keine genaueren Festlegungen getroffen, jedoch muß im Blick auf die durch hohe Verschuldung gekennzeichnete Finanzsituation des Landes davon ausgegangen werden, daß auch mittelfristig zunächst noch Stellenkürzungen in den Größenordnungen des Schülerrückgangs vorgenommen werden ... Der Wegfall der Stellen hat zur Folge, daß in den kommenden Jahren ein hoher Anteil von Bewerbern keine Beschäftigungsmöglichkeit im Schuldienst des Landes Nordrhein-Westfalen erhalten kann. Der Zwang zu Einsparungen läßt leider keine günstigeren Prognosen für die Beschäftigung im Lehrerbereich zu." (a.a.O., S. 22) Girgensohn geht von 20000 arbeitslosen Lehrern bis 1985 aus.

Mit dem Hinweis auf den ,,Zwang zu Einsparungen" wird nicht nur die absehbare Massenarbeitslosigkeit von Lehrern in Kauf genommen, sondern werden zugleich eine Reihe von Forderungen zur Verbesserung des Volksbildungswesens und der Arbeitsbedingungen der Lehrer ad acta gelegt: Es soll absehbar keine kleineren Klasse geben; der immer noch erhebliche Unterrichtsausfall wird nicht beseitigt; die so dringend notwendige intensivere schulische Betreuung der ausländischen und lernbehinderten Schüler soll vorerst frommer Wunsch der Pädagogen bleiben; eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung für die Lehrer sei nicht drin usw. Der ,,Zwang zu Einsparungen" muß gleichfalls zur Begründung von Streichungen bei der Fahrkostenrückerstattung und der Lernmittelfreiheit herhalten. Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, demzufolge die Eltern künftig für das erste und zweite Kind bei den Fahrtkosten einen Eigenanteil von je 20 DM aufzubringen haben und Schulbücher generell nur noch ausgeliehen werden. Beides trifft vor allem die schlechtest verdienenden Schichten der Arbeiterklasse.

Eine weitere Errungenschaft aus dem Hause Girgensohn darf in diesem Zusammenhang nicht fehlen: Die Ende Juli in Kraft getretene neue Ordnung der Ersten Staatsprüfung für Lehrämter an Staatlichen Schulen. Sie ist erklärtermaßen gemacht worden, um scheinbar objektivere Kriterien bei der Entscheidung über Einstellung bzw. Nicht-Einstellung in den Schuldienst in der Hand zu haben. Zu diesem Zweck werden die Einzelergebnisse dieser ersten Staatsprüfung zu einer Gesamtnote zusammengefaßt, die bis auf eine Dezimalstelle hinter dem Komma berechnet wird, ursprünglich sollten es gar zwei sein. Die freie Wahl der Prüfungsthemen und der Prüfer wird eingeschränkt, bei allen schriftlichen Arbeiten muß zur Bewertung ein Zweitgutachter hinzugezogen werden. Schlimmeres – wie die fast gänzliche Beseitigung der Freiheit der Prüfer- und Themenwahl und eine vollständige Anonymisierung des Bewertungsverfahrens bei den Klausuren – hat durch den Widerstand von Studenten, Hochschullehrern und GEW verhindert werden können. Ganz analoge Bestimmungen wie für die erste Staatsprüfung gibt es bereits für die zweite.

Diese beiden staatlichen Lehrerprüfungsordnungen haben verschiedene Konsequenzen: Sie führen zu dem wissenschaftlich und didaktisch gesehenen Unfug des Lernens vor allem für die Prüfungen, für möglichst gute Noten. Sie schaffen eine Atmosphäre der Unsicherheit und der Konkurrenz mit all ihren schädlichen Folgen für das Individuum wie für den Zusammenhalt der Lehrerstudenten und Lehramtsanwärter, der nicht zuletzt für einen erfolgreichen Kampf gegen die beschriebene Politik der Landesregierung so unerläßlich ist. Auch das Ergebnis des ,,Zwangs zu Einsparungen"?

Es bedarf keiner großen Anstrengungen, nachzuweisen, daß die Erfüllung der verschiednen, oben schon erwähnten Forderungen von Gewerkschaften, Elternvertretungen, SVen etc. es möglich machte, Massenarbeitslosigkeit von Lehrern zu verhindern; auch besteht über all diese Forderungen Einigkeit; auch weiß jeder, daß sie überhaupt nur durchgesetzt werden können, wenn eine breite Volksbewegung dafür den Kampf führt. Aber – und da liegt das Problem, was auch die Bildung einer solchen Bewegung behindert – Einheit für Forderungen allein reicht nicht mehr hin, wenn sie nicht verbunden sind mit Alternativen zu einer staatlichen Finanzpolitik, die die Beseitigung von Investitionshemmnissen (z.B. Steuern auf Kapital, Umweltschutzbestimmungen etc.), die Beschränkung der Staatsausgaben und die Umschichtung der Haushalte von konsumtiven zu investiven Ausgaben als Mittel zur Steigerung der Profitaussichten der industriellen Kapitalisten und damit zur Überwindung der Wirtschaftskrise, als ihr volkswirtschaftliches Evanglium betrachtet, als sachlichen Zwang, dem sich ein jeder, ob er nun wolle oder nicht, zu beugen habe. Der DGB, und insbesondere auch die GEW, haben gegen diese ökonomische Logik des Kapitals verschiedene Forderungen nach Beseitigung von Steuervergünstigungen für Großverdiener und von Kapitalsubventionen aufgestellt, mittels derer die geforderten Verbesserungen im Bildungswesen finanziert werden könnten. Meines Erachtens wird in den bevorstehenden Auseinandersetzungen um die Haushaltskürzungen die Frage, wer und in welchem Umfang die Staatsausgaben finanzieren soll, wieder an Bedeutung gewinnen, da Umverteilungsforderungen allein – so sinnvoll sie auch sein mögen – nicht ausreichen werden. Die Antwort, progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft, ist nicht neu, aber gerade in einer Zeit, wo das Kapital eine Tendenzwende in Richtung Senkung des Reallohns und drastische Beschneidung der staatlichen Ausgaben für die Reproduktion anstrebt, um so aktueller. Ohne Alternativen zur gegenwärtigen staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik werden die Kämpfe gegen die Haushaltskürzungen unvermeidlich steckenbleiben. Damit ist freilich nicht mehr als eine Aufgabe formuliert.

Widerstand

Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Unter dem Vorwand, Mißbräuche zu beseitigen und sparen zu wollen, fährt die Bundesregierung mit einem Mähdrescher über die sozialen Leistungen hinweg. Billiger wird dadurch nichts – nur werden die Kosten einseitig auf die Arbeitnehmer verlagert. Die geplanten Kürzungen der SPD/FDP-Koalition sind ein Anschlag auf den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer, der in Jahrzehnten mühsam erkämpft werden mußte. Was die Unternehmer und die CDU/CSU an Vorschlägen daherbringen, ist die Welt vom vorigen Jahrhundert!

Bettelarm?

Kein einziger Sparvorschlag der Bundesregierung trifft die Reichen – ganz im Gegenteil.

Steuervergünstigungen und Subventionen bietet die Regierung ihnen förmlich an.

Während Arbeitnehmer zur Kasse gebeten werden, schenkt der Staat im gleichen Atemzug der reichsten Familie, den Flicks, 840 Millionen Mark an Steuern. 840 Millionen! Dieses Verhalten von Bundesfinanzminister Matthöfer verdient nur eine einzige Bezeichnung: sie ist schlicht unsozial.

Wechsel?

Die Vorschläge der Union, des Wirtschaftsgrafen und der Unternehmer würden die Arbeitnehmer ins vorige Jahrhundert zurückwerfen. Für uns ist deshalb eine CDU/CSU-Regierung keine Alternative. Aber wir müssen die Sozialdemokraten in der Regierung an ihre gemeinsamen Wurzeln mit der Arbeitnehmerschaft erinnern. Man kann auch um die Macht gebracht werden, indem man Stück für Stück seine Grundsätze aufgibt, um an der Macht zu bleiben. So wird man am Schluß zum betrogenen Betrüger.

Lohnstopp?

Unglaublich und schlicht arbeitnehmerfeindlich ist auch der Vorschlag der Regierung, die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um 1 Prozent zu kürzen. Eine sozialdemokratische Regierung, die bestehende Tarifverträge unterlaufen will, muß wissen, daß sie sich damit in offene Gegnerschaft zu den Gewerkschaften dieser Republik begibt. Wenn als Konsequenz dieser Politik heute schon CDU- und FDP-Politiker unverBLÜMt Lohnstopp predigen, ist es höchste Zeit, sich zu wehren.

geh. Auf der Bezirkshandwerkerkonferenz der IG Metall in Worms am letzten Wochenende kritisierte das Vorstandsmitglied Janßen die Regierungspläne als sozial unausgewogen. Dies sei noch untertrieben, eher seien sie eine Wende in der Sozialpolitik. Die IG Metall werde nicht zusehen, wenn Arbeitslosigkeit mit Maßnahmen bekämpft werde, die letztlich zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit führten. Janßen hatte gleich nach der Haushaltsdebatte erklärt, gegen die Regierungspläne werde man alle Arbeitskampfmittel einsetzen, bis hin zum Streik. Er erläuterte nun, die IG Metall wolle bei allem Respekt vor gewählten Regierungen alle Möglichkeiten einer Massenorganisation unterhalb des Streikes nutzen. So sollten die Forderungen an die Politiker herangetragen werden.

Wie das oben abgebildete Flugblatt der IG Metall für die Demonstration des DGB am 7.11.81 in Stuttgart zeigt, sind gerade in dieser Auseinandersetzung Aktionseinheiten auf der Grundlage der Forderungen der Gewerkschaften gegen die Sparpläne möglich. Eine breite Einheit der Einzelgewerkschaften gerade auch zwischen denen in der Industrie und dem Öffentlichen Dienst ist möglich. Die IG Metall schlägt vor, Podiumsdiskussionen mit Bundes- und Landesabgeordneten durchzuführen. Die nächsten Betriebsversammlungen sollen zur Diskussion genutzt werden und Resolutionen von dort an die Bundesregierung geschickt werden. Weiter könnten die Ergebnisse der Debatten an die Bundesregierung und die Bundestagsabgeordneten geschickt werden.

Neben der DGB-Demonstration am 7.11.81 in Stuttgart, auf der der IG Metall-Bezirksleiter Steinkühler sprechen will, führt die IG Metall in Kiel anläßlich des 25jährigen Jubiläums des Streiks 1956/57 für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eine Großkundgebung durch. Auf der spricht das IG Metall-Vorstandsmitglied N. Fischer zum Thema: ,,Ist das Erreichte heute in Gefahr? Der Sozialstaat muß bleiben!"

,,Als Gewerkschaft wieder zu unseren Aufgaben finden"

Vertrauensleuteversammlung der Postgewerkschaft Frankfurt

vol. Nach den Versammlungen der Beschäftigten der Stadtverwaltung Frankfurt auf dem Römer von 5000 aus Protest gegen die Kürzungen in den öffentlichen Diensten sind auch in anderen Kreisverwaltungen in Hessen Aktionen durchgeführt worden. In Marburg haben die Arbeiter und Angestellten der Nahverkehrsbetriebe in der letzten Woche 3 Stunden lang gestreikt. In Hamburg haben Sozialarbeiter, Erzieher und ehrenamtliche Mitarbeiter in einem ,,Aufschrei" – einem öffentlichen Brief an die Bundes- und Landesregierung – auf die Folgen der umfangreichen Kürzungen in der Jugend- und Sozialarbeit aufmerksam gemacht. In Baden-Württemberg rufen alle DGB-Gewerkschaften zu einer Demonstration gegen die Kürzungen am 7. November auf.

Die Angriffe der Arbeitgeber hat die Gewerkschaft und insbesondere ihre Führungen in seiner Breite und Tiefe überrascht. Es geht nicht ,,nur" um die Lohn- und Stellenkürzungen, die von der Bundesregierung und z.T. schon vorher von Landesregierungen und Stadträten etc. beschlossen wurden, sondern diese Beschlüsse geben einen Rahmen ab für die Beseitigung der positiven Ergebnisse der Kämpfe in den letzten Jahren in fast allen Bereichen: Lohn, Arbeitszeit, Zulagen, Arbeitsplatzbeschreibungen, Einstufungen, Überstundenregelungen, Freischichtenregelungen, Rentenzahlungen. Gleichzeitig werden die Organe der Belegschaft, die Personal- und Betriebsräte wie auch die Organe der Gewerkschaften mit einer solchen Flut von Anträgen auf Änderungen von seiten der Arbeitgeber eingedeckt, daß sie darin unterzugehen drohen. Natürlich sind diese Änderungen als Teiländerungen, Wegnahme von besseren Regelungen als anderswo, Verbesserungen für einen Teil bei gleichzeitiger Verschlechterung woanders etc. auf maximale Spaltung und Zersetzung berechnet, sie sollen auch nicht *alles* auf einmal ändern, sondern die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften sollten Schritt für Schritt handlungsunfähig werden.

Auf einer Versammlung der Vertrauensleute der Post im Kreis Frankfurt ist diese Lage besprochen und sind Versuche gemacht worden, Gegenmaßnahmen auszuarbeiten. Bei der Post soll die 1% Lohn- und Gehaltskürzung genauso wie in den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes durchgeführt werden, allerdings mit dem wichtigen Unterschied, daß sie aufgrund der tarifvertraglichen Regelungen nur bei Neueinstellungen wirksam wird, während sie in den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes bis auf den letzten Bereich durchschlägt und zum schrittweisen Abbau und zur Beseitigung der Stellenzulagen führen wird. Darüberhinaus sollen von den 15000 notwendigen Neueinstellungen bei der Post nur 2000 tatsächlich eingestellt werden. Dabei wird durch den Beschluß der Nichteinstellung von 13000 Arbeitern, Angestellten und Beamten die von dem Vorstand der Post und der Gewerkschaft beschlossene Regelung über die Personalbemessung außer Kraft gesetzt. Mit der Personalbemessung hatten der Postvorstand und das Postministerium selber eine Methode entwickelt – damals zur Beschleunigung der Rationalisierung –, mit der die Arbeitsverausgabung pro Arbeitsstelle ungefähr gemessen werden kann. Diese reichen jetzt Vorstand und Minister offensichtlich nicht mehr aus, sie möchten sie im Handstreich beseitigen. Weitere Maßnahmen: die Anrechnung von Arbeitsunterbrechungen zur Einnahme einer warmen Mahlzeit soll ersatzlos gestrichen werden (Bautrupps, Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 2,5 Std.), der Winterzusatzurlaub soll gestrichen werden, die Personalansätze für Sonderurlaubsgewährung (Gewerkschaftsschulungen z.B.) sollen zusammengestrichen werden; die Berechnung von Nebenzeiten (z.B. zum Studium der Dienstvorschriften) sollen gekürzt werden, Abbau von Fortbildungsmaßnahmen. Dem Hauptpersonalrat der Post sind 28 solcher Erlasse vorgelegt worden, die noch in diesem Monat verabschiedet werden sollen. Insgesamt schätzte der Vertreter des DPG-Hauptvorstandes, der diese Maßnahmen erläuterte, es so ein, daß der Vorstand der Post zusammen mit dem Ministerium ein neues Unternehmenskonzept, das offensichtlich in der Schublade gelegen hat, jetzt durchziehen will. Erschwerend wirkt, daß der Bundesrechnungshof die Möglichkeiten der Personaleinsparung auf ca. 30000 Stellen berechnet hat, was den Absichten des Ministeriums und der Manager noch einen besseren Anstrich von ,,Einsparung" verleiht.

Während der Sekretär des Hauptvorstandes, Oberkalkhofen, sich in seinen Vorschlägen für Gegenmaßnahmen auf den Bereich der ,,postspezifischen" Maßnahmen konzentrierte, entwickelten sich in der Debatte viel weitergehende Standpunkte. Die Kreisverwaltung hatte einen Resolutionsvorschlag vorgelegt, der die Ablehnung der Maßnahmen für den öffentlichen Dienst und den gemeinsamen Kampf aller Gewerkschaften gegen die Arbeitslosigkeit propagierte. Auf die Kritik hin, sich damit gerade mit den Kürzungen z.B. bei den Arbeitslosen einverstanden zu erklären, wurde die Resolution so umgearbeitet, daß sie sich überhaupt gegen alle Kürzungen bei den Lohnabhängigen wendet. Als Ersatzkürzungsmöglichkeiten wurden in der Diskussion die Rüstung und die Besteuerung der Reichen genannt.

Die Einschätzung von Oberkalkhofen, die Lage für Aktionen und Kampf der Gewerkschaft gegen diese Politik der Bundesregierung und der Postverwaltung sei sowohl unter den Postlern wie auch in der Öffentlichkeit schlecht, wurde so nicht hingenommen. In mehreren Redebeiträgen gingen die Vertrauensleute darauf ein, daß es einerseits eine große Wut über diese Politik gibt, andererseits gegen Resignation und Einverständnis Aufklärungsarbeit sowohl unter der Belegschaft wie auch in der Öffentlichkeit gemacht werden muß. Ein Versuch der anwesenden Mitglieder der Bezirksleitung, insbesondere zum Widerstand gegen die Änderung der Bemessungsgrundlage durch das einzelne Mitglied und die kleinen Arbeitsgruppen bzw. -abteilungen aufzurufen, wurde ebenfalls als unzureichend kritisiert. Andererseits wurde auch der Versuch, einen eintägigen Streik in Frankfurt zu beschließen, abgelehnt, da dies nicht die Kräfteverhältnisse berücksichtige.

Nach einem heftigen Streit um die Verantwortung des Hauptvorstandes für das unzureichende Ergebnis im Streik für die 1,5fache Anrechnung der Schichtarbeit, gerade weil er die Kampfbereitschaft der Mitglieder unterschätzt und verpuffen habe lassen, einigte man sich auf einen Aktionsvorschlag eines Vertrauensmannes: Information der Postkunden durch Handzettel über die Kritik der DPG an der Politik von Bundesregierung und Postministerium, Darstellung der Auswirkung; Befragung der Belegschaften und Mitglieder per Unterschriftensammlung über ihre Bereitschaft, gegen die Kürzungen bis zum Arbeitskampf einzusetzen, dann erneute Beratung der Vertrauensleute; Aufklärungsarbeit über die Änderung der Bemessungsgrundlage und Beratung von Gegenmaßnahmen der Abteilungen und Ämter. An den Hauptvorstand wurde die Forderung gestellt, erstens diese Maßnahmen zu decken und zweitens dafür zu sorgen, daß ausgehend von den kampfstarken Bereichen eine Gesamtmobilisierung der Gewerkschaft eingeleitet wird.

22.7.1981 die Eckdaten für den Haushalt 1982 vorgelegt. Die Festlegung der Stellenzahl für Lehrer ist von dem Grundsatz geprägt, daß im Schuljahr 1982/83 die Unterrichtssituation in den Schulen nicht verschlechtert, aber auch nicht verbessert werden soll. Dies bedeutet, rechnerisch gesehen, daß die sogenannten Schüler-Lehrer-Relationen konstant bleiben oder anders ausgedrückt, daß die Stellenzahl im selben Maße sinkt wie die Schülerzahl. Dieser Rückgang hat einen Wegfall von mehr als 4000 Stellen zur Folge. Die Stellenverminderung in dieser Größenordnung in nur einem Jahr macht deutlich, daß sich die Beschäftigungssituation in einschneidender Weise verschlechtert." (Informationen, S. 21 f.) Es ,,stehen im Jahre 1982 überhaupt keine Stellen mehr für die Ersteinstellung zur Verfügung. Wie ist diese Situation, so wie sie sich für 1982 darstellt, mittelfristig zu beurteilen? Die Landesregierung hat für die Haushalte 1983 und 1984 noch keine genaueren Festlegungen getroffen, jedoch muß im Blick auf die durch hohe Verschuldung gekennzeichnete Finanzsituation des Landes davon ausgegangen werden, daß auch mittelfristig zunächst noch Stellenkürzungen in den Größenordnungen des Schülerrückgangs vorgenommen werden ... Der Wegfall der Stellen hat zur Folge, daß in den kommenden Jahren ein hoher Anteil von Bewerbern keine Beschäftigungsmöglichkeit im Schuldienst des Landes

Konsequenzen: Sie führen zu dem wissenschaftlich und didaktisch gesehenen Unfug des Lernens vor allem für die Prüfungen, für möglichst gute Noten. Sie schaffen eine Atmosphäre der Unsicherheit und der Konkurrenz mit all ihren schädlichen Folgen für das Individuum wie für den Zusammenhalt der Lehrerstudenten und Lehramtsanwärter, der nicht zuletzt für einen erfolgreichen Kampf gegen die beschriebene Politik der Landesregierung so unerläßlich ist. Auch das Ergebnis des ,,Zwangs zu Einsparungen"?

Es bedarf keiner großen Anstrengungen, nachzuweisen, daß die Erfüllung der verschiednen, oben schon erwähnten Forderungen von Gewerkschaften, Elternvertretungen, SVen etc. es möglich machte, Massenarbeitslosigkeit von Lehrern zu verhindern; auch besteht über all diese Forderun-

Auseinandersetzungen um die Haushaltskürzungen die Frage, wer und in welchem Umfang die Staatsausgaben finanzieren soll, wieder an Bedeutung gewinnen, da Umverteilungsforderungen allein – so sinnvoll sie auch sein mögen – nicht ausreichen werden. Die Antwort, progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft, ist nicht neu, aber gerade in einer Zeit, wo das Kapital eine Tendenzwende in Richtung Senkung des Reallohns und drastische Beschneidung der staatlichen Ausgaben für die Reproduktion anstrebt, um so aktueller. Ohne Alternativen zur gegenwärtigen staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik werden die Kämpfe gegen die Haushaltskürzungen unvermeidlich steckenbleiben. Damit ist freilich nicht mehr als eine Aufgabe formuliert.

Wende in der Sozialpolitik. Die IG Metall werde nicht zusehen, wenn Arbeitslosigkeit mit Maßnahmen bekämpft werde, die letztlich zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit führten. Janßen hatte gleich nach der Haushaltsdebatte erklärt, gegen die Regierungspläne werde man alle Arbeitskampfmittel einsetzen, bis hin zum Streik. Er erläuterte nun, die IG Metall wolle bei allem Respekt vor gewählten Regierungen alle Möglichkeiten einer Massenorganisation unterhalb des Streikes nutzen. So sollten die Forderungen an die Politiker herangetragen werden.

Wie das oben abgebildete Flugblatt der IG Metall für die Demonstration des DGB am 7.11.81 in Stuttgart zeigt, sind gerade in dieser Auseinandersetzung Aktionseinheiten auf der Grund-

schlägt vor, Podiumsdiskussionen mit Bundes- und Landesabgeordneten durchzuführen. Die nächsten Betriebsversammlungen sollen zur Diskussion genutzt werden und Resolutionen von dort an die Bundesregierung geschickt werden. Weiter könnten die Ergebnisse der Debatten an die Bundesregierung und die Bundestagsabgeordneten geschickt werden.

Neben der DGB-Demonstration am 7.11.81 in Stuttgart, auf der der IG Metall-Bezirksleiter Steinkühler sprechen will, führt die IG Metall in Kiel anläßlich des 25jährigen Jubiläums des Streiks 1956/57 für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eine Großkundgebung durch. Auf der spricht das IG Metall-Vorstandsmitglied N. Fischer zum Thema: ,,Ist das Erreichte heute in Gefahr? Der Sozialstaat muß bleiben!"

,,Als Gewerkschaft wieder zu unseren Aufgaben finden"

Vertrauensleuteversammlung der Postgewerkschaft Frankfurt

1971 – 1981: Zehn Jahre Universität Bremen

Zugeständnisse an Studenten- und Assistentenbewegung / Engagement der Gewerkschaften / Neuordnung der Prüfungen

Zelle Universität-Bremen

Die Gründung der Bremer Universität im Oktober 1971 als eine der letzten Neugründungen war das Ergebnis bewußter Anstrengungen der Bourgeoisie, das Defizit an technisch-wissenschaftlichen Arbeitskräften in der BRD auszugleichen. Als um 1960 die Phase der Wiederherstellung des Kapitalismus und seiner scheinbar unumschränkten Ausbreitung vorüber ging, begann eine Phase relativer Stabilität, die mit der Krise 1966/67 zu Ende war. Von da ab ging das westdeutsche Kapital verstärkt auf den Weltmarkt, da der Binnenmarkt weitgehend ausgelotet war. Dies ging einher mit verstärkten Anstrengungen, die Ausbeutungsrate zu steigern, und dem Beginn der radikalen Umwälzung der technischen Basis der Produktion. Deutlich trat hervor, daß die Qualifikation wie auch die Anzahl technisch-wissenschaftlicher Arbeitskräfte für die internationale Konkurrenzfähigkeit nicht ausreichte.

Ab 1966 tritt deswegen der Wissenschaftsrat mit Empfehlungen zur Studienreform und für neuzugründende Universitäten auf. Tiefe Einschnitte in die Universitätsstruktur und -organisation sind notwendig. Unter dem parteilosen Forschungsminister Leussink beginnt die Arbeit am Hochschulrahmengesetz. Studiengänge in Informatik werden durch unmittelbares Eingreifen der Bundesregierung angekurbelt: ,,Bildungskatastrophe" und ,,technologische Lücke" sollen beseitigt werden. Dem entsprechen objektive Entwicklungen der Produktivkräfte: Im Zuge der Automatisierung wird die Wissenschaft zunehmend zur unmittelbaren, planvoll angewandten Produktivkraft.

,,Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren"

Berühmt dieses Transparent beim Einzug der Hamburger Ordinarien, Ausdruck der Forderungen der Studentenbewegung der 60er Jahre gegen die Ordinarienuniversität. Der Funke der Studentenbewegung (politisch gefördert durch die Vietnam-Unterstützung, Kampf gegen die Notstandsgesetze) ergriff notwendig auch die Assistenten: sie kannten die Ordinarien aus eigener Erfahrung. Zunehmend wurden die Assistenten, zusammengefaßt in der Bundesassistentenkonferenz (BAK), zum Träger der Auseinandersetzung mit den Ordinarien. Einige von ihnen wurden auf eben neu geschaffene Präsidentenstühle gewählt. Einer von ihnen war der Gründungsrektor der Bremer Universität, von der Vring.

Teilweise bis in die Formulierungen hinein finden sich die Reformpläne der Bremer Gründer in den Konzepten der BAK. Sie gehen von der Analyse der Wissenschaft im Kapitalismus aus und leiten von dort ab, daß die Wissenschaft umfassend erst dann wird, wenn

Zehn Jahre – nicht viel für eine Universität. Trotzdem hat diese Universität Geschichte gemacht. Geschichte, indem sich in ihren Anfängen erstmals praktisch die Vorstellungen der Studenten- und Assistentenbewegung niedergeschlagen haben. Die Ansätze für eine demokratische Organisation der Hochschulen, für die Abschaffung der Ordinarienherrschaft, für eine ,,Wissenschaft im Dienste des Volkes", für fortschrittliche Prüfungs- und Studienordnungen, für wissenschaftlich-kritisches Lernen, für die Verbindung Theorie und Praxis, sind heute weitgehend gescheitert. Das ,,Bremer Modell" existiert heute nur noch als Ruine – ein Ergebnis der massiven Staatseingriffe durch den SPD-Senat, der ökonomischen Erpressung der Universität. Diesen Angriffen gegenüber hatten die demokratische Bewegung an der Hochschule wie die Gewerkschaften kaum Zeit, ihrerseits Fehler zu korrigieren. Dies zu erläutern, müssen wir uns hier leider auf einige wenige Punkte des ,,Bremer Modells" beschränken.



Demonstration der Bremer Hochschulangehörigen 1977 gegen das Bremische Hochschulgesetz, das wesentliche Elemente des ,,Bremer Modells" vernichtete.

Die Stellungnahmen von der Vrings sind typisch für die damalige Aufbruchstimmung: Dialektik wird bemüht, die kapitalistischen Widersprüche drängen sich durch. Aber auszusprechen, worum es wirklich geht, den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, geniert sich von der Vring offenbar wirklich. Aber was wollte man von einem Mann verlangen, der sich um das Amt des Gründungsrektors bewirbt, ein Lippenbekenntnis zur Revolution sicher nicht. Die politische Bewegungsfreiheit hatte aufgrund des Aufschwungs der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung gegen Ende der 60er Jahre zugenommen. Dies hatte auch eine Reformwilligkeit in der SPD erzeugt. Notwendige Re-

der die Universität und die Arbeiterkammer paritätisch vertreten sind: die Kooperationsstelle Arbeiterkammer-Universität; (in der Arbeiterkammer Bremen sind alle Arbeiter Zwangsmitglieder, in der Vollversammlung hat der DGB die Mehrheit).

Unter dem Obertitel ,,Arbeitsschutz und Universität" hatte die Arbeiterkammer die Gründung von fünf Projektgruppen angestrebt: 1. Arbeitsmedizin und Umweltschutz; 2. Die Sicherung des Arbeitsplatzes und der technische Fortschritt; 3. Einkommensmöglichkeiten; 4. Die Einkommensverwendung; 5. Berufsbezogene und gesellschaftspolitisch orientierte Erwachsenenbildung. Die Projektgruppen wur-

die das heutige Verhältnis von Forschung und Gewerkschaft bestimmen ... Arbeitnehmer machten oft die bittere Erfahrung, daß eine solche abstrakte und verselbständigte Forschung ihren Interessen keine Rechnung trug, sondern von den wirklichen Problemen ihres Lebens abgewandt oder gegen ihre Interessen gerichtet war. Verstärkt wurde die Abneigung gegen Wissenschaft durch ihre ihr eigentümliche Sprache und Arbeitsweise. Mißtrauen und Feindschaft sind die Folge – aber auch unbegründeter Respekt vor den Produkten der Wissenschaft."(S.35).

Inzwischen ist das Verhältnis Universität – Gewerkschaften zunehmend angespannt. In einer Stellungnahme der ÖTV zur ,,weiteren Ent-

Studien- und Prüfungsreform waren eine der zentralen Aufgaben, denen sich die Universität bei ihrer Gründung widmete. Der überwiegende Teil der Studenten und Hochschullehrer der ersten Zeit, wie auch die regierende SPD, schrieben diese Reform auf ihre Fahnen. Beachtliche Kräfte bis hinein in die Hochschulverwaltung machten sich daran, all jene Elemente aus den Prüfungen zu entfernen, die den Akt der Prüfung zu einer Orgie in Unterwerfung und Liebedienerei ekelhaftester Art machen.

,,Geprüft wird, was gelehrt wurde" – dies richtete sich gegen ausufernde Stoffmengen. Nur das, was wirklich behandelt worden war in Vorlesungen und Seminaren, durfte Gegenstand der Prüfung werden, nicht irgendwelche Vorstellungen einzelner Professoren über den Umfang dessen, was ein akademisch Gebildeter wissen müsse. Es bestand berechtigte Aussicht, daß fortschrittliche Kräfte Studien- und Prüfungsordnungen beeinflussen konnten. Denn die Studienordnungen wurden von der Universität selbst verabschiedet und vor Prüfungsordnungen erarbeitet in Kommissionen, die je zur Hälfte von Studenten und Professoren besetzt waren.

,,Wer lehrt, der prüft" – richtete sich dagegen, daß dem Studenten ein unbekannter Prüfer vorgesetzt wurde. Gleichzeitig wurde die freie Prüferwahl durchgesetzt. Die Prüfungsberechtigung wurde durch das Prinzip ausgedehnt auf *alle*, die lehren, also vor allem auf wissenschaftliche Mitarbeiter. Anfangs hatten bis zum Vordiplom sogar Tutoren Prüfungsrecht.

Als die Universität im Wintersemester 71/72 den Lehrbetrieb aufnahm, gab es keine einzige Studien- oder Prüfungsordnung. Erst Anfang 1975 genehmigte der Senator für Wissenschaft und Kunst die erste Diplomprüfungsordnung (DPO). Der Universität war es gelungen, darin einen Allgemeinen Teil durchzusetzen, der für alle Diplom-Studiengänge galt. Dies war Ergebnis des gemeinsamen Kampfes aller Diplomstudenten, wie es andererseits bis heute die Möglichkeiten fördert, gemeinsam vorzugehen. Dem Senator war es aber gelungen, die in Anhängen zur DPO gefaßten spezifischen Bestimmungen einzelner Studiengänge (z.B. die Prüfungsfächer) zeitlich auseinanderzureißen. So wurde die spätere Spaltung zwischen den Studiengängen vorprogrammiert.

Studienbegleitende Leistungsnachweise

Sie waren Kern der Bremer DPO und ersetzen die punktuelle Prüfung (Klausur, mündliche Prüfung). Innerhalb der Lehrveranstaltungen selbst, vorzugsweise in Projekten, wurden die Leistungsnachweise (LN) erbracht. Wer zum Fortgang des Projektes

logische Lücke" sollen beseitigt werden. Dem entsprechen objektive Entwicklungen der Produktivkräfte: Im Zuge der Automatisierung wird die Wissenschaft zunehmend zur unmittelbaren, planvoll angewandten Produktivkraft.

,,Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren"

Berühmt dieses Transparent beim Einzug der Hamburger Ordinarien, Ausdruck der Forderungen der Studentenbewegung der 60er Jahre gegen die Ordinarienuniversität. Der Funke der Studentenbewegung (politisch gefördert durch die Vietnam-Unterstützung, Kampf gegen die Notstandsgesetze) ergriff notwendig auch die Assistenten: sie kannten die Ordinarien aus eigener Erfahrung. Zunehmend wurden die Assistenten, zusammengefaßt in der Bundesassistentenkonferenz (BAK), zum Träger der Auseinandersetzung mit den Ordinarien. Einige von ihnen wurden auf eben neu geschaffene Präsidentenstühle gewählt. Einer von ihnen war der Gründungsrektor der Bremer Universität, von der Vring.

Teilweise bis in die Formulierungen hinein finden sich die Reformpläne der Bremer Gründer in den Konzepten der BAK. Sie gehen von der Analyse der Wissenschaft im Kapitalismus aus und leiten von dort ab, daß die Wissenschaft umfassend erst dann wird, wenn
,,wissenschaftliche Erkenntnis nicht als Produktivkraft im Industriesystem aufgeht, sondern als Kraft realer Emanzipation in die Gesellschaft eingeht" (Kreuznacher Hochschulkonzept). Ideologie und Forderungen der Assistenten werden in Bremen für die Gründung einer kritischen Universität zusammengetragen, ,,im Dienste des Volkes".

Die Widersprüche der Gesellschaft ,,progressiv mobilisieren"

Der zweite Gründungsrektor von der Vring (der erste war zurückgetreten, da die Uni ,,ideologisch gefesselt" sei) entwickelte seine Position zur Gründung der Universität aus den Widersprüchen der Gesellschaft: ,,Ohne die Überwindung fundamentaler gesellschaftlicher Widersprüche durch die Veränderung der Gesellschaftsordnung läßt sich der allseits frustrierende Widerspruch zwischen gesellschaftlichen Ansprüchen an die Universität, die auszusprechen man sich heute bezeichnenderweise immer mehr geniert, nicht beseitigen." Die inneren Widersprüche der Gesellschaft müsse man ,,progressiv mobilisieren". In einer Gesellschaft mit Widersprüchen gebe es einen politischen Konflikt zwischen Privilegierten und Unterprivilegierten. ,,Eine kritische Universität ist in diesem Konflikt Partei". Demokratisierung, Egalisierung, Humanisierung müsse eine solche Universität anstreben. So reformistisch und kraus diese humanistischen Vorstellungen seien mögen – die CDU war starr vor Entsetzen, die FDP zog sich aus der Senatskoalition zurück. Die demokratische Bewegung hatte einen Sieg davon getragen.



Demonstration der Bremer Hochschulangehörigen 1977 gegen das Bremische Hochschulgesetz, das wesentliche Elemente des ,,Bremer Modells" vernichtete.

Die Stellungnahmen von der Vrings sind typisch für die damalige Aufbruchstimmung: Dialektik wird bemüht, die kapitalistischen Widersprüche drängen sich durch. Aber auszusprechen, worum es wirklich geht, den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, geniert sich von der Vring offenbar wirklich. Aber was wollte man von einem Mann verlangen, der sich um das Amt des Gründungsrektors bewirbt, ein Lippenbekenntnis zur Revolution sicher nicht. Die politische Bewegungsfreiheit hatte aufgrund des Aufschwungs der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung gegen Ende der 60er Jahre zugenommen. Dies hatte auch eine Reformwilligkeit in der SPD erzeugt. Notwendige Re-
formen, fürs Kapital notwendige Effektivierung der Forschung, können durchgesetzt werden. Die Ordinarien hätten es weder gekonnt noch gewollt.

Ein Großteil der Gründer wollte weit über die Einheit gegen die Ordinarien hinaus. Sie fanden dabei Unterstützung in der Bremer Gewerkschaftsbewegung.

Die Kooperation

Die Absicht, Lehre und Forschung an den Interessen des Volkes zu orientieren, eine Wissenschaft für die Lohnabhängigen zu betreiben, verschaffte der Universität Bremen bei ihrer Gründung Sympathien in der Gewerkschaftsbewegung. In ihrer Zielsetzung und in ihrem Aufbau entsprach die Bremer Uni den Forderungen des DGB in seinen 23 hochschulpolitischen Thesen (die sich auch verkürzt im DGB-Grundsatzprogramm wiederfinden): Hochschulreform orientiert an den Interessen der Arbeitnehmer; leichter Hochschulzugang; Ausbildung, die auch Kritikfähigkeit und Verantwortungsbewußtsein vermittelt; über Projektstudium Verbindung von Ausbildung und Beruf; eine Personalstruktur, die nur drei Statusgruppen kennt: Arbeitnehmer mit Lehraufgaben, Arbeitnehmer ohne Lehraufgaben und Studierende; keine Ordinarienuniversität, in der eine kleine Anzahl Professoren Lehre und Forschung bestimmt; universitäre Selbstverwaltung. Die Sympathien der Gewerkschaftsbewegung waren aber erstmal ein Vorschuß auf diese Absichten. Ein Teil der Zusammenarbeit, die Forschung, ist über eine besondere Institution gesichert, in

der die Universität und die Arbeiterkammer paritätisch vertreten sind: die Kooperationsstelle Arbeiterkammer-Universität; (in der Arbeiterkammer Bremen sind alle Arbeiter Zwangsmitglieder, in der Vollversammlung hat der DGB die Mehrheit).

Unter dem Obertitel ,,Arbeitsschutz und Universität" hatte die Arbeiterkammer die Gründung von fünf Projektgruppen angestrebt: 1. Arbeitsmedizin und Umweltschutz; 2. Die Sicherung des Arbeitsplatzes und der technische Fortschritt; 3. Einkommensmöglichkeiten; 4. Die Einkommensverwendung; 5. Berufsbezogene und gesellschaftspolitisch orientierte Erwachsenenbildung. Die Projektgruppen wur-
den unter der Prämisse gebildet, daß sich die Universität geradezu anbiete, für die Interessenvertretung der Arbeiterkammer Grundlagenmaterial zu liefern. ,,Es gelte nämlich zu vermeiden, daß z.B. nur die Wirtschaft diese Forschungsinstitute in ihrem Sinne okkupiere" (Grundsätze der Arbeiterkammer Bremen).

Einen Teil ihrer Forschung konnten die Wissenschaftler des Arbeiterkammerbereichs nur mit Unterstützung der Gewerkschaft durchführen. Für die recht bekannte ,,Hafenarbeiterstudie" haben Kapitalisten und die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft den Zutritt in die Betriebe für Befragungen der Arbeiter verwehrt. So wurde in einem vertraulichen Rundschreiben vor diesem Projekt ,,gewarnt", es wurde als unwissenschaftlich diffamiert und als ,,einseitig aus marxistischer Sicht" abgelehnt. Nur durch massiven Einsatz der ÖTV und der Hafenbetriebsräte konnte die Studie, die die Erhöhung der Arbeitsintensität durch Automatisierung und Umstrukturierung des Hafenumschlages nachwies, zu Ende gebracht werden.

Differenzen zwischen Gewerkschaft und Universität

Bereits 1976 erwähnt die Arbeiterkammer in ihrem Bericht über den Kooperationsvertrag, daß es Differenzen gibt, da die Gewerkschaften sich mehr direkte wissenschaftliche Unterstützung erhofft hatten. Die Arbeiterkammer schreibt dazu: ,,Nur wer die geschichtliche Entfaltung und die Organisationsformen der Wissenschaft kennt, wird die Probleme verstehen,

die das heutige Verhältnis von Forschung und Gewerkschaft bestimmen ... Arbeitnehmer machten oft die bittere Erfahrung, daß eine solche abstrakte und verselbständigte Forschung ihren Interessen keine Rechnung trug, sondern von den wirklichen Problemen ihres Lebens abgewandt oder gegen ihre Interessen gerichtet war. Verstärkt wurde die Abneigung gegen Wissenschaft durch ihre ihr eigentümliche Sprache und Arbeitsweise. Mißtrauen und Feindschaft sind die Folge – aber auch unbegründeter Respekt vor den Produkten der Wissenschaft."(S.35).

Inzwischen ist das Verhältnis Universität – Gewerkschaften zunehmend angespannt. In einer Stellungnahme der ÖTV zur ,,weiteren Ent-
wicklung der Hochschulen im Lande Bremen" (März 81) stellt die ÖTV fest: Die Universität konnte sich nicht die breite Unterstützung aus der Gründungszeit erhalten, da sie die ,,inhaltliche Ausfüllung des weitgespannten Reformanspruches für Gewerkschaftler und Arbeitnehmer zumindest nicht überzeugend" vermitteln konnte. Der ÖTV-Bezirksvorstand kritisiert den Mangel an ,,innovatorischen" und ,,arbeitsplatzorientierten" Forschungsansätzen und die mangelnde Konkurrenzfähigkeit von Forschung und Lehre. Die Kritik ähnelt der des zuständigen Senators für Wissenschaft und Kunst. Tatsächlich gibt es eine starke Tendenz in den Gewerkschaften, von der Universität Ergebnisse zu verlangen, die die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Wirtschaft fördern und damit Arbeitsplätze sichern, wenn nicht gar schaffen soll. Damit gehen sie von den 23 hochschulpolitischen Thesen des DGB ab und kommen in die Gefahr, den fortschrittlichen inhaltlichen und organisatorischen Bestrebungen zahlreicher Universitätsangehöriger in den Rücken zu fallen. Dies ist auch der Grund für erhebliche Widersprüche zwischen dem ÖTV-Bezirksvorstand und der ÖTV-Betriebsgruppe.

,,Geprüft wird, was gelehrt wurde" – ,,wer lehrt, der prüft"

Unter diesen griffigen Formeln war Ende der 60er Jahre der Kampf um eine Reform des Prüfungswesen geführt worden. In der ersten Prüfungsordnung der Universität Bremen für die Diplom-Studiengänge haben diese Prinzipien eine wichtige Rolle gespielt.

lem auf wissenschaftliche Mitarbeiter. Anfangs hatten bis zum Vordiplom sogar Tutoren Prüfungsrecht.

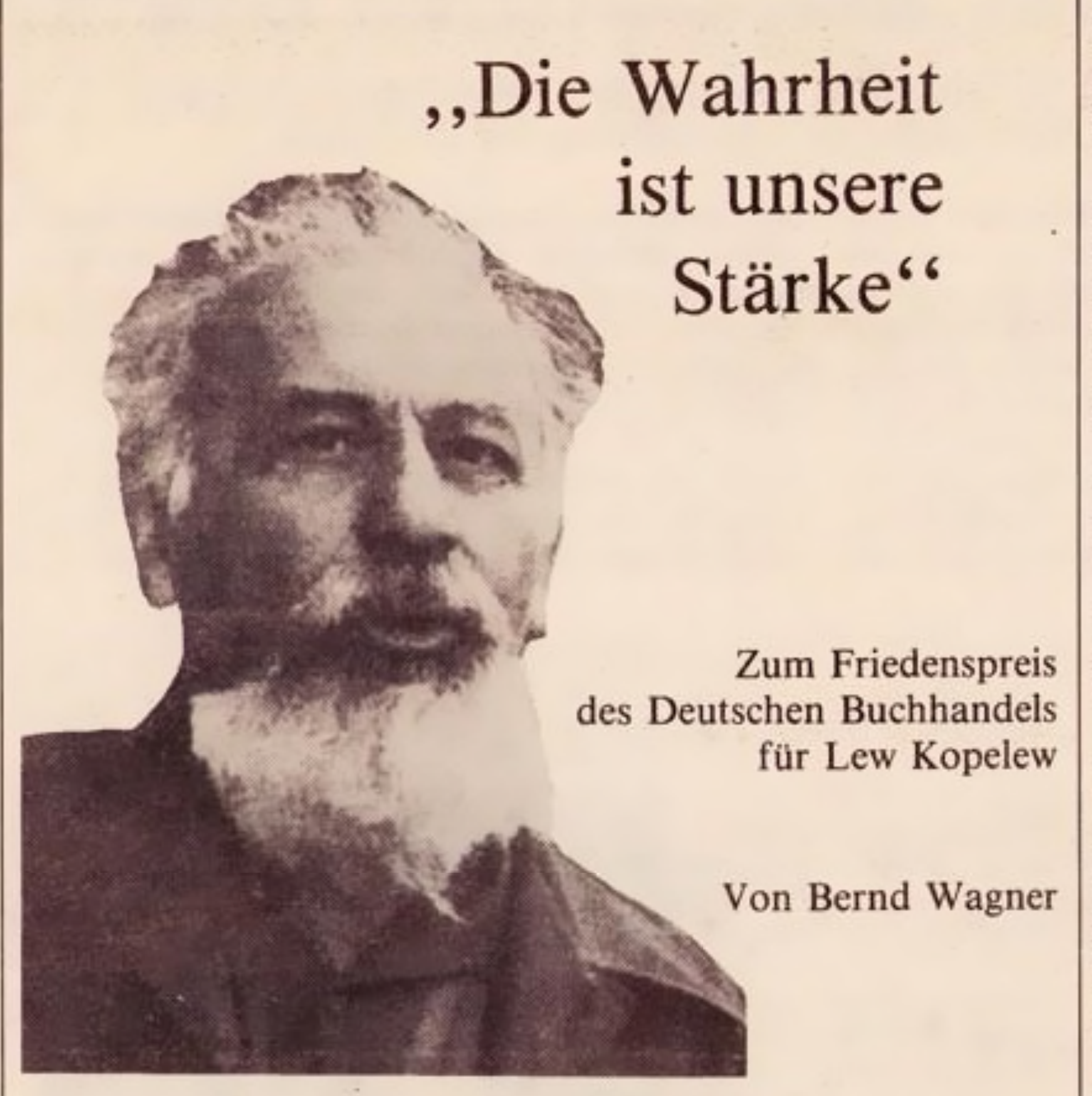
Als die Universität im Wintersemester 71/72 den Lehrbetrieb aufnahm, gab es keine einzige Studien- oder Prüfungsordnung. Erst Anfang 1975 genehmigte der Senator für Wissenschaft und Kunst die erste Diplomprüfungsordnung (DPO). Der Universität war es gelungen, darin einen Allgemeinen Teil durchzusetzen, der für alle Diplom-Studiengänge galt. Dies war Ergebnis des gemeinsamen Kampfes aller Diplomstudenten, wie es andererseits bis heute die Möglichkeiten fördert, gemeinsam vorzugehen. Dem Senator war es aber gelungen, die in Anhängen zur DPO gefaßten spezifischen Bestimmungen einzelner Studiengänge (z.B. die Prüfungsfächer) zeitlich auseinanderzureißen. So wurde die spätere Spaltung zwischen den Studiengängen vorprogrammiert.

Studienbegleitende Leistungsnachweise

Sie waren Kern der Bremer DPO und ersetzen die punktuelle Prüfung (Klausur, mündliche Prüfung). Innerhalb der Lehrveranstaltungen selbst, vorzugsweise in Projekten, wurden die Leistungsnachweise (LN) erbracht. Wer zum Fortgang des Projektes
durch ein Referat, eine Literaturübersicht, eine thematisch begrenzte Ausarbeitung, ein Computerprogramm, einen Abschlußbericht beitrug, bekam hierfür einen (anfangs unbenoteten) LN. Das Prinzip, von der Teilnahme an Lehrveranstaltungen auszugehen und daran den Erfolg des Studiums zu messen, wurde auch in der Form von ,,regelmäßiger und in beträchtlichem Umfang erfolgreicher Bearbeitung von Übungsaufgaben" nicht ganz aufgegeben. Jetzt hat der Senator eine Prüfungsordnung für Elektrotechnik vorgelegt, in der Übungen nun wieder als Vorraussetzung dafür eingeführt werden, überhaupt zur Prüfung zugelassen zu werden. Mittlerweile sind die DPOs drei- bis viermal verschärft worden. Immer unter der Leitlinie der Angleichung an die Praxis anderer Universitäten.

Richtiges und Falsches mischte sich in den oft idealistischen Bestrebungen der Bremer Hochschullehrer und, in abgeschwächter Form, der Studenten. Richtig war das Prinzip, durch Teilnahme an den vorgeschriebenen Veranstaltungen den Studienabschluß zu erwerben, wobei eine Überprüfung des Erfolgs dieser Teilnahme nicht auszuschließen ist. Falsch war die Abkehr von einer sorgfältigen Ausbildung in den Grundlagen. Sie wurde dem oft überzogenem Projektprinzip geopfert, das abstrakt hochgehalten wurde. Dies eröffnete der Reaktion Einfallstore. Mit der objektiv notwendigen Rückkehr zur Grundlagenausbildung wurden so gleichzeitig die punktuellen Prüfungen wieder durchgesetzt – nicht zufällig zuerst in den Naturwissenschaften.

„Die Wahrheit ist unsere Stärke"



Zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels für Lew Kopelew

Von Bernd Wagner

Kaum ein Motto wie das in der Überschrift genannte, einem Buchtitel von R. Medwedjew zur Kritik an der Entwicklung der Sowjetunion und der KPdSU entnommen, drückt meines Erachtens besser den Anspruch aus, unter den der diesjährige Friedenspreisträger des Deutschen Buchandels, Lew Kopelew, seine schriftstellerische Arbeit gestellt hat. Und der Versuch der Verwirklichung dieses Anspruchs macht die Stärke seiner Bücher, vor allem seiner autobiographischen Aufzeichnungen aus.

Lew Kopelew ist in Westdeutschland gerade durch seine autobiographischen Bücher bekannt geworden. Das erste Buch ,,Aufbewahren für alle Zeit!" erschien 1976 in deutsch. Es behandelt die Tätigkeit von Kopelew bei der Roten Armee während des II. Weltkrieges und beim Vormarsch in Osteuropa und seine Verhaftung, Verurteilung und Lagerhaft wegen ,,Propagierung bürgerlichen Humanismus und Mitleid mit dem Feind". Im zweiten Buch ,,Und schuf mir einen Götzen. Lehrjahre eines Kommunisten" (1979) schildert er seine Kindheit und Jugend, seinen Weg zum Kommunismus, seine Arbeit als Redakteur einer Werkzeitung, seine Mithilfe im Komsomol bei der Kollektivierung und die Tätigkeit während der Hungerkatastrophe in der Ukraine (1932/33) bis zur, später wieder zurückgenommenen, Relegation von der Universität. (Beide Bücher sind bei dtv als Taschenbücher erhältlich.) Das dritte Buch ,,Tröste meine Trauer" (1981) hat die autobiographischen Aufzeichnungen von seiner Lagerhaft zwischen 1947 und 1954 zum Inhalt. Weitere Veröffentlichungen in Westdeutschland zeigen Kopelew als Germanist und Literaturwissenschaftler: ,,Zwei Epochen deutsch-russischer Literaturbeziehungen" (Frankfurt 1973), ,,Verwandt und verfremdet. Essays zur Literatur der Bundesrepublik und der DDR" (Frankfurt 1976) sowie eine Heine-Biographie (,,Ein Dichter kommt vom Rhein"), die jetzt zur Buchmesse erscheint. In den Büchern ,,Verbietet die Verbote! In Moskau auf der Suche nach der Wahrheit" (Hamburg 1977) und ,,Für Sacharow" (München 1981) prangert Kopelew die Unterdrückung und Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte in der Sowjetunion an.

Lew Kopelew, 1912 in Charkow (Ukraine) geboren, arbeitete nach fünf Schuljahren von 1928 bis 1932 als Dreher und Redakteur der Betriebszeitung im Charkower Lokomotiven-Werk. Von 1933 bis 1938 studiert er und war anschließend Dozent am Moskauer Institut für Geschichte, Philosophie und Literatur. Während des II. Weltkriegs war er Offizier in der Abteilung ,,Propaganda für die gegnerische Truppe"; als er versuchte, Übergriffe von Soldaten der Roten Armee zu verhindern, wurde er verhaftet und zu zehn Jahren Lagerhaft wegen ,,Schwächung der Roten Armee" verurteilt. 1954 entlas-

dritte Buch ,,Tröste meine Trauer" (1981) hat die autobiographischen Aufzeichnungen von seiner Lagerhaft zwischen 1947 und 1954 zum Inhalt. Weitere Veröffentlichungen in Westdeutschland zeigen Kopelew als Germanist und Literaturwissenschaftler: ,,Zwei Epochen deutsch-russischer Literaturbeziehungen" (Frankfurt 1973), ,,Verwandt und verfremdet. Essays zur Literatur der Bundesrepublik und der DDR" (Frankfurt 1976) sowie eine Heine-Biographie (,,Ein Dichter kommt vom Rhein"), die jetzt zur Buchmesse erscheint. In den Büchern ,,Verbietet die Verbote! In Moskau auf der Suche nach der Wahrheit" (Hamburg 1977) und ,,Für Sacharow" (München 1981) prangert Kopelew die Unterdrückung und Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte in der Sowjetunion an.

Lew Kopelew, 1912 in Charkow (Ukraine) geboren, arbeitete nach fünf Schuljahren von 1928 bis 1932 als Dreher und Redakteur der Betriebszeitung im Charkower Lokomotiven-Werk. Von 1933 bis 1938 studiert er und war anschließend Dozent am Moskauer Institut für Geschichte, Philosophie und Literatur. Während des II. Weltkriegs war er Offizier in der Abteilung ,,Propaganda für die gegnerische Truppe"; als er versuchte, Übergriffe von Soldaten der Roten Armee zu verhindern, wurde er verhaftet und zu zehn Jahren Lagerhaft wegen ,,Schwächung der Roten Armee" verurteilt. 1954 entlas-

sen und 1956 rehabilitiert, arbeitete er seitdem als Schriftsteller, Literaturwissenschaftler und Übersetzer vor allem für deutsche Literatur. 1968 wurde er, nachdem er sich für verfolgte Regimekritiker eingesetzt hatte, aus der KPdSU ausgeschlossen, in die er 1943 eingetreten war. Seit 1975 hat er Auftritts- und Publikationsverbot in der Sowjetunion. 1980 konnte er zu einem einjährigen Aufenthalt nach Westdeutschland ausreisen, während dem er im Januar 1981 aus der Sowjetunion ausgebürgert wurde. Seitdem lebt er in Westdeutschland.

Es mag vielleicht erstaunen, in einer kommunistischen Zeitung so lobende Worte, wie in der Überschrift ausgedrückt, über einen Schriftsteller und Wissenschaftler zu lesen, der nach 40jähriger aktiver Tätigkeit in kommunistischen Organisationen, nach seinem zweiten Parteiausschluß aus der KPdSU 1968, nicht nur dieser Partei den Rücken gekehrt, sondern sich ganz vom Marxismus losgesagt hat. Ein Kronzeuge gegen den Kommunismus ist Kopelew durch seine Abkehr vom Marxismus und seine autobiographischen Aufzeichnungen, die seinen Weg zum Kommunismus und den Bruch mit ihm nachzeichnen, noch lange nicht geworden, auch wenn vielerorts gegenwärtig versucht wird, diesen aus ihm zu machen. Wovon Kopelew Zeugnis ablegt und was ihn persönlich zum Bruch mit dem Kommunismus geführt hat, ist der verhängnisvolle Weg, wo über falsche politische Entscheidungen, die schon den Tod vieler Menschen verschuldet hatten, und über theoretische Vereinseitigungen und Schematisierungen aus einer einstmals revolutionären Partei eine neue herrschende Klasse entstand, die die Arbeiterklasse und das Volk knechtet, und aus dem ersten Land mit einer erfolgreichen sozialistischen Revolution eine

nem einjährigen Aufenthalt nach Westdeutschland ausreisen, während dem er im Januar 1981 aus der Sowjetunion ausgebürgert wurde. Seitdem lebt er in Westdeutschland.

Es mag vielleicht erstaunen, in einer kommunistischen Zeitung so lobende Worte, wie in der Überschrift ausgedrückt, über einen Schriftsteller und Wissenschaftler zu lesen, der nach 40jähriger aktiver Tätigkeit in kommunistischen Organisationen, nach seinem zweiten Parteiausschluß aus der KPdSU 1968, nicht nur dieser Partei den Rücken gekehrt, sondern sich ganz vom Marxismus losgesagt hat. Ein Kronzeuge gegen den Kommunismus ist Kopelew durch seine Abkehr vom Marxismus und seine autobiographischen Aufzeichnungen, die seinen Weg zum Kommunismus und den Bruch mit ihm nachzeichnen, noch lange nicht geworden, auch wenn vielerorts gegenwärtig versucht wird, diesen aus ihm zu machen. Wovon Kopelew Zeugnis ablegt und was ihn persönlich zum Bruch mit dem Kommunismus geführt hat, ist der verhängnisvolle Weg, wo über falsche politische Entscheidungen, die schon den Tod vieler Menschen verschuldet hatten, und über theoretische Vereinseitigungen und Schematisierungen aus einer einstmals revolutionären Partei eine neue herrschende Klasse entstand, die die Arbeiterklasse und das Volk knechtet, und aus dem ersten Land mit einer erfolgreichen sozialistischen Revolution eine

imperialistische Macht gemacht hat, die andere Länder unterdrückt und ausbeutet. Kopelew zieht selbst nicht eine solche politische Schlußfolgerung, sondern für ihn liegen die Fehler jetzt schon in dem Versuch eines kollektiven Handelns der Menschen überhaupt, dem Versuch des Volkes, seine Geschichte in die eigenen Hände zu nehmen, wie er es am Ende seines Buches ,,Und schuf mir einen Götzen" formuliert: ,,Heute bin ich überzeugt: Niemand kann den künftigen Weg der Menschheit voraussehen, und niemand hat das Recht, ihr den Weg vorzuschreiben. Aber ich hoffe, er wird heller und besser sein als alle früheren Wege. Die schlichte Erkenntnis, zu der ich mich heute bekenne, hat schon Wladimir Korolenko Ende des vorigen Jahrhunderts in Worte gefaßt: ,... Nach alldem sagte ich mir, daß das Gebot ‚Du sollst dir keinen Götzen machen' eine große Wahrheit ist, und daß ein Volk, so wie wir es uns oft vorgestellt haben, d.h. einheitlich und unteilbar mit einem einzigen Antlitz, überhaupt nicht existiert. Vielmehr gibt es Millionen Menschen, gute und böse, edle und gemeine, liebenswerte und unsympathische. In dieser Millionenmasse, so glaube ich, verbreiten sich Güte und Wahrheit immer mehr. Der Güte und Wahrheit muß man dienen. Geht man dabei mit der Masse (was ja zuweilen geschieht), so ist das gut. Und wenn man allein bleibt, darf man sich nicht beirren lassen. Das Gewissen muß der alleinige Befehlshaber für alle unsere Handlungen sein, Götzen braucht man nicht."

Es wäre zu einfach und sich zu leicht gemacht, wollte man Kopelew nach diesen und anderen Schlußfolgerungen beurteilen, die er für sich aus seinen zum Teil sehr bitteren Erfahrungen gezogen hat. Ihm geht es in seinen autobiographischen Büchern in erster Linie

,,Und schuf mir einen Götzen" formuliert: ,,Heute bin ich überzeugt: Niemand kann den künftigen Weg der Menschheit voraussehen, und niemand hat das Recht, ihr den Weg vorzuschreiben. Aber ich hoffe, er wird heller und besser sein als alle früheren Wege. Die schlichte Erkenntnis, zu der ich mich heute bekenne, hat schon Wladimir Korolenko Ende des vorigen Jahrhunderts in Worte gefaßt: ,... Nach alldem sagte ich mir, daß das Gebot ‚Du sollst dir keinen Götzen machen' eine große Wahrheit ist, und daß ein Volk, so wie wir es uns oft vorgestellt haben, d.h. einheitlich und unteilbar mit einem einzigen Antlitz, überhaupt nicht existiert. Vielmehr gibt es Millionen Menschen, gute und böse, edle und gemeine, liebenswerte und unsympathische. In dieser Millionenmasse, so glaube ich, verbreiten sich Güte und Wahrheit immer mehr. Der Güte und Wahrheit muß man dienen. Geht man dabei mit der Masse (was ja zuweilen geschieht), so ist das gut. Und wenn man allein bleibt, darf man sich nicht beirren lassen. Das Gewissen muß der alleinige Befehlshaber für alle unsere Handlungen sein, Götzen braucht man nicht."

Es wäre zu einfach und sich zu leicht gemacht, wollte man Kopelew nach diesen und anderen Schlußfolgerungen beurteilen, die er für sich aus seinen zum Teil sehr bitteren Erfahrungen gezogen hat. Ihm geht es in seinen autobiographischen Büchern in erster Linie

auch gar nicht darum, und das unterscheidet ihn von vielen anderen ehemaligen Kommunisten, seien sie aus der Sowjetunion, der DDR oder auch aus Westdeutschland, dem Leser seine Auffassungen, wie er sie jetzt hat, nahezubringen, sondern er versucht nachzuzeichnen, unter welchen Bedingungen sich seine eigene und die gesellschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion zwischen 1926 und 1954 vollzogen hat. ,,Vor allen Dingen wollte ich meinen Kindern, meinen Enkeln und meinen Mitbürgern die Wahrheit von dem berichten, wie meine Altersgenossen gelebt haben, was wir tatsächlich gedacht und gefühlt haben in den Zeiten der allerschwersten, äußerst widersprüchlichen und allergrausamsten Schicksalsschläge unseres Volkes." Dies schrieb Kopelew 1977 in der ,,Zeit" (4.2.), als er sich dagegen verwahrte, daß aus seinem ersten autobiographischen Buch nur jene Kapitel vorabgedruckt worden waren, die sich mit Racheakten und Greueltaten von Soldaten der Roten Armee befaßten, und er Beifall von der falschen Seite bekommen hatte.

,,Während ich heute davon erzähle, *was* ich *wie* in Erinnerung habe, bin ich überzeugt, daß eine neue historische und moralische Erfahrung nicht zurückdatiert werden darf, daß ich weder Ereignisse noch Menschen, noch mein damaliges Verhältnis zu ihnen verändern darf. Nichts und niemanden will ich rechtfertigen, aber ich will auch nicht beschuldigen, ohne die Möglichkeit des Widerspruchs. Ich lege Zeugnis ab. So unparteiisch und so wahrheitsgemäß ich kann." (Und schuf mir einen Götzen, S. 272) Viele autobiographische Aufzeichnungen haben diesen Anspruch, aber nur selten, noch weniger, wenn sich die Autoren von ihren früheren Auffassungen gelöst haben, gelingt dies. Ich glaube aber, daß Lew Kopelew zu denen gehört, die mit Recht beanspruchen können, dies, soweit es geht, eingelöst zu haben.

Er gibt keine Analyse, aber er schildert die Entwicklung in den 20er und 30er Jahren in der Sowjetunion, wie er sie erlebt und verstanden hat, die Lebensbedingungen, den Heroismus und die Widerstände beim Aufbau des Sozialismus, die innerparteilichen Auseinandersetzungen, wie sie sich für das Sowjetvolk zeigten, die Probleme der NEP und die falsche und sich so schädlich auswirkende Politik gegenüber den Bauern, die ersten Massenverhaftungen und ,,Säuberungen", seine eigene Lagerhaft. Und er versucht zu zeigen, warum er und die meisten Sowjetbürger die Fehler der Politik nicht nur nicht erkannt und bekämpft, sondern sie verteidigt und mitgetragen haben, was sie gedacht und gefühlt haben. In dieser Ehrlichkeit gegenüber der eigenen Vergangenheit sehe ich die Stärke der Bücher Kopelews, und das meine ich, wenn ich sage, daß er versucht, wahrheitsgemäß seine Entwicklung zu schildern, weder in apologetischer Absicht des objektiven Verlaufs noch in apologetischer Absicht seiner subjektiven Auffassungen und Vorstellungen.

,,Ich bin überzeugt: Nur vorbehaltlose Ehrlichkeit der eigenen Vergangenheit gegenüber macht es möglich, in

weniger, wenn sich die Autoren von ihren früheren Auffassungen gelöst haben, gelingt dies. Ich glaube aber, daß Lew Kopelew zu denen gehört, die mit Recht beanspruchen können, dies, soweit es geht, eingelöst zu haben.

Er gibt keine Analyse, aber er schildert die Entwicklung in den 20er und 30er Jahren in der Sowjetunion, wie er sie erlebt und verstanden hat, die Lebensbedingungen, den Heroismus und die Widerstände beim Aufbau des Sozialismus, die innerparteilichen Auseinandersetzungen, wie sie sich für das Sowjetvolk zeigten, die Probleme der NEP und die falsche und sich so schädlich auswirkende Politik gegenüber den Bauern, die ersten Massenverhaftungen und ,,Säuberungen", seine eigene Lagerhaft. Und er versucht zu zeigen, warum er und die meisten Sowjetbürger die Fehler der Politik nicht nur nicht erkannt und bekämpft, sondern sie verteidigt und mitgetragen haben, was sie gedacht und gefühlt haben. In dieser Ehrlichkeit gegenüber der eigenen Vergangenheit sehe ich die Stärke der Bücher Kopelews, und das meine ich, wenn ich sage, daß er versucht, wahrheitsgemäß seine Entwicklung zu schildern, weder in apologetischer Absicht des objektiven Verlaufs noch in apologetischer Absicht seiner subjektiven Auffassungen und Vorstellungen.

,,Ich bin überzeugt: Nur vorbehaltlose Ehrlichkeit der eigenen Vergangenheit gegenüber macht es möglich, in

Gegenwart und Zukunft ehrlich zu sein. So wie ich es schrieb, dachte und fühlte ich damals, und so empfand ich meine Pflicht als Bürger und Parteimitglied ... Heute gehöre ich keiner Partei an, auch keiner politischen Richtung. Ich betrachte mich nicht als Dissidenten. Ich glaube an keinerlei heilbringende Offenbarungen, Programme oder Chartas. Doch ich bin fest überzeugt, daß für alle Völker meines Landes und jener Länder, deren Geschichte ich kenne, Gesetze lebensnotwendig sind, die Sicherheit und Recht aller Menschen und jedes einzelnen bedingungslos und uneingeschränkt schützen. Die wirksame Einhaltung dieser Gesetze ist nicht denkbar ohne echte Öffentlichkeit, ohne wirkliche Freiheit des Wortes. Wirkliche Freiheit, das bedeutet Freiheit für Andersdenkende, für Andersgläubige, zu sprechen und zu publizieren ... Diese Überzeugung bestimmt alles, was ich sage oder schreibe. Nur mein Gewissen kann mir Führer, Zensor und Richter sein." (Verbietet die Verbote!)

Nicht nur aus seiner vorbehaltlosen Schilderung der Vergangenheit, sondern auch aus diesen jetzigen Auffassungen Kopelews werden viele Fehler, die von Kommunisten gemacht wurden, deutlich. Unbeschadet davon, daß diese politische Auffassung heute in der Sowjetunion eine fortschrittliche Position darstellt, da sie sich gegen die Unterdrückung und Knechtung der einzelnen wie des ganzen Volkes richtet, daß sie hoch zu bewerten ist, da viele wegen dieser Auffassung in Lagern und Anstalten gefangen gehalten werden, daß sie Sprengkraft birgt, in einem Land, wo jede abweichende Meinung gewaltsam niedergehalten wird, bleibt diese Haltung allein auf die Individualität beschränkt und leugnet damit implizit den Klasseninhalt und Klassencharakter der politischen Herrschaft und der gegenwärtigen Gesellschaft in der Sowjetunion, wie insgesamt. Ein solcher Rückgriff auf Vorstellungen bürgerlicher Ideologie und Moral ist nicht nur Ausdruck ,,vorbürgerlicher" Rechtsverhältnisse in der Sowjetunion, sondern Resultat und Antwort auf die Herausbildung einer ,,marxistisch-leninistischen Ethik", die bar jeden konkreten Inhalts zur Legitimation jeglicher Politik wurde und dabei den lebendigen Menschen mit seinen Bedürfnissen und Interessen nur noch als abstrakten Faktor behandelte.

,,Die Begriffe Gut und Böse, Menschlichkeit und Unmenschlichkeit waren für uns hohle Abstraktionen. Und ich dachte nicht darüber nach, warum Menschlichkeit abstrakt sei, historische Notwendigkeit oder Klassenbewußtsein aber konkret waren. Begriffe wie Gewissen, Ehrenhaftigkeit, Humanität hielten wir für idealistische Vorurteile, intelligenzlerische, bürgerliche und eben deswegen lasterhafte Vorurteile." (Aufbewahren für alle Zeit!, S. 55)

Die Abkehr Kopelews und vieler anderer vom Kommunismus und ihre Hinwendung zum einzelnen und vereinzelten Menschen ist eben das Resultat einer falschen Politik, die den Weg bereitete, die Sowjetunion in das Gegenteil dessen zu verwandeln, was die

die Individualität beschränkt und leugnet damit implizit den Klasseninhalt und Klassencharakter der politischen Herrschaft und der gegenwärtigen Gesellschaft in der Sowjetunion, wie insgesamt. Ein solcher Rückgriff auf Vorstellungen bürgerlicher Ideologie und Moral ist nicht nur Ausdruck ,,vorbürgerlicher" Rechtsverhältnisse in der Sowjetunion, sondern Resultat und Antwort auf die Herausbildung einer ,,marxistisch-leninistischen Ethik", die bar jeden konkreten Inhalts zur Legitimation jeglicher Politik wurde und dabei den lebendigen Menschen mit seinen Bedürfnissen und Interessen nur noch als abstrakten Faktor behandelte.

,,Die Begriffe Gut und Böse, Menschlichkeit und Unmenschlichkeit waren für uns hohle Abstraktionen. Und ich dachte nicht darüber nach, warum Menschlichkeit abstrakt sei, historische Notwendigkeit oder Klassenbewußtsein aber konkret waren. Begriffe wie Gewissen, Ehrenhaftigkeit, Humanität hielten wir für idealistische Vorurteile, intelligenzlerische, bürgerliche und eben deswegen lasterhafte Vorurteile." (Aufbewahren für alle Zeit!, S. 55)

Die Abkehr Kopelews und vieler anderer vom Kommunismus und ihre Hinwendung zum einzelnen und vereinzelten Menschen ist eben das Resultat einer falschen Politik, die den Weg bereitete, die Sowjetunion in das Gegenteil dessen zu verwandeln, was die

Oktoberrevolution schaffen wollte, *und* das Ergebnis der Vereinseitigung und Verarmung der theoretischen Inhalte des wissenschaftlichen Sozialismus, die der Verfälschung der Theorie vorausgingen und der falschen Politik den Weg ebneten.

Fernsehvorschau

King Kong und die weiße Frau

Ein seltsam anrührendes Melodrama aus der Hollywood-Produktion von 1932, den Jahren der Weltwirtschaftskrise, als Monster und Katastrophen auf die Landwand hereinbrachen.
Sonntag, 18.10., 15.20 Uhr, ZDF

Nur Pferden gibt man den Gnadenschuß

Wir bleiben beim Thema: USA 1932, Weltwirtschaftskrise. In Sidney Pollacks ,,They shoot horses, don't they?", einem Film von 1969, ist ein authentischer Vorgang Gegenstand der Handlung: ein Massen-Marathon-Tanzturnier in Los Angeles. 42 Tage hindurch tanzen die Menschen in der Hoffnung auf einen ausgeschriebenen Preis von lumpigen 1500 Dollar, zum Vergnügen der besser Situierten wie freilich auch derer, die genau wie sie im Dreck stecken. Sidney Pollack gehört zu den sehenswerten US-Regisseuren, die durch einen gewissen Realismus in der Darstellung, wie er im amerikanischen Film ja durchaus vorzufinden ist, verhindern, daß der Film zur bloßen Reproduktion des grausamen Spektakels wird. Stattdessen ein Bild jenes Existenzkampfes, worin die kapitalistische Gesellschaft, mal so extrem wie hier und mal etwas weniger extrem, die Menschen verstrickt.
Freitag, 23.10., 23.30 Uhr, ZDF

Stalker

Die Programmgestaltung will es, daß auf dem anderen Kanal zur selben Zeit ein Stück – natürlich ganz literarisch verschlüsselter – Sozialkritik aus dem Inneren der anderen Großmacht, der Sowjetunion, zu sehen ist. Der Film von Andrej Tarkowski, einem der bedeutendsten zeitgenössischen sowjetischen Regisseure, ist geheimnisvoll wie sein Titel (wohl ein russifiziertes englisches Wort für einen ,,einsamen Jäger"). Stalker lebt am Rand einer militärisch abgeriegelten Zone, in der ein Meteorit niedergegangen sein soll, und wo es Räume geben soll, in denen Wünsche in Erfüllung gehen. Stalker führt einen Physiker und einen Schriftsteller in dies Gebiet. – Der Film ist in trüben Bauntönen früher Photographien verfilmt; in Dostojewskischer Verzweiflung leben die Menschen in der Gesellschaft wie auf einem wüsten Planeten.
Freitag, 23.10, 23.00 Uhr, ARD